

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gezinkte Karten

Von Dankwart Guratzsch

Wer schon bisher der Meinung war, daß die Opposition in der Asylfrage mit gezinkten Karten spielt, der muß sich durch die jüngsten Entscheidungen der SPD-Innenminister bestätigt fühlen: Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber sollen nun doch nicht abgeschoben werden, wenn sie aus „Krisengebieten“ kommen. Das bedeutet: Die SPD-Länder haben ihr noch nicht eine halbe Woche altes Zugeständnis vor den Innenministern der Bundesländer, daß nämlich „Abschiebungen grundsätzlich auch in Krisengebiete stattfinden können“, in vollem Umfang widerrufen.

Die Konsequenz ist klar: Auf der Erdoberfläche lassen sich wenige Länder finden, die nicht unter irgend einem Vorwand – seien es Krieg, Terror, Revolution, Hunger – einem Krisengebiet zugerechnet werden können. Ausdrücklich zählen die SPD-Minister in ihrem Beschluß denn auch gerade solche „Krisengebiete“ auf, aus denen sich ein Massenstrom von Flüchtlingen über Luftbrücken und Landtrucks in die Bundesrepublik ergossen hat: Sri Lanka und Libanon. Für diesen Massenstrom sollen die Tore geöffnet bleiben.

Was das wirklich bedeutet, muß vor dem Hintergrund der Kanzlerrede vor anderthalb Wochen betrachtet werden. Dort hatten sich die SPD-Vertreter dafür stark gemacht, daß die Asylverfahren beschleunigt und Flüchtlinge aus Ostblockländern von der Abschiebung nicht mehr ausgenommen werden. Also: Asylsperre für die Polen und Ungarn, aber Tore auf für den Massenstrom aus den Drittstaaten. In den Ursprungsländern des Massenstroms würde das zweifelslos einen regelrechten Sog-Effekt erzeugen.

Falls es die Absicht der SPD-Politiker war, der Union das für die Sozialdemokraten abträgliche Asylantenproblem als Wahlkampfthema zu entwinden, so haben sie es mit dem jüngsten Beschluß wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Auch neue innerparteiliche Mißstimmung ist damit mitten in den Wahlkämpfen programmiert: Auszubildende haben den Zickzackkurs der SPD-Spitze nämlich gerade als jene sozialdemokratischen Kommunalpolitiker, die den Unmut der Bevölkerung schon heute zu spüren bekommen.

Ein Rückgang ist möglich

Von Hans-Jürgen Mahnke

Der kräftige Rückgang des Auftragseingangs aus dem Ausland im August hat schon deshalb überrascht, weil davon in erster Linie die Hersteller von Investitionsgütern betroffen sind. Die Erklärung, das Ergebnis eines Monats dürfe nicht überbewertet werden, reicht nicht. Zwar gibt es gerade in den Ferienmonaten immer wieder Zufallseinflüsse oder verspätete Meldungen. Aber in diesem Fall kommen Faktoren hinzu, die zumindest die Tendenz plausibel erscheinen lassen.

Bei der Frage nach den Ursachen wird in der Regel nicht der Kursverfall des Dollar genannt. Die Unternehmen versuchen, den Fuß in der Tür des nordamerikanischen Marktes zu behalten. Der Dollarkurs, so eine gängige Formulierung, macht die Mengen nicht klein. Er trifft aber die Erlöse. Noch reagiert die Masse der Unternehmen mit Preiszugeständnissen, um die Position zu behaupten. Überdies ist die Lage für die Hauptkonkurrenten aus Europa und Japan ähnlich. Einen Wettbewerbsvorteil haben nur die Anbieter aus dem Dollarraum.

Wichtiger ist der Umstand, daß die Weltwirtschaft Ermüdungserscheinungen zeigt. Nicht nur in den USA lahmte die Konjunktur. Auch in Japan wird die Situation zurückhaltender beurteilt. Die Opec-Staaten leiden unter dem Ölpreisverfall. Große Teile der Dritten Welt kämpfen mit der Verschuldung. Die Wirtschaft im Ostblock dümpelt dahin. Und auch in Europa, dem Hauptabsatzgebiet deutscher Produkte, hat der Kaufkraftgewinn aufgrund der gesunkenen Ölpreise bisher nicht den erhofften konjunkturellen Schub gebracht.

All das bedeutet noch keinen Einbruch im Welthandel. Aber dieses Umfeld tangiert die Erwartungen der Unternehmen auch in anderen Ländern. Und das schlägt sich am schnellsten in der Nachfrage nach Investitionsgütern nieder. Der Rückgang signalisiert, daß die Aussichten draußen nicht mehr so rosig wie noch vor einigen Monaten eingeschätzt werden.

Über kurz oder lang wird sich das auch auf den deutschen Export auswirken. Aber der Effekt sollte nicht dramatisiert werden. Denn die preisliche und technologische Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft konnte in den vergangenen Jahren verbessert werden. Und das zahlt sich jetzt aus.

Drei Mörder freigeprüft

Von Friedrich Meichner

Ein Phänomen unserer Zeit ist es, daß man die Methode des Gefangenenaustauschs von Soldaten und echten Spionen auch auf Kriminelle und Geiseln übertragen hat und daß dabei von diktatorischen und totalitären Regimen immer häufiger Erpressermethoden ins Spiel gebracht werden.

Das jüngste Beispiel dafür, das weltweit Aufsehen erregte, war der Fall Sacharow/Daniloff. Wenn die „Großen“ derartige Beispiele eines von der einen Seite diabolisch konstruierten, von der anderen Seite zahnknirschend hingenommen erpresserischen Kuhhandels geben, kann es kaum wundernehmen, daß die „Kleinen“ das nachahmen.

So wurde in Rom soeben bekanntgegeben, daß drei in Italien zu langen Haftstrafen verurteilte libysche Mörder, seinerzeit vom Khadafi-Regime mit Mordaufträgen ausgesandt, gegen vier in Libyen festgehaltene Italiener ausgetauscht wurden.

Von den drei Libyern war der eine im April 1980 wegen Ermordung eines libyschen Regimegegners auf italienischem Boden zu vierundzwanzig Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die beiden anderen hatten wegen Mordversuchs an einem anderen Regimegegner vierzehnjährige Gefängnisstrafen erhalten. Für das erste Urteil hatte sich Khadafi postwendend im August 1980 mit der Verurteilung zweier in Libyen weilender Italiener zu lebenslanger Haft wegen angeblicher Teilnahme an einem Komplott gegen die Sicherheit des Staates revanchiert. Wie leicht solche Komplottanklagen in Diktaturen zu rechtgegründet und gerichtlich abgesegnet werden können, hat der Fall Daniloff bestätigt. Die beiden anderen ausgetauschten Italiener hatten zehnjährige Haftstrafen wegen angeblichen Drogenbesitzes zu verbüßen.

Daß diese vier Italiener jetzt freigekommen sind, ist zu begrüßen, weil damit zumindest im Falle der beiden „Umstürzler“ der mit Füßen getretenen Gerechtigkeit – wenn auch spät – wieder Geltung verschafft wurde. Daß aber dafür drei terroristische Mörder die Freiheit zur Verübung weiterer Untaten wiedererlangen, ist ein Preis, der nicht nur jeder Gerechtigkeit, sondern auch jeder Menschlichkeit hohn spricht.



... und grüß mich nicht Unter den Linden!

Konkurs der Neuen Heimat?

Von Wilhelm Stöbel

Gibt es nun einen Konkurs der Neuen Heimat, nachdem Auslandsbanken in den letzten Tagen mit der Vermögensbeschlagnahmung vorgepresst? Wie hätten Schiesser und der alte DGB-Eigentümer einen Konkurs ausbaden? Und wie sind die Chancen, den für beide günstigen Vergleich zu bekommen?

Nach Adam Riese reicht heute die Nettomiete der 280 000 Wohnungen der Neuen Heimat nur für die Bedienung von etwa neun Milliarden DM Schulden aus, wenn die übrigen Kosten für Personal, Reparaturen usw. abgezogen sind. Selbst wenn alles überflüssige Vermögen (unbebaute Grundstücke, leerstehende Wohnungen usw.) veräußert und die derzeitige Schuldenlast damit von siebzehn auf fünfzehn Milliarden DM abgebaut wird, verbleiben immer noch sechs Milliarden DM, für deren Bedienung (mit Zins und Tilgung) kein Geld übrig ist. Eine sparsame Kostengestaltung kann da nur als Tropfen auf den heißen Stein wirken.

Wer immer auch am Steuer des Wohnungsgiganten sitzt, muß bei dieser Sachlage die Gläubiger – also hauptsächlich die Banken – um einen Verzugs-Prozent-Nachlaß bitten oder beim Konkursrichter vorstellig werden, damit das Problem durch Vergleich oder Konkurs gelöst wird.

Im Falle des gerichtlichen Vergleichs müßten die Gläubiger mit sechs Milliarden DM den erforderlichen Verzugs-Prozent-Nachlaß geben. Wie in fast allen Vergleichsfällen würden dabei die kleinen Gläubiger mit hundert Prozent abgefunden werden, um bessere Stimmverhältnisse für die Gläubigerentscheidung zu schaffen. Einfach wäre es für die größeren Gläubiger nicht, weil ein Teil auf hundertprozentige Vermögenssicherheiten (Hypothesen usw.) verzichten müßte. Rein rechtlich wäre ein Vergleich allemal möglich, da die Mindestvergleichsquote von vierzig Prozent sicher erreicht würde. Rein rechtlich würde aber auch der Eigentümer der Neuen Heimat ungeschoren Eigentümer bleiben und ein Milliardenplus bekommen.

Würden die Gläubiger keinem Vergleich zustimmen, gibt es den Konkurs, der auch direkt bei begründetem Gläubigerantrag oder Schuldnerantrag entstehen kann. Im Konkursfall wird der alte Eigentümer hinausgeworfen und kommt der Wohnungsbestand auf neue Eigentümer im Wege des Zwangsverkaufs. Dabei würden die alten Sozialbindungsrisiken wesentlich verkürzt werden und Mieterexistenzen auf dem Spiel stehen, was es beim Vergleich nicht gäbe. Die Gläubiger würden je nach Besicherung abgefunden werden: die einen zu hundert Prozent, die anderen wesentlich geringer als beim Vergleich.

Diese schlecht gestellten Gläubiger würden die alten DGB-Eigentümer anvisieren. Zu Hilfe kommt dabei die Insolvenzhaftung der mehr oder weniger indirekt aus dem DGB-Bereich stammenden Neuen-Heimat-Kredite nach Paragraph 32a und 32b des GmbH-Gesetzes. Zu Hilfe kommt zu dem die Durchgriffhaftung des DGB, die sich für die alte Sündenzeit vor Frühjahr 1982 recht gut nachweisen lassen dürfte: Die DGB-Seite steuerte über die Aufsichtsratsmitglieder usw. die Neue Heimat mit und hätte bei besserer Regieführung nach dem Vorbild der Gemeinnützigenbranche die Misere verhindern können.

Die Durchgriffhaftung verjährt in fünf Jahren, von 1982 also in 1987. Allerdings könnte sie mit Beginn des Jahres 1986 neue Nahrung erhalten haben, weil der Gang zum Konkursrichter fällig war und nur durch wirksame Sanierungsschritte entbehrlich werden konnte. Da die Aktion „Meyer-Preschany“ usw. unwirksam war, bleibt nur die Wirksamkeit der neuen Schiesser-Akte übrig. Hält Schiesser zwei Jahre durch, dann ist die Wirksamkeit bewiesen mit der Folge, daß ein neuer Haftungsdurchgriff nicht entstanden und ein alter Durchgriff verjährt ist: Die DGB-Seite ist dann alle Sorgen los. Daher muß Schiesser wenigstens zwei Jahre überstehen. Das ist offenbar der Sinn der Milliarden-Zugabe des DGB.

Im Falle des Konkurs würde es ebenso wie im Vergleichsfall um den Neuen-Heimat-Konzern als Ganzes gehen.

GAST-KOMMENTAR



Professor Wilhelm Stöbel ist Direktor des Seminars für Wirtschaftsprüfung und Steuerwesen der Universität Hamburg. FOTO: SCHÜTZE

Der U-Boot-Brand mußte die Reformkräfte stärken

Gorbatschows Situation im Vorfeld von Reykjavik / Von Carl Gustaf Ströhm

Steht Michail Gorbatschow unter einem schlechten Stern? Die zweite Nuklearkatastrophe nach Tschernobyl – der Untergang eines Atom-U-Bootes im Atlantik bei den Bermudas – ist ein schwerer Rückschlag für ihn.

Keine Technik ist vor Unfällen und Unzulänglichkeiten hundertprozentig sicher: Die Amerikaner haben auch Atom-U-Boote verloren und die „Challenger“-Katastrophe verkräften müssen. Im Falle der sowjetischen Technik allerdings wird der Verdacht immer dringlicher, hier sei die Havarie geradezu im System eingebaut – weil das sowjetische System so konstruiert ist, daß es die Feinheiten der Großtechnologie nicht zu beherrschen vermag.

Das bezieht sich nicht allein auf das Atom. Die Umweltzerstörung in weiten Gebieten der Sowjetunion hat dank der rücksichtslosen Ausbeutung von Natur- und Bodenschätzen beängstigendes Ausmaß erreicht. Der

Balkal-See in Sibirien ist von Industriebässern verseucht. Gorbatschow selber wettete jüngst dagegen, daß in der Sowjetunion jährlich dreizehn Milliarden Kubikmeter Erdgas „sinnlos abgeackert“ werden. Das geschieht zu einer Zeit wachsender Energieknappheit. Ebenfalls vom sowjetischen Parteichef stammt die Angabe, daß dreißig Prozent der sowjetischen Getreideernte beim Transport verlorenfalle. Die entspricht etwa jener Menge an Weizen, die Moskau jährlich importieren muß.

Bisher hatten die Sowjets trotz oder wegen der Primitivität und Unzulänglichkeit ihrer Infrastruktur in einem gewissen Sinn den Vorteil der Unkomplizierten und Ungeschlachten auf ihrer Seite. Die Masse war wichtiger als die Qualität und Präzision – das galt im Zweiten Weltkrieg ebenso wie in den Jahren des Aufbaus der Schwerindustrie. Jetzt allerdings stellt sich anscheinend auch für Gorbatschow die Frage, ob ein zen-

tralisches, abgekapseltes System, in dem persönliche Initiative und Verantwortung zu Gunsten von Drill, Ideologie und Bürokratismus abgelehnt werden, mit den Herausforderungen der modernen Zeit überhaupt fertigwerden kann.

Der von Gorbatschow vorgetragene Wunsch nach Abrüstung könnte daher durchaus ein bisher noch nicht ganz ausgeleuchtetes zweites Motiv, neben der angestrebten wirtschaftlichen Entlastung, haben: nämlich die Furcht, daß die sowjetischen Atom-Zaubererbrühe eines Tages die von ihnen beschworenen Geister nicht mehr zu bannen vermögen. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß Gorbatschow seit dem Tschernobyl-Desaster überall in der Sowjetunion herumgereist ist: Nur in der Ukraine und Weißrußland, also den meistbetroffenen Gebieten, ließ er sich nicht sehen.

Fürchtet er die Begegnung mit einer bösen Wirklichkeit? Dabei ist of-

IM GESPRÄCH Helmut Simon

Wer Konflikte anheizt

Von Henning Frank

Eigentlich wollte er Theologie studieren, aber dafür erhielt der ehemalige Marineoffizier 1945 keine Zulassung. Und als der Bonner Jurastudent Helmut Simon ein Jahr später nach einem Gastsemester an der Universität Basel das Fach doch noch wechseln wollte, redete es ihm Karl Barth, der für ihn das Vorbild geblieben ist, aus: „Bleiben Sie Jurist, wir brauchen Juristen.“

Ganz untreu ist der seit heute – durch das Ausscheiden von Hans Justus Rinck – dienstälteste Richter des Bundesverfassungsgerichts seiner alten Liebe freilich nicht geworden. 1952 wurde er mit der Dissertation „Rechtsgedanken in der gegenwärtigen deutschen evangelischen Theologie“ zum Doktor der Rechte der Bonner Friedrich-Wilhelm-Universität promoviert. Und als Richter des Grundrechtssenats, dem er seit 1970 angehört, fühlt sich der Bauernsohn aus dem Oberbergischen dem linken Flügel seiner Kirche verpflichtet.

Es gibt für ihn „hin und wieder Situationen, in denen man sich aus eigener Überzeugung nicht in Schweigen hüllen darf“. Deshalb hält der heute 64jährige, dessen Amtszeit Ende November 1987 in Karlsruhe zu Ende geht, die massive Kritik an seiner „Öffentlichkeitsarbeit“ für unbedeutend. Um so mehr fühle er sich von den tadelnden Worten betroffen, die vor drei Jahren sein langjähriger Senatskollege Werner Böhm in seiner Abschiedsrede dafür fand, daß das „vom Richter geforderte Opfer der Anonymität“ für ihn offenbar unerbittlich ist. „Wer als Richter der Versuchung der Publizität unterliegt, setzt sich der Gefahr der Befangenheit aus und gefährdet die Integrität des öffentlichen Rechts. Wer in der Öffentlichkeit bestehende Konflikte anheizt – gewollt oder ungewollt –, stellt sein Amt in Frage.“

Diese Vorwürfe ist auch gegenüber den Sondervoten erhoben worden, die Helmut Simon zu so brisanten Entscheidungen wie dem Hochschulurteil und dem Paragraphen 218 veröffentlicht hat. Darin ist er mit seinen Senatskollegen, von denen er überstimmt worden ist, so hart ins Gericht gegangen, daß die von ihm selbst immer wieder beschworene Solidarität der Richter gefährdet wurde. Doch das nimmt er in Kauf. Bei seinem sehr engagierten Eintreten für die Au-



Der Versuchung der Publizität erliegt: Simon. FOTO: SVEN SIMON

Besitzer der Gesellschaft schießt Helmut Simon nicht selten über das Ziel hinaus. So, als er sich Anfang der achtziger Jahre dafür aussprach, den jugendlichen Aussteigern Freiräume für alternative Lebensformen einzuräumen. So, als er die Hausbesetzungen als bloße Regelverletzungen zu verniedlichen versuchte und sich für eine Amnestie einsetzte. Und auch das Verständnis, das er für die Sitzblockaden vor militärischen Einrichtungen als Protest gegen die Nachrüstung in zahlreichen Äußerungen zeigte, wurde ihm von seinen Kollegen verübt.

Sie rätseln bis heute darüber, ob dem im persönlichen Gespräch so beständig lebenswütigen Ehren doktor der Theologie der Universität Basel die gesamte politische Richtung in der Bundesrepublik Deutschland nicht paßt oder er nach den Erfahrungen im eigenen familiären Umfeld nur glaubt, mit seiner weit überzogenen öffentlichen Kritik an der angeblichen Unduldsamkeit der Gesellschaft die dem Staat skeptisch oder feindlich gegenüberstehenden Teile der Jugendlichen wieder in die Gesellschaft integrieren zu können.

Sollte er sich als Berichterstatter in dem Sitzblockadeverfahren mit seiner Auffassung von der Straflosigkeit solcher „Demonstrationen“ im Senat nicht durchsetzen, könnte ein Sondervotum Simons zu dem Urteil, das am 11. November von Vizepräsident Roman Herzog verkündet wird, eine Antwort auf diese Frage geben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Das Bremer Blatt beurteilt den CDU-Parteitag in Mainz:

Unangefochten wie kaum ein CDU-Vorsitzender und Kanzler vor ihm tritt Kohl heute vor den Wahlparteitag in Mainz – eine Veranstaltung, die ebenso gut unüberbieten könnte, wenn das Ritual nicht die Heerschau forderte. Kein Vergleich mit dem SPD-Parteitag, wo es den Kandidaten Rau mit der Partei zu versöhnen galt, kein Vergleich mit dem Kongreß der Grünen, auf dem Funds und Reelos um den richtigen Kurs rangen. Bei der CDU sind Kandidaten wie Kurs unumstritten.

NIEDERSACHSISCHE ALLGEMEINE

Das Kasseler Blatt stellt in Niedersachsen ein Problem für Bau:

Eine Partei, deren Spitzenkandidaten in Bund und Land nichts von den Grünen wissen wollen, wird mit ihnen, vor Ort, Bündnisse schließen müssen. Das schadet ihrer politischen Glaubwürdigkeit und erschwert es ihren Anhängern, sich mit ihr zu identifizieren. So gesehen war der Wahlsieg für die SPD ein Pyrrhussieg.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie moderieren sich über eine FDP-Forderung:

Zu verstehen ist es schon, daß die FDP ein Auge auf das Bonner Umweltministerium wirft. ... Kohl dürfte kaum daran interessiert sein, dieses zukunftsreiche, wählerwirksame Ministerium der FDP zu überlassen. Helmut Haussmann macht es sich wohl ein wenig zu einfach, wenn er meint, die konservative Union solle sich mehr um die Traditionsthemen, um die vergangenheitsbewußten Wähler kümmern, der FDP aber die Zukunft und die fortschrittlichen Wähler überlassen. In diese Ecke läßt sich die CDU kaum stellen. So käme die Stunde der FDP frühestens in

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt meint zum Stichwort Wahlbeteiligung:

Bundeskanzler Kohl hat am Vorabend des 34. Bundesparteitages der CDU in Mainz die Christdemokraten zum Kampf um jede Stimme bei der Bundestagswahl aufgerufen. Dieser Appell ist nach der Gemeindegewinn in Niedersachsen mehr als zuvor begründet. Auch wenn die Bürger bei Entscheidungen über die Zusammensetzung der Kommunalparlamente vorwiegend lokale Sach- und Persönlichkeitskriterien anwenden, muß der Union doch vor allem das mangelhafte Wählerinteresse zu denken geben: Jeweils 28 von 100 Wahlberechtigten Bürgern blieben am 5. Oktober den Wahlen fern.

fenkundig, daß Gorbatschow dringend einen außenpolitischen Erfolg braucht, um sich eine Legitimation nach innen zu verschaffen – gegenüber den Parteifunktionären, deren Opposition er immer wieder anprangert, sowie gegenüber den Militärs, die ihn argwöhnisch betrachten. Auf Meldungen, wonach es zwischen Parteiführung und Armee – also zwischen Gorbatschow und den sowjetischen Generalen – schwere Differenzen in der Frage des Atom-Moratoriums gebe, hat Moskau empfindlich reagiert. Valentin Falin, der ehemalige Botschafter und jetzige „Nowosti“-Chef, sprach in diesem Zusammenhang von „Gemeinheiten“ der westlichen Medien.

Gorbatschow versucht, sich nach außen jenen Handlungsspielraum zu verschaffen, der ihm im Inneren fehlt. Dabei sucht er den Preis, den er für ein Arrangement mit den USA zu zahlen hat, zu minimieren, indem er die chinesische Karte ebenso spielt wie

die japanische und demnächst vielleicht auch noch die deutsche. Manches deutet darauf hin, daß die Sowjets den Chinesen entgegenkommen wollen, soweit es geht, um der eigenen Isolierung zu entgehen. Auch die Bundesrepublik könnte auf diese Weise eines Tages ins Spiel kommen, falls Gorbatschow meinen sollte, daß das letzte Mittel ist, um die USA unter Druck zu setzen.

Sowjetischen jedenfalls zeigen Gorbatschows interne und weltweite Auftritte: Er hat die dringende Notwendigkeit einer Reform erkannt. Die Katastrophen, die ihn außenpolitisch zu schwächen scheinen, sollten ihn, so paradox das klingt, intern gegenüber den Kritikern stärken, die auf dem alten Kurs beharren. Der Westen kann dazu einen Beitrag leisten, dessen Wichtigkeit nicht hoch genug eingeschätzt werden kann: Festigkeit und Geschlossenheit, so daß die Einsicht, diesmal komme man nicht mit billiger Augenwischerei weg, auch die Eisenfresser erreicht.

Mittwoch, 8. Oktober 1986 - Nr. 234

mut Simon
anheizt

Ein richtiger, ein halber oder gar kein Rembrandt?

Vor dem Urteil des „Rembrandt-Research-Projekts“ sitzen die Museen, und so manchen privaten Sammler machen die Amsterdamer Wissenschaftler über Nacht um Millionen ärmer. 33mal hieß es kürzlich wieder: Ihr Rembrandt ist kein Rembrandt.

Von HELMUT HEITZEL

Der Andrang ist wie immer riesig. An der „Nachtwache“, Hollands berühmtestem Gemälde, führt kein Weg vorbei. Hunderttausende von Besuchern fluteten im historischen Amsterdamer Rijksmuseum jährlich an diesem Meisterwerk vorbei, stehen fasziniert vor diesen einzigartigen Licht-Schatten-Kontrasten. Niemand kommt hier wohl auf die Idee, daß dieses Meisterwerk nicht von Rembrandt sein könnte. Oder doch?

Denn Rembrandt Harmensz van Rijn, wie Rembrandt eigentlich bürgerlich heißt, ist plötzlich wieder in aller Munde. Die Authentizität zahlreicher bisher dem von 1609 bis 1669 lebenden Künstler zugeschriebenen Gemälde wird wieder einmal in Frage gestellt. Und dieses weitreichende und folgenschwere Unterfangen, das geschieht gar nicht so weit von der legendären „Nachtwache“ entfernt.

Nur ein paar Meter hinter dem Rijksmuseum, direkt gegenüber dem Amsterdamer Concertgebouw und dem Van-Gogh-Museum, beschäftigt sich in der Metsustrat Nr. 8 ein fünf-köpfiges Kunsthistoriker-Team, das „Rembrandt-Research-Projekt“, besonders intensiv mit den Werken des holländischen Meisters oder genauer: Die Wissenschaftler nehmen hier jeden „Rembrandt“-Stück für Stück unter die Lupe. Ihr Ergebnis ist es, eine wissenschaftlich begründbare Antwort zu geben auf die Frage: „Habe ich nun einen echten Rembrandt vor mir oder nicht?“ Das ist nicht immer einfach.

„Bitte füllen Sie erst einmal diesen Passierschein aus“, sagt die von ständigen Telefonaten gestraßte Dame an der Rezeption des Instituts. Und dann kommt auch schon der nächste gutgemeinte Ratschlag: „Sie müssen aber auf jeden Fall vor 18.00 Uhr das Haus wieder verlassen haben. Dann springt nämlich automatisch unser elektronisches Sicherungssystem an. Raus kommen Sie danach nicht mehr.“

Von der Dame am Empfang wird damit gleichzeitig angedeutet: Das hier ist ein wichtiger Ort. Sie befinden sich im Rembrandt-Research-Institut. Ein wichtiger Ort in der Tat. Denn hier wird Kunstgeschichte geschrieben. Hier wird auch darüber entschieden, ob so mancher vermögende Privatsammler, der sich bis vor kurzem noch im Besitz eines echten Rembrandt wählte, über Nacht einige Millionen Mark ärmer wird oder nicht. Und genau dies geschah kürzlich auch wieder. Denn das Forschungsinstitut hat erneut gesprochen: „Kein Rembrandt“. Und das gleich 38mal.

Hundert Gemälde aus der Schaffensperiode zwischen 1631 und 1634, die dem Meister bisher zugeschrieben waren, wurden von den Wissenschaftlern untersucht. 38 davon sind nach Ansicht des Amsterdamer Instituts nicht von Rembrandt selbst. „Es sind zahlreiche Atelierfertigungen darun-

ter“, sagt der leitende Kunsthistoriker des Forschungsteams, Professor Jusea Bruyn. Und er führt fort: „Gemälde sind im Atelier von Rembrandt, das sich lange Zeit in der Jodenbreestraat Nr. 4-6 befand, meist von seinen Schülern angefertigt worden. Einige Werke aber kommen nicht einmal aus dem Atelier Rembrandts, sondern wurden von anderen Amsterdamer Malern in jener Zeit angefertigt.“

Die Regel sei es gewesen, so der Professor, daß der Meister bei den in seinem Atelier unter seiner Anleitung hergestellten Gemälden lediglich am Ende noch seine Signatur unter das Gemälde gesetzt habe. Da drängt sich natürlich die Frage auf: Gibt es nicht nur echte und falsche, sondern auch halbe Rembrandts?

Eindeutig nicht von Rembrandt sind nach Meinung Bruyns und seiner Kollegen so weltberühmte bisher für hundertprozentig echt gehaltene Werke wie „Der junge Mann mit Turban“, das sich im Privatbesitz des britischen Königshauses befindet, und „Der barmherzige Samariter“, Eigentum der Wallace-Collection in London. Sogar das andere weltberühmte Bibelmotiv, „Johannes der Täufer“, das im County-Museum of Art in Los Angeles hängt, soll nun auf einmal auch nicht von Rembrandt selbst sein.

Dann der „Rembrandt-Schock“ für ein deutsches Museum. „Die dem Braunschweiger „Herzog-Anton-Urich-Museum“ gehörende Porträtsammlung“, so Professor Bruyn mit Überzeugung in der Stimme, „wurde nicht von Rembrandt selbst gemalt.“

In seinem geräumigen Büro mit Blick auf einen der verwinkelten Amsterdamer Innenhöfe erläutert der



Rembrandt Harmensz van Rijn (1606-1669) in einem Selbstbildnis

Wissenschaftler die Arbeitsweise seines Institutes. „Wir haben 1986 mit unserer Arbeit begonnen und seither nur die Schaffensjahre Rembrandts bis 1634 untersucht. Fünf Jahre lang – bis 1973 – haben wir die ganze Welt bereist, haben jedes einzelne Rembrandt-Gemälde persönlich begutachtet, also Inventur gehalten. Dann erst folgten die eigentlichen Untersuchungen. Die Bilder wurden gereinigt. So wurde ihr Innenleben sichtbar – das Holz, der Rahmen, die verwendeten Farben, das Leinwandstück, alles wurde dann in Labors wissenschaftlich analysiert.“

Die Röntgenfotos geben unter anderem Auskunft darüber, wie das Bild von der Mal- und Farbstruktur her aufgebaut und welches Leinwandstück verwendet wurde. „Dabei müssen wir diese Laborergebnisse dann



Das aus dem Amsterdam: „Der barmherzige Samariter“ in der Wallace-Collection in London ist kein Rembrandt

in Beziehung setzen zu den damaligen Arbeitsbedingungen in Rembrandts Atelier, den geltenden Gildenvorschriften, den damals gebräuchlichen Farben, um herauszufinden, ob wir einen echten Rembrandt vor uns haben oder nicht. Da ist letztendlich auch viel stilistische Analyse dabei und ein auch noch so gut begründbares Urteil bleibt doch immer auch irgendwie subjektiv“, sagt Professor Bruyn selbstkritisch über diese Methode. „Aber wir können auch von uns behaupten, daß wir sehr gründlich arbeiten.“

Jedes analysierte Gemälde wird in Form einer ausführlichen Expertise bewertet und als echter oder falscher Rembrandt eingestuft. Bis ins feinste Detail beschrieben werden nicht nur das Bildmotiv, sondern beispielsweise auch die Bildführung, die Strichstärke, die Farbkomposition und Zusammensetzung, die Signatur. Selbst die Arbeitsbedingungen, soweit man sie kennt, unter denen ein Bild zustandekam, werden in der Expertise ausführlich skizziert. Jedes in diesem Gutachten ausgesprochene wertende Urteil wird durch einen entsprechenden Verweis auf das vorliegende Analyse-Ergebnis mit Hinweisen wie „siehe Farbanalyse Nr. ...“, „siehe Röntgenbilduntersuchung vom ...“ begründet.

Von großer Bedeutung bei dieser Schubbewertung ist auch, exakt darüber Bescheid zu wissen, wie Rembrandt eigentlich gearbeitet hat und wie in seinem Atelier gearbeitet wurde. Von Rubens beispielsweise ist bekannt, daß er zahlreiche „seiner“ Gemälde größtenteils von Assistenten hat anfertigen lassen, von Vermeer dagegen weiß man, daß er ein Einzelgänger war, sprich als „Solist“ zeichnete.

Wie sich das für seriöse Wissenschaftler gehört, publizierte das Amsterdamer Forschungsteam all seine Ergebnisse, die es über die Jahre in mühevoller Kleinarbeit zusammengetragen hatte. Diese Publikation mit dem Titel „A Corpus of Rembrandt Paintings“ (Teil 1 und Teil 2, Teil 3 folgt bis 1990) ist für viele Insider wohl eines der spannendsten Bücher. Immer wenn ein neuer Teil erscheint – so wie jetzt gerade erst Teil 3 (Schaffensperiode 1631-1634) –, erzittert die Fachwelt. Denn, so lehrt die Erfahrung, von hundert in Amsterdam un-

tersuchten Rembrandts sind danach höchstens 60 „ganz echt“.

Umgerechnet rund 800 Mark pro Stück kosten die damit sündhaft teuren Prachtbände des Rembrandt-Research-Instituts. Sie erscheinen in englischer Sprache bei Martinus Nijhoff Publishers, Dordrecht, Boston, Lancaster. Diese Bände lösen nicht nur heiße Diskussionen und oft auch harte Kritik in der Fachwelt aus, sondern sogar manchmal bissigen Spott. „Dieser Band“, so sagt mancher Spötter in Holland scharfzüngig, „ist die beste Anleitung dazu, wie man einen Rembrandt perfekt fälschen kann.“

Inzwischen haben die mit einer Eng-gelsgeduld arbeitenden Amsterdamer Rembrandt-Forscher mit der Untersuchung der nächsten Schaffensperiode des Meisters begonnen, Teil 3 ihres Gesamtwerkes. In diese Phase fällt auch das Jahr 1642, das Jahr der legendären „Nachtwache“.

Befragt, ob es für möglich halte, daß sein Institut herausfinden könnte, daß die „Nachtwache“ kein echter Rembrandt sei, antwortet der Professor fest: „Das kann jetzt schon ausgeschlossen werden. Gerade über die „Nachtwache“ haben wir so viele Informationen, daß wir jetzt schon bei- nahe mit Sicherheit behaupten können, daß sie von Rembrandt selbst angefertigt wurde.“

Auffällig ist, daß von den jetzt in Band 2 als „Nicht-Rembrandts“ entlarvten und entsprechend deklarier- ten 38 Gemälden kein einziges in ei- nem holländischen Museum hängt. Zufall? Diese provokante Anspielung weist Herr Bruyn energisch zurück: „Wir sind ein unabhängiges For- schungsinstitut. Auf solche Gegeben- heiten können und wollen wir keine Rücksicht nehmen.“

Der Kunsthistoriker Bruyn schließt auch nicht aus, daß die folgende, etwa 1989 oder 1990 erschei- nende Studie erneut zahlreiche fal- sche Rembrandts ausweisen wird. „Von den 420 durch Rembrandt-Ken- ner Rembrandt-Gemälden sind sicher 40 Prozent nicht vom Meister gemalt“, meint er. Da wird wohl so mancher Museumsdirektor und Privatsam-mler noch schlaflose Nächte vor sich haben, denn jetzt wird die Schaffens- periode von 1634 bis 1642 untersucht.

Schuld und Sühne – das Drama auf der argentinischen Bühne

Er hat den Beinamen „der Metzger“: Ramon Juan Alberto Camps, während des „schmutzigen Krieges“ der Militärjunta Polizeichef von Buenos Aires, muß sich zur Zeit für den Tod Tausender von Menschen verantworten. Ein weiteres Stück Vergangheits-Bewältigung? Die Angehörigen der Opfer glauben nicht mehr daran.

Von WERNER THOMAS

Als der Film endet, wischen viele Besucher des „Cine Broadway“ Tränen aus dem Gesicht. Manche verweilen schluchzend auf ihren Sitzen. Plötzlich ruft ein älterer Herr mit vibrierender Stimme: „Laßt uns nie vergessen.“ Dann fordert eine andere Männerstimme: „Bestraft die Schuldigen.“ Und viele stimmen mit ein: „Sí, Señor, bestraf sie.“

Wenige hundert Meter von dem Lichtspielhaus entfernt kann dieser Wunsch in Erfüllung gehen. In dem monumentalen neoklassizistischen Gerichtsgebäude von Buenos Aires läuft zur Zeit der sogenannte Camps-Prozeß. Das Verfahren markiert die zweite Phase des Versuchs einer Vergangenheits-Bewältigung. Nachdem die ehemaligen Junta-Mitglieder, die Verantwortlichen für den „schmutzigen Krieg“ Ende der siebziger Jahre gegen den linken Untergrund und den vermuteten Sympathisanten-Zirkel, im Dezember 1985 verurteilt wurden, kommen jetzt ihre wichtig- sten und brutalsten Handlanger an die Reihe. Der Name Camps steht für viele von ihnen.

Ramon Juan Alberto Camps (59), General im Ruhestand, war auf dem Höhepunkt des antisubversiven Kampfes Polizeichef der Provinz Buenos Aires. Er berichtete einmal freimütig, während seiner Amtszeit seien 5000 „Subversive“ ums Leben gekommen. Die meisten starben im Kugelhagel der Hinrichtungs-Kommandos, die Häftlinge heimlich liquidierten. Die Leichen verschwanden namenlos in unbekannten Gräbern. Eine von dem Schriftsteller Ernesto Sabato geleitete offizielle Untersuchungskommission dokumentierte mehr als 9000 Vermissten-Fälle.

Der Film, der über die Leinwand des „Cine Broadway“ flimmert, schildert eine Episode der Camps-Ära. Sieben Teenager der Provinzhauptstadt La Plata im Alter von 17 Jahren hatten 1976 Demonstrationen für billige Schülertransporte der öffentlichen Verkehrsmittel organisiert. Alle politischen Aktivisten, die Che Guevara verehrten und Sozialarbeit in Arme- vierteln verrichteten. Keiner wollte aber Gewalt anwenden.

Im September 1976 entführten Kommandos der Sicherheitskräfte mit verummten Gesichtern die jungen Leute aus den elterlichen Woh- nungen. Es war „die Nacht der Bleistifte“ – so der Titel des Streifens. Das emotionale Werk des Regisseurs Hector Olivera zeigt Haft- und Folter-Szenen, die unter die Haut gehen. Die Folter ernten Zwischenrufe wie „hijo de puta“, Hurensohn. Die bigoten Priester der geheimen Gefängnis- se werden mit Bu-Rufen und ab- schätzigen Kommentaren bedacht: „Dafür seid ihr gut genug.“

Nur ein Opfer der „Nacht der Bleistifte“ lebt noch, Pablo Diaz (27). Die anderen gehören zu den Tausenden „desaparecidos“, den Verschwunden. Oliveras Drehbuch basierte auf den Aussagen des Überlebenden.

Diaz, 1980 ohne Prozeß befreit, wird nun der prominenteste Zeuge des Camps-Prozesses sein.

Neben Camps müssen sich sechs andere ehemalige Beamte der Provinz Buenos Aires verantworten. So der Arzt Jorge Berges, den die Presse mit Josef Mengele verglich. Es gibt Zeugen, die erzählen, Berges habe im Gefängnis geborene Babys töten lassen. Von zwei Hebammen fehlt jede Spur. Sie sollen entrüstet protestiert haben.

Julio Cesar Strassera, Argentinien bekanntester Staatsanwalt, ein Bach- und Beethoven-Freund mit deut- schen Sprachkenntnissen, ist wie im Prozeß gegen die Junta der Ankläger. Diesmal wirkt der zuckertrinke Kettenraucher aber erschöpft.

Der Name Camps verleiht dem Ereignis eine besondere Note. Der Ex-General, gelegentlich „el carniceiro“ (der Metzger) genannt, von früheren Häftlingen als Folterer identifiziert, fühlt sich nicht schuldig, auch nicht im Angesicht des Todes. Er liegt mit einem unheilbaren Lungenkrebs-Leiden im Militärkrankenhaus. Die Richter verschonen ihn mit Vorladungen. Er wird wahrscheinlich nicht mehr leben, wenn der vor zwei Wo- chen eröffnete Prozeß im November oder Dezember endet.

Der Patient schrieb im Kranken- bett: „In der Nähe des Todes, der meines Erachtens nicht alles beendet, bin ich mir bewußt, daß ich unschul-



Ramon Camps: „Ich werde unschuldig verurteilt.“

FOTO: CAMERA PRESS

dig verurteilt werde. Ich betrachte das als weiteres Opfer für die Ehre, ein General der Nation gewesen zu sein.“ Der Prozeß sei eine „Parodie, die einem bereits zuvor gefällten Ur- teil von einer marxistischen Regie- rung, die uns heute unter einem so- zialdemokratischen Deckmantel re- giert, den Schein der Legalität gibt“. Er habe Ende der siebziger Jahre seine „heilige Pflicht“ getan. Der Krieg gegen die Subversion sei allerdings nur militärisch gewonnen worden, politisch nicht.

Weitere fünf Angeklagte fehlen. Sie boykottieren die Verhandlungen, seit sie nach der Verlesung einer gemein- samen Erklärung aus dem Saal ge- wiesen wurden. „Wir sind von der gleichen Gesellschaft vor Gericht ge- stellt worden, die wir einst verteidigt haben“, erklärten sie. Auf der

Anklagebank sitzt einsam der Polizei- beamte Norberto Cozzani.

Vermutlich werden diesem Prozeß nur noch wenige spektakuläre Ver- fahren folgen. Ende des Jahres soll allerdings der „Escuela-Mecánica“-Prozeß beginnen. In dem technischen Ausbildungszentrum der Marine ver- schwanden nach Schätzungen der Menschenrechtsgruppen zwischen 3000 und 4000 entführte Personen. Viele Opfer sollen mit einem Beton- kloß am Bein in den La-Plata-Fluß geworfen worden sein. Der damalige Kommandeur, Vizeadmiral Ruben Chamorro, erlag im Juli einem Herz- versagen.

Die meisten Menschenrechtler be- fürchten, daß die Bemühungen um eine Bewältigung der Vergangenheit im nächsten Jahr oder 1988 enden und nur wenige Schuldige im Ge- fängnis landen. Ob die bereits verur- teilten Hauptschuldigen tatsächlich ihre vollen Strafen verbüßen, ist ebenfalls ungewiß: Die Ex-Präsi- denten Jorge Rafael Videla, Roberto Vi- la und drei andere Vertreter ehemali- ger Juntas legten Berufung ein. Sie leben komfortabel im Militärgängel- nis Magdalena. Videla spielt tüchtig Tennis, seine Frau mietete ein Haus in der Nähe.

Die „Mütter des Plaza de Mayo“ verdächtigen Präsident Raul Alfons- in, er wolle die Prozesse langsam auslaufen lassen. Alfonsín, der noch in diesem Monat in Straßburg einen Menschenrechtspreis der Europä- ischen Gemeinschaft erhält, gerät ins Kreuzfeuer der Kritik.

Die Mütter-Or- ganisation prote- stierte dieser Tage gegen eine „politi- sche Lösung“ des Problems. Noch im- mer marschieren die Frauen mit weißen Kopftüchern und den Fotos ihrer ver- schwundenen Kin- der jeden Donner- stagsmittags auf den „Plaza de Mayo“ vor dem Prä- sidentenpalast.

Sie sind jedoch in der Zwischenzeit gespalten. Viele wollen der Grönde- rin Hebe de Bonafini nicht mehr folgen, der linkspolitische Aktivitäten, und herrschaftliches Verhalten vorge- worfen werden. Auch die deutsch- stämmigen Mütter halten Distanz zu ihr.

Die deutschstämmigen Mütter – die Bonner Botschaft registrierte 73 deutschstämmige „desaparecidos“ – treffen sich weiterhin alle zwei Wo- chen in der evangelischen Kirche an der Esmeraldastraße, um den Verlauf der Untersuchungen und Prozesse zu diskutieren, um sich gegenseitig zu helfen und zu trösten. Sie haben längst die Hoffnung aufgegeben, daß ihre Kinder noch leben. Sie wollen lediglich erfahren: Wo, wann und wie sind unsere Kinder ums Leben ge- kommen? Wo sind sie begraben?

„Wir kämpfen für die Wahrheit und die Gerechtigkeit“, betont Irene Marx, „ohne Rachegefühle.“ Sie glaubt, daß die Argentinier diesen Kampf unterstützen.

Zumindest jene Kino-Besucher werden das tun, die den Film „La Noche de los Lapizes“ sehen, „Die Nacht der Bleistifte“.

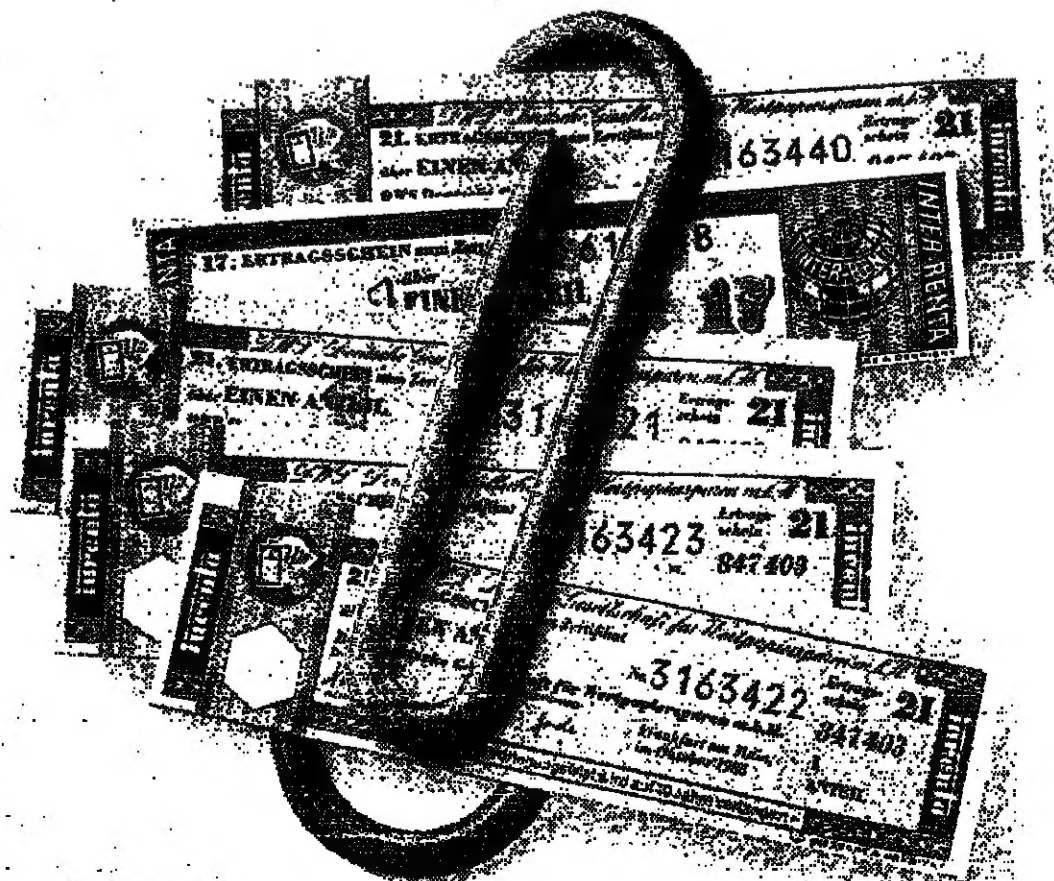
Sie wollen regelmäßig gute Erträge kassieren. Wir bieten Ihnen die passende Anlage.

Wenn Sie eine Vermögensanlage wünschen, die regelmäßig gute Erträge abwirft, liegen Sie mit unseren Rentenfonds Inrenta und Inter-Renta richtig. Inrenta schöpft die Zinschancen an den deutschen Rentenmärkten für Sie aus, Inter-Renta erschließt Ihnen die Chancen an den internationalen Rentenmärkten. Beide Fonds betreiben ein aktives Management der gesunden Ertrags- und Risikomischung, sie kommen damit dem Wunsch zahlreicher Anleger nach einer Vermögensanlage ohne Streß entgegen. Inrenta und Inter-Renta sind deshalb wichtige Bausteine eines gut sortierten Wertpapiervermögens. Erkundigen Sie sich genauer bei dem Anlageberater unserer Gesellschaftsbanken. Es sind die Deutsche Bank AG und weitere deutsche Banken und Bankiers. Oder schreiben Sie uns.

DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen
Postfach 10 06 20 - 6000 Frankfurt 1



Mehr finanzielle Unabhängigkeit.



Franke-Prozeß: „Ein Dr. Leistner war der Kurier“

WERNER KAHL, Bonn

Eines der ereignisreichsten und umstrittensten Kapitel der Folgen des Prozeßes gegen den früheren Bundesminister Egon Franke und dessen einstigen Vertrauten, Ministerialdirektor Edgar Hirt, aufgeschlagen. Als Zeuge erschien der Gastwirt Albert Schütz, der zwei Jahrzehnte als Organisator kommerzieller Fluchthilfe tätig gewesen ist. Der 62jährige erklärte vor dem Bonner Landgericht, „im Auftrag Bonns“ habe er vor 1982 mit gefälschten Diplomen Passen Bewohnern aus dem Ostblock in den Westen geschleust. Nach seiner Erinnerung betrug das Entgelt insgesamt etwa 300 000 Mark. Überbringer der Beträge zu jeweils 25 000 Mark pro Flüchtling sei stets ein „Dr. Leistner“ gewesen. Der Geldbote habe sich 1978 lediglich so vorgestellt: „Ich komme vom Ministerium aus Bonn. Wollen Sie für uns Leute rüberholen?“

Schütz (Ich habe den Namen Leistner nur phonetisch in Erinnerung, habe nie einen Ausweis gesehen) war seit dem Mauerbau 1961 Fluchthelfer. Druckereien in Skandinavien, Istanbul und in Spanien lieferten „Operettenpässe“, mit denen Ärzte und Wissenschaftler geschleust wurden. Ein spanischer Phantasie-Diplomatenpaß mit 22käriger Goldauflage veranlaßte Schütz zu der Bemerkung: „Je bunter, je protziger, desto besser.“ Ein „DDR-Ehepaar“ sei mit vatikanischen Pässen in Nonnenkleid und Priestergewand durch die Grenzkontrollen gelangt. „Bitte

Verdienen Sie genug?

Interessante Aufstiegs-Chancen bietet Ihnen die BERUFS-WELT in der Welt - mit dem großen überregionalen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte. Und mit vielen Informationen für mehr Erfolg im Beruf. Auf Wunsch: 4 Wochen kostenlos. Telefon 0130-60 60 (zum Ortsamt). Oder Postkarte an: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

DIE WELT

INTERNETIONALE ZEITUNG FÜR BERUFSLEUTE

Jeden Sonntag mit BERUFS-WELT

keinen Namen in öffentlicher Sitzung“, sagte der Berliner Rechtsanwalt Dietrich Scheid, Rechtsbeistand des Zeugen, und ließ die Öffentlichkeit ausschließen.

Bei allen Fluchtaktionen mit gefälschten Papieren habe er dem mysteriösen „Dr. Leistner“ vertraut. „Sie handeln nicht rechtswidrig“, sagte Schütz. Seine zwischenzeitlich erfolgte Verurteilung zu Gefängnis auf Bewährung wegen Urkundenfälschungen wird er mit einem Wiederanfrageverfahren revidieren lassen: „Ich hatte kein Unrechtsbewußtsein.“

Ob der ehemalige Fluchthelfer ein Entlastungszeugnis ist, darüber waren sich die Anwälte der Angeklagten noch nicht schlüssig. Hirt sah sich jedoch in seiner Verteidigung bestärkt, daß während seiner Amtszeit „verschlungene Wege“ - ohne Quittungen und Zeugen - begangen werden mußten, um Bewohner aus dem Ostblock in den Westen zu bringen. Wohin die aus der Haushaltskasse verschwundenen 5,6 Millionen Mark geflossen sind, darüber schweigt Hirt weiterhin. „Ich war nicht Leistner“, sagte der Angeklagte nach einer Gegenüberstellung mit dem Zeugen im Gerichtssaal. Im Ministerium für in-derdeutsche Beziehungen ist der Name unbekannt. „Dr. Leistner“ - ein Phantom oder tatsächlich ein früherer Bonner Kurier? Die Frage bleibt: Wer war der Auftraggeber, wenn Hirt es nicht gewesen ist?

DIE WELT (USPS 403-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der 34. Bundesparteitag der CDU in Mainz / Grundsatzrede Helmut Kohls / Brisanz in den Anträgen der Basis

Der Kanzler tritt als Mahner vor die Delegierten: Die Wahlen sind erst am 25. Januar gewonnen

Von GÜNTHER BADING

Am Anfang des CDU-Bundesparteitages stand ein Ordnungsruf des Parteivorsitzenden. „Ich denke, wer eine Wahl gewinnen will, der muß auch Disziplin auf einem Parteitag üben. Ich bitte Sie, sich jetzt zu setzen“, rief Helmut Kohl am Dienstagmorgen den rund 750 Delegierten in der Mainzer Rheingoldhalle zu, die sich auch Minuten nach dem offiziellen Eröffnungspunkt noch in Gruppen neben den Tischen und Stuhlreihen unterhielten. Die Begegnungen der CDU-Landesverbände am Vorabend hatten offenbar nicht ausgereicht, um den Wunsch nach einem Plausch mit alten Bekannten, die man nur dann und wann auf Parteiveranstaltungen trifft, zu erfüllen.

Schon in seinen kurzen Begrüßungsworten kam der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler zur Sache. Die Union habe eine gute Ausgangsposition für die Bundestagswahl im Januar 1989. „Aber, liebe Freunde, es gibt nicht den geringsten Grund für Übermut“, Kohl, gern als „politischer Enkel“ Konrad Adenauers bezeichnet, erinnerte an das Wort des „Alten“, daß Wahlkampf „auch immer Kampf heißt“. Die Wahlen seien „am 25. Januar um 18 Uhr gewonnen und keine Minute früher.“

Noch bevor über Tagesordnung, Zusammensetzung des Kongresspräsidiums und andere notwendige Formalien beschlossen wurde, machte Kohl deutlich, daß die CDU nur einen wirklich schlimmen Fehler begehen könnte: sich zu früh als sicherer Wahlsieger zu fühlen.

Auch in seiner Grundsatzrede von anderthalb Stunden Dauer machte der CDU-Vorsitzende noch einmal deutlich, daß seine Partei keine Stimme zu verschenken habe, daß bei allem Blick auf die Zukunftsperspektiven vor einem Wahlerfolg im Januar noch harte Kampfarbeit

gesetzt sei. Kohl widerstand der Versuchung, durch persönliche Angriffe auf den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau oder durch ein Herumhacken auf dem die Gewerkschaften ohnehin schon bedrückenden Neuen Heimat-Skandal billigen Applaus einzuharsten.

Er legte seiner Rede, die sich besser las, als sie vorgetragen wurde (es bleibt bei der Erfahrung, daß der Redner Kohl nur dann mitreißt,

Die Beschäftigung nimmt zu, die Einkommen steigen, die Preise sind stabil; wir haben wieder eine wachsende, eine auf die Zukunft orientierte Wirtschaft.“ Das seien die Erfolge, „die im Alltag der Bürger zählen“. Hinzu komme die Veränderung des politischen Klimas im Lande. Und auch hier, wo Kohl mit dem hohen Anspruch einer „geistig-moralischen Wende“ vor vier Jahren angetreten war, vermeldete der Bundeskanzler



Beifall bis zur Mittagspause: Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl

wenn er frei spricht) drei Aussagen zugrunde. Da war zum einen die positive Bilanz vierjähriger Regierungsarbeit, dann die Auseinandersetzung mit einer sich wandelnden Sozialdemokratie und zum Schluß ein Ausblick auf die Zukunft weit über die nächste Legislaturperiode hinaus.

Die „positive und ermutigende Bilanz“ faßte Kohl in wenigen, einprägsamen und deshalb von den Delegierten vehement beklatschten Sätzen zusammen: „Wir haben den Frieden in Freiheit gesichert gemacht,

den Erfolg, den er allerdings geschickt als „das gemeinsame Werk aller Bürger“ bezeichnete. Und so hörte sich die Bilanz dieses Klimawechsels an: Zuversicht und Optimismus haben Verzweiflung und Pessimismus verdrängt. Es gibt ein neues Geschichtsbewußtsein und damit auch eine neue Offenheit für Zukunftstragen. In der Regierungspolitik ist auf das gegebene Wort wieder Verlaß; wir versuchen, die Probleme zu lösen und nicht zu vertragen.“

Dem Kanzler fiel es offensichtlich leicht, diese Sätze zu sprechen, denn

die in der Anfangsphase seiner Regierung geübte Kritik an mangelnder Führungskraft, am Verdrängen von Problemen ist schon seit geraumer Zeit verstummt.

Der CDU-Vorsitzende bezog in die positive Bilanz seiner Arbeit und den optimistischen Ausblick auf die Zukunft nicht ungeschickt auch das Zusammenwirken in der Koalition mit ein. So, als habe es keinerlei Auseinandersetzung um das Wahlprogramm zwischen CDU und CSU gegeben, richtete er ein Wort des Dankes „an unsere Schwesterpartei in Bayern... und an Franz Josef Strauß“. Unter dem Beifall der CDU-Delegierten sagte er: „Auch wenn es gelegentlich Schwierigkeiten gab - verständliche und manchmal weniger verständliche -, ändert das nichts an unserer Gemeinsamkeit.“ Und auch die FDP wurde durch den Kanzlers Lob an dieser Stelle gleichsam über die vielen Streitigkeiten der vergangenen Monate hinaus auf das verklärte Niveau der gemeinsamen politischen Zielsetzung gehoben. Zwar gebe es da und dort „auch manchen unnötigen Ärger“, räumte Kohl ein. Aber entscheidend seien „die Fähigkeit und der gemeinsame Wille“, das Regierungsprogramm partnerschaftlich durchzusetzen.

Bei seinen Dankadressen hatte Kohl das Kabinett als Ganzes genannt, ohne einzelne Namen zu nennen. Beim Dank an die Fraktion allerdings hatte er den CSU-Landesgruppenvorsitzenden Theo Waigel und auch Fraktionschef Dreger genannt, was in dessen Umgebung auf merklichem Applaus spendete. Auffallend starken Applaus spendeten die Delegierten, als Kohl sich bei Generalsekretär Helmut Genscher bedankte, fast so viel und so lange wie beim Schlußapplaus für den Kanzler selbst.

Die Regie will den 218 diesmal ausklammern

DIETHART GOOS, Mainz

Das Antragsbuch für den 34. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union ist zwar nicht so umfangreich wie die Antragsflut auf Kongressen der Sozialdemokraten. Doch was die Landesverbände, Kreisorganisationen und Vereinigungen der CDU für die zweitgrößten Beratungen in Mainz zusammengetragen haben, birgt viel politische Brisanz. So hat der Bundesvorsitzende der Jungen Union (JU) einen umfangreichen Antrag zum heiß diskutierten Thema Gentechnologie und künstliche Befruchtung vorgelegt.

Die Parteijugend der Christlichen Demokraten sieht in der Gentechnologie eine der wichtigsten Zukunftstechnologien überhaupt. Begrüßt wird die Entscheidung des Bundesforschungsausschusses, diesen Bereich intensiv zu fördern. Zugleich heißt es aber auch in dem Antrag der JU: „Wir erkennen aber auch die Gefahren, die aus der Forschung, langfristig vor allen Dingen aber aus der Anwendung der Forschungsergebnisse für Menschen, Tiere, Pflanzen und die ökologische Gleichgewichte entstehen können.“ Gefordert wird in dem Votum an den Parteitag, bestehende Gesetze zum Tier- und Naturschutz konsequent anzuwenden.

Kritisch setzt sich der Antrag mit der Gentechnologie an menschlichen Körperzellen auseinander. Solange damit genetisch bedingte Krankheiten korrigiert werden können, sieht die Union darin einen erlaubten Eingriff. Dagegen ist der Eingriff in Keimzellen und befruchtete menschliche Eizellen mit der Würde des Menschen und den Persönlichkeitsrechten des einzelnen unvereinbar. Damit verbiete sich jegliche Forschung oder therapeutische Anwendung, die auf eine genetische Optimierung menschlicher Fähigkeiten

oder Eigenschaften abziele. Auch müsse die künstliche Befruchtung auf Ehepaare beschränkt bleiben. Ebenso wendet sich der Antrag entschieden gegen die ungeschlechtliche Vermehrung von Menschen durch Embryoteilung im frühen Stadium der Zellteilung.

Der CDU-Parteitag in Mainz muß sich auch mit dem in der Union heiß diskutierten Problem des Schwangerschaftsabbruchs beschäftigen. Starke Gruppierungen in der Union sind mit der Reform des Paragraphen 218 aus dem Jahre 1976 nicht einverstanden und streben eine erneute Reform an, um einen besseren Schutz des beginnenden Lebens zu erreichen. In einem Antrag des Kreisverbandes Gütersloh wird besorgt darauf verwiesen, daß etwa 80 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche mit der sogenannten sozialen Indikation begründet werden. Dazu heißt es: „Wenn materielle Gründe zur Tötung ungeborener Kinder führen, ist das die Bankrotterklärung unseres sozialen Gemeinwesens.“

Um eine lange und heftige Diskussion über die erneute Änderung des Paragraphen 218 auf diesem Parteitag kurz vor der Bundestagswahl zu vermeiden, soll eine Grundsatzdebatte auf den nächsten Parteikongreß verschoben werden.

Auch der Skandal um die Neue Heimat läßt die CDU-Delegierten in Mainz nicht unberührt. In einem Antrag des heimischen Landesverbandes Rheinland-Pfalz wird eine lückenlose Aufklärung gefordert. Da die Neue Heimat für ihren sozialen Wohnungsbau mit zehn Milliarden Mark an Steuermitteln gefördert worden sei, hätten Bund und Länder die unmittelbare und verzichtbare Pflicht zur Kontrolle über den Verbleib dieser Gelder und zur Aufklärung des gesamten Skandals.

Genscher verläßt Krankenhaus

AP, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der sich seit seinem Schwächeanfall vom vergangenen Donnerstag im Bonner Malteser-Krankenhaus aufhielt, hat die Klinik gestern wieder verlassen. Wie das Auswärtige Amt mitteilte, haben eingehende Untersuchungen bestätigt, daß es sich nur um einen Schwächeanfall ohne ernsthaften Hintergrund gehandelt hat. Genschers Allgemeinzustand sei gut. Der 59 Jahre alte FDP-Politiker wird allerdings in dieser Woche noch keine dienstlichen Termine wahrnehmen.

„SPD übernimmt DKP-Argumente“

DW, Bonn

Die Bundesregierung will sich nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, die Möglichkeiten für den Bau von Kernkraftwerken offenhalten. Nur deshalb trete die Koalition für die Wiederaufbauanlage in Wackersdorf ein. Als „schlimmste Stimmungsmaße“ wies die CSU die Darstellung Roths zurück. Sie sei niederträchtig und im Inhalt haltlos. Roth, der die CSU, habe außerdem „mit seinen Behauptungen Argumente der DKP voll inhaltlich übernommen.“

Staatsvertrag: „Nicht alles klar“

dpa, Düsseldorf

Das von den Regierungschefs der Länder ausgearbeitete „Rahmenpapier“ zur Neuordnung des Rundfunkwesens hat nach Auskunft des Chefs der hessischen Staatskanzlei, Giani (SPD), inhaltlich „überhaupt noch nichts klargestellt“. Ähnlich äußerte sich die Düsseldorf SPD-Fraktion. Wiesbaden und Düsseldorf widersprachen damit dem Hamburger Bürgermeister von Dohnanyi (SPD), der in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckte hatte, die Regierungschefs seien sich auch in Detailfragen über einen Staatsvertrag einig geworden.

Kein Recht auf Anonymität

DW, Koblenz

Der Bürger kann bei Datenerhebungen durch die Behörden nicht verlangen, daß sein Name anonym bleibt. Nach einem Urteil des Koblenzer Oberverwaltungsgerichts bestehen gegen eine Erhebung entsprechender Daten unter einer Kennziffer, die eine Identifizierung des Betroffenen ermöglicht, keine Bedenken. Auch die Registrierung der Kennziffer während der Datenauswertung verstößt nicht gegen geltende Rechtsprechung. Mit diesem Urteil wurde die Klage eines Apothekers zurückgewiesen (AZ: 2 A 11/88).

FDP-Landeschef warnt eigene Partei

dpa, Mainz

Vor einer „Aufteilung von Kabinettsposten zur Unzeit“ hat der rheinland-pfälzische FDP-Landesvorsitzende Rainer Brüderle die Bundespartei eindringlich gewarnt und dazu aufgefordert, „die Kraft auf Prozesse und nicht auf Posten zu konzentrieren“. Brüderle bezog sich auf den von der FDP-Partei erhobenen Anspruch, nach der Bundestagswahl im Januar 1989 das Umweltministerium zu besetzen. Die FDP dürfe das Fell des Bären nicht schon vor der erfolgreichen Jagd verteilen, sagte Brüderle.

Wallmann: FDP überschätzt sich

D. G. Mainz

Führende CDU-Politiker haben den Anspruch der Freien Demokraten auf das Umweltministerium zurückgewiesen.

Auf dem Parteitag in Mainz zeigte sich Ressortchef Walter Wallmann über den Vorstoß des FDP-Präsidiumsmitglied Gerhard Baum, er bestünde und gab im Gespräch mit der WELT zu verstehen, daß er nicht im geringsten daran denke, sich mit dem Ansuchen des Koalitionspartners ernsthaft auseinanderzusetzen. Daß ausgerechnet der frühere FDP-Innenminister aus Zeiten der sozialliberalen Koalition den Anspruch auf das Umweltministerium angemeldet habe, zeige die Selbstüberschätzung der Freien Demokraten. Dieser Vorstoß hat nach Wallmanns Überzeugung kein sonderliches politisches Gewicht und dürfe daher nicht überbewertet werden.

Kritisch äußerte sich auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der zugleich CDU-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein ist. „Wenn sich die FDP nur einen Tag nach dem für sie enttäuschenden Kommunalwahlsergebnis von Niedersachsen mit der Forderung auf das Umweltministerium öffentlich zu Wort meldet, ist das gerade gesagt unklug.“ Stoltenberg fügte hinzu: „Es gibt wohl für die Freien Demokraten angesichts ihrer unsicheren Aussichten bei der bevorstehenden Landtagswahl in Bayern und der Bürgerschaftswahl in Hamburg wichtigere Themen als die Forderung nach einem neuen Ressort. Was würde wohl die FDP sagen, wenn wir jetzt erklärten, Wallmann muß Außenminister werden.“

Baum hatte sich bei seinem Vorstoß am Montag auf umweltpolitische Positionen seiner Partei berufen. Zugleich hatte er einen Forderungskatalog mit umweltpolitischen Themen vorgelegt, der bei einem Wahlsieg im Januar in die Koalitionsverhandlung eingebracht werden soll.

Die Grünen suchen Atom-Kompromiß mit der SPD

PETER SCHMALZ, München

Der Herr vorne auf dem schlichten Wirtschaftsstuhl, hinter sich den blauen Vorhang und über sich das Tafel-„Weiße-Bühne“, trägt keine Tracht, ist aber dennoch des bayerischen Dialekts akzentfrei fähig, was er beweist, indem er einiges aus eigenen Werken vorliest, wobei viel von Strauß und der CSU die Rede ist. Der Verdacht, es könnte die bayerische Regierungspartei gewesen sein, die zu diesem Abend ins „Hofbräuhaus“ im Münchner Westen eingeladen hat, wird jedoch spätestens dann zerstreut, als der Vortragende beiläufig erwähnt, er sei „einer der Ziehväter“ der Grünen.

Nun war der gebürtige Münchner Carl Amery über Jahre hinweg einer der Literaten, mit denen sich die bayerischen Sozialdemokraten gerne schmickten und mit dem sie Aktion „Das andere Bayern“ gründeten, doch dann kam die Zeit, da schienen dem Mittelschizler die Genossen zur Veränderung der etablierten Gesellschaft zu lasch und er fand Gefallen an den Grünen. Daß er dafür durchaus bereit ist, ein Opfer an Freiheit und Bequemlichkeit zu leisten, zeigt er im bayerischen Wahlkampf. An

fast 30 Abenden warb er für seine neuen Freunde, mal mit Literatur aus der eigenen Feder (wobei der bayerische Ministerpräsident zu einem macht-, ehr- und geldgierigen Despoten mittelamerikanischer Prägung verkommt), mal mit Spontaneinschimpfungen wie der über die „drei Altparteien“. Es sei doch widerlich, wie die mit den Grünen im Bundestag umgehen, „bloß weil einer ohne Krawatte in diesem hochgradigen Alkoholkonsum erscheint“.

Alte Freunde hat er dadurch verloren, gibt er zu, einer von ihnen habe ihm sogar gesagt, seit er in diesem „ökologischen Verein“ ist, habe er den Bezug zur Realität verloren. Da hat er die drei Dutzend Lacher im viel zu großen Saal auf seiner Seite und kann wenig später auf die Frage, was er sich von den Grünen im Landtag erhoffe, ein schönes Beispiel seiner Realitätsnähe liefern. Er erhoffe sich, antwortet Amery, einen Apparat, der es den Grünen erlaubt, die Skandale noch besser aufzuspüren. Am Tropf der „Staatsknete“ läßt sich eben leichter gegen diesen Staat agieren - das aber sagt Amery an diesem Abend nicht.

Ob die Grünen allerdings in den

Genuß der Diäten kommen werden, zählt zu den wenigen Unabwägbarkeiten dieser Bayern-Wahl. Vor vier Jahren waren sie trotz Petra Kellys Ankündigung „Die Grünen kommen, Herr Strauß“ mit 4,6 Prozent knapp gescheitert, auch diesmal, so verkündet SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann allerorten, werden sie draußen vor der Landtagstür bleiben. Weil er aber immer hinzusetzt, bei einem Scheitern der Grünen helfe jede



Stimme für sie bei der Sitzverteilung letztlich der CSU, ist der Hinterstuhl unsicher zu erraten: Hiersemann möchte potentielle Grün-Stimmen an sich binden, weshalb Grünen-Sprecher Hans-Dieter Reichhelm die SPD-Außenminister als „fremdes Wunderschwein“ abtut und sagt: „Wir sind sicher, daß wir in den Landtag einziehen werden.“ Jüngste Umfragen sehen sie bei knapp sieben Prozent.

Wie spürbar die SPD-Spitze auch

bemüht ist, sich von den Grünen abzusetzen, so sehr verweisen diese auf Gemeinsamkeiten. Noch nie, so Landesvorsitzensprecher Martin Kaltenhauser, seien sich SPD und Grüne in der Frage des Abschieds von der Atomenergie so nahe gewesen, hier dürfe man sich einem Kompromiß mit den Sozialdemokraten nicht verschließen. Auf einem anderen Gebiet sind die Grünen den Genossen jedoch deutlich voraus: Während sich die SPD in der Frauenfrage noch mit einer 25-Prozent-Quote abmüht, sind die aussichtsreichen Plätze der Grünen-Liste paritätisch besetzt. Sprecher Reichhelm: „Erstmals in der Bundesrepublik ist es sogar möglich, daß die Frauen unter den Grünen im Landtag die Mehrheit haben.“

Bunt schillernd ist die personelle Palette der Kandidaten. Carl Amery, der Schriftsteller, zählt nicht dazu, er möchte aber gerne für die Grünen in den Rundfunkrat und diesen „skandalösen Verein aufmischen“. Ohne Aussicht, ins Parlament zu kommen, dürfte auch der 38jährige Bäcker Friedrich Rödiger sein, der auf Platz 38 der oberbayerischen Liste steht und eine Adresse angibt, die Insider als die der Strafvollzugsanstalt

Bernau am Chiemsee erkennen. Dort sitzt er noch bis September nächsten Jahres wegen mehrerer Diebstähle und ist, so Reichhelm, „eine typische Grünen-Geschichte“. Man habe mit seiner Nominierung darauf aufmerksam machen wollen, daß die meisten Straftatungen im Besitz ihrer bürgerlichen Ehrenrechte sind.“

Bessere Chancen nach Landtagswahl hat auf Platz acht dieser Liste der 81jährige August Hausleiter, einst bei der CSU, dann Gründer einer als rechtsextrem eingestuften Gruppe und nun Listenpartner von Linksextremen wie denen der „Friedensliste“, einem Wahlbündnis der moskauhörigen DKP, das auf eine eigene Kandidatur verzichtete, etliche ihrer Leute bei den Grünen unterbrachte und mit Anti-Atom-Plakaten wirbt: „Diesmal Grün.“

Manchmal sind's auch die Berufe der Kandidaten, die Wähler anlocken. Wie beispielsweise den älteren Herrn im „Hofbräuhaus“, der aufsteht und erklärt, er habe keine Ahnung vom Programm der Grünen, aber er habe sie vor vier Jahren gewählt - weil sie einen General in ihren Reihen hatten.

Seglerträume



werden wahr auf der hanseboot Hamburg.

hanseboot
27. Internationale Bootsausstellung
Hamburg, 25. Okt. - 2. Nov. '86, 10-18 Uhr
Mi. 10-20 Uhr
EMTEC Trade Days 23. - 24. Okt. '86

Alles, um Ihre Träume zu verwirklichen, gibt es in Hamburg zu sehen. Bootspremieren und viele, viele Neuheiten aus allen führenden Bootsbauwerken der Welt erwarten Sie. Von der einfachen Jolle über Motorboote bis hin zur komplett ausgestatteten Hochseeyacht. Von der Computernavigation über energiesparende Antriebe bis hin zu Segeln und Masten. Perfekte Bootstechnik, Ausrüstungen, Zubehör und nochmals Boote, Boote aller Größen und Klassen. Jeder Quadratmeter dieser internationalen Ausstellung zeigt Ihnen Spitzenprodukte des Bootsports. Und es gibt viel zum Erleben und Mitmachen: „Art Maritim“, Kunstausstellung mit Schiffsbildern

und maritimen Objekten. Seminar „Yachtwinter“ am 24. und 25. 10. Oder die „Meisterschaft der Meister“ (gibt's nur in Hamburg). Sonderaktionen und viele Informationen. Ihr neues Traumboot können Sie auf der hanseboot schnell finden. Mit ELBA, der elektronischen Bootsauskunft, und zugleich verkaufen Sie Ihr „Altes“ auf der elektronischen Gebrauchtbootbörse. Verbände und Organisationen des Bootsports geben darüber hinaus wertvolle Tipps und Ratschläge. Also: Nichts wie hin, am besten mit der ganzen Crew.

Hamburg Messe

Hamburg Messe und Congress GmbH
Jungiusstraße 13 · 2000 Hamburg 36
Tel. (040) 35 69-0 · Telex 212 609

Rawlings' Revolution hat sich festgefahren

Von W. LUTZENKIRCHEN

Der „Retter der Nation“ bangt um die Macht, sieht sich verfolgt von imperialistischen Soldaten, Verschwörern und CIA-Agenten. Fliegerleutnant Jerry Rawlings (38) meidet öffentliche Auftritte und Auslandsreisen, verläßt sein Hauptquartier „Burma Camp“ nur im leichten Schutzbewaffnung oder im schwer bewaffneten Konvoi. Ghana Staatschef gilt als zermürbt und psychisch angeschlagen. Er lebt in ständiger Angst vor Attentaten. Wenigstens sechs Umsturzversuche hat der ehemalige Boxchampion der Luftwaffe, der sich Silvester 1981 an die Macht putschte, bisher überstanden.

Im Juni wurden in Accra sieben Verschwörer hingerichtet, darunter fünf Zivilisten, die angeblich in Togo an einem Umsturzplan gegen Rawlings beteiligt waren. Tatsächlich haben sich in den Nachbarstaaten Togo und Elfenbeinküste ghanaische Widerstandsgruppen formiert. Nach Angaben der ghanaischen Regierung bildeten in Togos Hauptstadt Lomé etwa 50 desertierte Militärs aus Ghana den Kern der Widerstandsbewegung. Gerüchte über eine bevorstehende Invasion aus Togo kursieren seit März. Beim Putschversuch in Lomé am 23. September drangen dagegen aus Ghana bewaffnete Einheiten nach Lomé ein und versuchten die Regierung von Präsident Eyadema zu stürzen. Zehntausende von Ghanasern haben vor der wirtschaftlichen Dauerkrise Zuflucht in Togo und Elfenbeinküste gefunden. Erst Ende 1985 flohen 9000 Menschen nach Stammesgebieten über die Grenze nach Togo. Aus ihren Reihen droht Gefahr für das Regime Rawlings, vor allem da der togolische Präsident Eyadema jetzt erst recht den militärischen Widerstand der Exil-Ghanas zu dulden scheint.

Rawlings' feindselige Haltung gegenüber Togo hat noch andere Gründe: Über die togolesische Grenze werden Schmuggel und Schwarzmarkt-Geschäfte abgewickelt, die Ghana Wirtschaft seit Jahren auszehren. In Togo, aber auch in Elfenbeinküste, sitzen Hintermänner eines riesigen Schmuggelnetzes, mit dem aus Ghana Kaffee, Kakao, Gold, Diamanten und Drogen verschoben werden. Etwa drei Viertel der Kaffee-Ernten aus der ghanaischen Volta-Region werden illegal nach Togo geschmuggelt. Fast alle Handelsrouten führen zu Togo. Hier kam es mehrfach zu Schießereien zwischen ghanaischen Grenzschutzwachen, Bauern und Schmugglern. Gold und Diamanten werden in Hotels und Bars in Lomé gegen harte Währungen angeboten. Immer wieder hat Jerry Rawlings den Massen die Abrechnung mit dem alten, verfallenen System* versprochen. Der Revolutionsführer

erklärte den „heiligen Krieg gegen Kalabule“, Schlüsselwort für die Grundübel Ghanas: Schmuggel, Korruption, Schwarzmarkt, Devienschwund, Vetterwirtschaft. Geändert hat sich wenig: Die Revolution ist festgefahren im bodenlosen Sumpf der wirtschaftlichen Probleme und der Kalabule-Schiebereien. Dabei hat Rawlings die Auflagen von Weltbank und Weltwirtschaftsfonds – zur Abwertung des Cedi zum Beispiel – gewissenhaft erfüllt. Wirtschaftsgangstern droht die Todesstrafe. Dennoch gären in Ghana Unmut, Enttäuschung und Verbitterung. Eine chronische Versorgungskrise lähmt das Land, das einmal als größtes Agrar-Energie- und Rohstoffpotential Westafrikas angesehen war. In der Handelsbilanz klagt ein Riesendefizit, die Auslandsschuld nähert sich der Summe von drei Milliarden Dollar. Hunderttausende Ghanasern haben sich ins Ausland abgesetzt, vor allem Fachkräfte, Ärzte, Anwälte, Ingenieure. Allein in der Bundesrepublik

GHANA

blick leben über 20 000 Asylanten aus Ghana.

Jerry Rawlings gilt als glühender Verehrer Khadafis und hält das „libysche Modell“ für ein Vorbild bei der Sanierung Ghanas. Khadafi hat diese Politik in den letzten Jahren reichlich honoriert. Ghana erhielt aus Tripolis Erdöllieferungen zum Nulltarif, Nahrungsmittel, Traktoren, Geräte und Dünger, Medikamente, aber auch Waffen und militärische Ausrüstung. Etwa 15 000 bis 20 000 Ghanas sind in Libyen als Gastarbeiter tätig, einige auch als Soldaten in der „Islamischen Legion“. Khadafi durfte in Accra 1984 ein „Zentrum zum Studium des Grünen Buches“ eröffnen, das in die Revolutionstheorien des libyschen Führers einweist. Auch seine Sympathien für Kuba hat Rawlings nie verleugnet. Nach Informationen aus Accra sollen sich kubanische Militärbefehlshaber in Ghana aufhalten.

Accra, in der lokalen Akan-Sprache das Wort für „Ameisenhaufen“, erstreckt sich auf einem riesigen Sandstrand mit fast zwei Millionen Menschen. An vier von sieben Tagen bricht die Stromversorgung zusammen. Seit Jahren funktionieren die Telefone nicht mehr. Das Leitungswasser enthält gefährliche Krankheitserreger, Gangsterbanden haben sich an den Häfen festgesetzt, überfallen Schiffe, brechen Container auf. Nach dem Zusammenbruch des Gesundheitswesens machen Wunderheiler ihre Geschäfte mit der Krankheit. Gesundheit können auch sie Ghana nicht.

Gesucht für die Unesco: Mann des Vertrauens

PETER RUGE, Paris

Die überraschende Ankündigung des Generaldirektors der Unesco, Amadou Mahtar M'Bow, er stehe für eine dritte Amtszeit nicht mehr zur Verfügung, geht wie ein Lauffeuer durch die Reihen der 158 Mitgliedsstaaten. Damit zeichnet sich das Ende einer Krise in diesem Kulturbüro der Vereinten Nationen ab, die durch den Austritt der USA, Großbritanniens und Singapurs nicht verursacht, sondern offen gelegt wurde.

Der Senegalese M'Bow hatte es verstanden, sich den 50 Mitglieder zählenden Exekutivrat, dem auch die Bundesrepublik Deutschland und die „DDR“ angehören, vor seine Politik zu spannen, so daß sich die Unesco über Jahre hinweg zu einem Propaganda-Instrument mit anti-westlicher Stoßrichtung gewandelt hat. Die damit einhergehende Radikalisierung, bei dem dieser Generaldirektor in erster Linie auf die Unterstützung der Sowjetunion und der Länder der Dritten Welt rechnen konnte, führte zu einer Günstlings-Personalpolitik innerhalb der Organisation. Darüberhinaus muß M'Bow auch eine bodenlose Mißwirtschaft verantworten.

Der Druck vor allem Japans und Frankreichs hatte in den letzten Tagen zugenommen, den Senegalesen von einer erneuten Kandidatur abzuhalten. Japan drohte mit Austritt, Frankreich befürchtete bei anhaltenden Auflösungserscheinungen eine Verlegung der Organisation weg von der Seine.

Nachdem es M'Bow verstanden hatte, handstreichartig den Unesco-Rechnungsprüfer, einen Briten, auszusperren, wuchs das Unbehagen. Denn nun stand nicht mehr fest, wie und durch wen die finanziellen Geschäfte der Unesco-Führung kontrolliert werden konnten. Die Anhänger des bis Herbst 1987 amtierenden Generaldirektors schmolzen in den letzten 24 Stunden bis auf wenige afrikanische oder arabische Länder.

In Paris dreht sich bereits das Kandidatenkarussell. Gesucht wird ein Mann mit neuen Ideen, der das Vertrauen aller Gruppen in die Unesco-Arbeit zurückholen kann. Aussichtsreiche Chancen haben der Uruguaysche Außenminister Iglesias, aber auch der finnische Ministerpräsident Sorsa. Den Deutschen werden keine Chancen eingeräumt.

Nach der Erklärung M'Bows vor einem verblüfften Exekutivrat stand der Vertreter der Delegation der Bundesrepublik auf und wünschte dem Unesco-Generaldirektor, er möge mit Würde sein Mandat zu Ende führen. Als sich daraufhin die Länder-Abordnungen von den Sitzen erhoben, berichtete einer der Teilnehmer, war es so „als ob mit jedem Klatschen der Nagel zum Verzicht M'Bows auf eine dritte Amtsperiode immer tiefer eingeschlagen wurde“.

Südafrikas neue Partei: Gemäßigt, sozial und ohne Rassenschranken

„Keine Hilfe von Regierung der Weißen“ / Kontaktsuche unter Europas Konservativen

M. GERMANI, Johannesburg
Das Programm der am Montag in Johannesburg gegründeten Partei, der „United Christian Conciliation Party“, UCCP (Vereinte Christliche Versöhnungspartei), stellt den Gedanken christlicher Werte, verbunden mit einer Mehrparteien-Demokratie und freier Marktwirtschaft in den Vordergrund, zeichnet sich aber vor allem durch ein multirassisches Konzept aus. Sie will ihre Anhänger aus allen Bevölkerungsgruppen des Landes rekrutieren. Sie lehnt jede Form der Gewalt entschieden ab.

Das betonen der Präsident der neuen Partei, der Bischof der vereinigten Kirche (Reformed Independent Church Association), Bischof Isaac Mokoena, sowie der frühere Bürgermeister von Soweto und heutige Geschäftsmann, Edward Kumene, zusammen mit dem Politiker aus dem Ostkap, Tamasanga Linda. Sie werden nach eigenen Aussagen von Privatpersonen und Geschäftsleuten unterstützt. Hilfe seitens der weißen Regierung wird strikt abgelehnt.

Die neue Partei versteht sich als Vereinigung aller moderaten Kräfte über ethnische und religiöse Grenzen hinaus, die die verschiedenen Völker des Subkontinents, gleichgültig ob Zulu, Xhosa oder Weiße, aufnehmen will. In den Grundregeln heißt es:

„Wir müssen das Ansehen als Nation wieder herstellen, um ein geachtetes Mitglied der Weltgemeinschaft zu werden. Wir akzeptieren nicht, daß wir durch Handelsboykotte sowie politisch motivierte Desinvestitionen und politische Sabotage unserer



Bischof Mokoena

Währung diskriminiert werden, worunter gerade die Ärmsten dieses Landes leiden. Wir tolerieren keinen Terrorismus, der aus anderen Ländern unterstützt wird, und wir appellieren an alle, die den Terrorismus in Südafrika unterstützen, der zahllosen Opfer zu gedanken. In einer echten Volksversammlung ist kein Platz für jene, die in ihrer Arroganz stolz auf terroristische Aktionen sind.“

Südafrika solle der freien Markt-

wirtschaft angehören, dem einzigen Gegengewicht zu Elend und Hunger, die, wie sie in den Nachbarländern Südafrikas, durch marxistische Mißwirtschaft produziert werden. Im Gegensatz zur Freiheitscharta des ANC, die „eine gleichmäßige Verteilung der Reichtümer des Landes“ verlangt, sieht das Programm der UCCP vor, daß alle Südafrikaner das Recht haben, den Reichtum, den sie produzieren, zu teilen, so wie alle das Recht haben, gemäß ihren Fähigkeiten ihren Lebensunterhalt zu verdienen.“

Tamasanga Linda, der zusammen mit Bischof Mokoena nach London gereist ist, um in konservativen Kreisen Englands um Unterstützung für seine Partei zu werben, sagte, die Partei werde an den nächsten Wahlen teilnehmen und eigene Kandidaten aufstellen. Über das Verhältnis zum ANC und Nelson Mandela befragt, erklärte Mokoena, es läge in der Hand von Frau Mandela, sich für die Freiheit ihres Mannes einzusetzen. Mokoena: „Darüber hinaus ist Herr Mandela alt genug, selbst zu entscheiden, was er will. Aber der ANC ist heute nicht mehr die Organisation, als die er 1912 gegründet wurde. Er ist jetzt eine Minderheitsclique der Xhosa. Aber wenn er sich von der Gewalt distanzieren, bin ich bereit, mich für die Aufhebung des ANC-Verbotes einzusetzen.“

Ankara will mehr Geld von Amerika

Regierung Özal macht davon Modernisierung der Atomwaffen auf US-Stützpunkten abhängig

E. ANTONAROS, Ankara

Lange Gesichter gab es auf türkischer Seite – so berichtete zumindest die Istanbul-Presse – nach dem 35minütigen Gespräch, das der türkische Außenminister Vahit Halefoglu mit seinem amerikanischen Amtskollegen George Shultz in Washington führte. Denn man war sich uneinig über die Höhe der US-Militärhilfe an die Türkei.

Ankars Politiker und Generäle machen seit einiger Zeit keinen Hehl daraus, daß sie mit den amerikanischen Hilfeleistungen nicht zufrieden sind. 1986 sollen den Türken 896 Millionen Dollar zukommen, ein Betrag, der als Gegenleistung für die in Anatolien befindlichen US-Stützpunkte und Horchposten nach Ansicht Ankaras „völlig unzureichend“ ist.

Özal setzt auf Reagan

Die türkische Regierung verlangt mindestens 1,2 Milliarden Dollar jährlich. Ministerpräsident Özal ist „völlig überzeugt, daß Präsident Reagan diesen Betrag durch den Kongreß bringen kann, wenn er es wirklich will“.

Ihre Forderung stützen die Türken weitgehend auf eine Studie des NATO-Militärkommandos, wonach in den nächsten zehn Jahren ein Min-

destjahresbetrag von 1,2 Milliarden Dollar zur Modernisierung der türkischen Streitkräfte benötigt wird. Daher betrachtet Ankara die nun von Reagan für das Fiskaljahr 1987 auf 974 Millionen Dollar aufgestockte Hilfe für die Türkei, die nach Israel und Ägypten der drittgrößte Hilfeempfänger der USA ist, als absolut unbefriedigend.

Von türkischer Seite wird unter der Hand betont, daß es sich bei der von Amerika geleisteten Hilfe tatsächlich um einen erheblich niedrigeren Betrag handele, weil die Amerikaner neuerdings die fristgemäße Retenrückzahlung von früher gewährten Militärkrediten verlangen.

Dieser Streit hat bisher die von Amerika erwünschte mehrjährige Erneuerung des 1980 unterschriebenen und Ende 1985 abgelaufenen fünfjährigen Stützpunkt- und Militärhilfe-Abkommens zwischen den beiden Ländern verhindert. Anders als ihre griechischen Nachbarn drohen die Türken zwar nicht damit, den Ende 1985 automatisch um ein Jahr verlängerten Vertrag einseitig aufzukündigen und die US-Stützpunkte zu schließen. „Die Türken sind Anhänger der stillen Diplomatie. Aber dies bedeutet keineswegs, daß sie ihre Forderungen weniger entschlossen

als die Griechen vortragen“, sagte ein NATO-Botschafter in Ankara.

Von türkischer Seite wird mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Türkei, nicht zuletzt wegen ihrer geostrategischen Lage, einer der wichtigsten Verbündeten der USA nicht nur im Mittelmeerraum sondern überhaupt sei.

Strategisch wichtig

Tatsächlich sind die US-Stützpunkte in Anatolien von strategischer Bedeutung. Obwohl die Amerikaner ungern über ihre Einrichtungen sprechen, geben die Türken ohne Umschweife zu, daß die USA in ihren Basen auch atomare Militärflugzeuge mit Atomwaffen an Bord für den Ernstfall in Nahost unterhalten.

Nicht zuletzt deshalb fühlen sich die Türken schlecht behandelt. In Gesprächen mit ausländischen Journalisten hat Özal, der in Sachen US-Hilfe gewiß nicht anders als die führenden Generäle denkt, verbittert festgelegt, daß „Reagan eher halbherzig die Freigabe einer höheren US-Hilfe für die Türkei durch den Kongreß anstrebe. Daher will Ankara einer Modernisierung der dort stationierten Atomwaffen nur zustimmen, wenn Washington Ankara entgegenkommt.“

(SAD)

Neue Londoner Zeitung zielt auf die „Yuppies“

R. GATERMANN, Bournemouth

Zum erstenmal seit 131 Jahren – damals wurde der „Daily Telegraph“ gegründet – bekam gestern Großbritannien wieder eine neue nationale „seriöse“ Tageszeitung. „The Independent“ will in jeder Weise unabhängig sein, intellektuell, politisch und redaktionell.

Der Chefredakteur Andreas Whitam Smith betont, man werde allen kritisch gegenüberstehen, die Macht haben und Kontrolle ausüben. Eine entscheidende Vorbedingung für die Zeitungsgründung war die breite Streuung des Eigenkapitals. Die erforderlichen umgerechnet 54 Millionen Mark wurden von mehr als 30 Investoren aufgebracht; keiner hält mehr als zehn Prozent. Unüblich

THE INDEPENDENT

in der britischen Zeitungsbranche: „Hinter „Independent“ steht kein großer Verleger oder eine Industrie-gruppe.“

Am ersten Erscheinungstag kamen 650 000 Exemplare – gedruckt an vier Orten – auf den Markt. Nach Redaktionsangaben wird eine Auflage von 375 000 angestrebt. Zielgruppe sind die 20- bis 45-jährigen, die „selbständig denken“ und den drei obersten „Klassen“ angehören, also hauptsächlich „Yuppies“ (young urban professionals).

Um sie zu erreichen, müßte „Independent“ in die Leserkreise sowohl der „Times“ (Auflage 471 500), von der sie fast ein Viertel ihrer 300 Redakteure holte, des „Guardian“ (etwa 324 000) und des „Daily Telegraph“ (1,4 Millionen) einbrechen. Letzterer kämpft derzeit mit einer teuren Werbekampagne gegen den in den letzten Jahren erlittenen Auflageschwund von etwa 250 000 Exemplaren an.

Andreas Whitam Smith, einst City-Redakteur des „Daily Telegraph“, entschloß sich zum Aufbau der neuen Zeitung, als er den schwachen und technisch schlecht vorbereiteten Start des Eddy-Shah-Boulevardblattes „Today“ Anfang dieses Jahres miterlebte. Zudem bestätigten die Marktforscher gute Erfolgsaussichten. Seit Anfang September wurde bereits wie in einer normalen Redaktion gearbeitet und 30 Probeausgaben hergestellt, die bei 274 Lesern getestet wurden. In einer Nacht wurden sogar – um die Technik zu testen – 580 000 Exemplare gedruckt, aber dann eingestampft.

Mit Hilfe modernster Herstellungsverfahren hat sich „Independent“ von Mitgliedern der streitbaren Druckergewerkschaft weitgehend unabhängig gemacht.

Das notwendige Startkapital zu finden, bereitete nur am Anfang Schwierigkeiten. Einige Marktanalytiker sind der Meinung, daß nach dem von Shah und Murdoch („The Times“) herbeigeführten technischen Umbruch die Zeitungsbranche für Anleger wieder attraktiver geworden ist.

Die privaten Banken zum „Lebensstandard“ Über soviel Wohlstand für alle hätte sich selbst Ludwig Erhard gewundert

Als alle Welt das deutsche Wirtschaftswunder rühmte, hatte Ludwig Erhard der Wirtschaft bereits ihr Ziel gesetzt: Wohlstand für alle. Das war 1957, neun Jahre nach der Währungsreform.

Was danach kam, ist die Geschichte eines steilen Aufstiegs. Es stiegen

- * das verfügbare Jahreseinkommen der Haushalte von durchschnittlich DM 7.650 auf heute 50.300 DM
- * die Zahl der privaten Autos von 2,4 Millionen auf 22,6 Millionen
- * die Ausgaben für Auslandsreisen und -urlaube von 1,4 Milliarden Mark auf 43 Milliarden Mark
- * die Zahl der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz von 7,5 Millionen auf über 11 Millionen.



Wir privaten Banken meinen: Der Vater des Wirtschaftswunders hat nicht zuviel versprochen. Er würde sich heute über soviel Leistung des einzelnen und soviel Wohlstand für alle sogar wundern.

Bundesverband deutscher Banken.

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft: Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken. Btz * 459 00 #



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 71

Selbstbeteiligung – aber wie? Abtreibung

Sehr geehrte Damen und Herren,
in Ihrem Kommentar in der WELT der Wirtschaft vom 23. 9. 1986 schreiben Sie, daß die prozentuale Selbstbeteiligung als „marktwirtschaftliche Lösung“ ein geeignetes Mittel zur Kostendämpfung sei. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, daß durch einen steigenden Preis für Gesundheitsgüter die Nachfrage zurückgeht.

Die Einführung einer wirksamen Selbstbeteiligung wird wohl von den Politikern ausgehen müssen. Die Politiker werden aber sehen, daß Selbstbeteiligung Umverteilungswirkungen hat. Es treten nämlich Umverteilungseffekte insbesondere zugunsten der Arbeitgeber, der Bezieher höherer Einkommen, der Ledigen und der Gesunden ein. Die häufig Kranken, die Alten, die Minderleistenden und die Kinderreichen werden belastet. Sie haben nämlich die zusätzlichen Kosten zu tragen, kommen aber weniger in den Genuß einer eventuellen Beitragssenkung.

Eine solche Umverteilungswirkung bringt den Politikern Populärkeitsverluste. Eine Selbstbeteiligung unter Berücksichtigung von sozialen Komponenten aber würde zu einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand führen. Es ist für Politiker also rational, nur eine Selbstbeteiligung von ganz geringem Niveau

einzuführen. Eine so geringe Selbstbeteiligung hätte auf die Nachfrage nach Gesundheitsgütern keine Wirkung.

Aber auch wenn wir davon ausgehen, daß eine Kostensenkung erreicht wird, so ist keineswegs sicher, ob der eigentliche Zweck – eine Belastungssenkung – erreicht werden kann. Von den Krankenkassen wird nämlich der Druck zur Kostensenkung genommen.

Wenn die Verbraucher gar unelastisch reagieren, können die Verbände darauf hinweisen, daß es die Individuen seien, die den Verbrauch ansteigen lassen. Die Verbraucher selbst seien diejenigen, die mehr Versorgung wünschen. Unter dem sinkenden Druck sind die Krankenkassen nun eher geneigt, den Leistungsanbieter nachzugeben. Die Anbieter werden natürlich Druck auf finanzielles Wachstum ausüben, vor allem dann, wenn sie selbst unter Expansionsdruck (zum Beispiel durch die Ärzteschwemme) stehen.

Selbstbeteiligung erscheint mir also eher als Expansionsinstrument denn als Kostendämpfungsmittel.

Mit freundlichen Grüßen
Dipl.-Kfm. C. Uhle,
Seminar für Sozialpolitik,
Universität zu Köln

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Der WELT und dem Autor kann man nur Lob und Anerkennung aussprechen für diesen hervorragenden Artikel. Unsere Generation in Deutschland und in der Welt, die die Aufgabe unveränderlicher Grundrechte auf Leben in der NS-Zeit bewußt miterlebt und erlitten hat, weiß, wie geradlinig der Weg von der Tötung des werdenden Lebens zum Holocaust und Volksgerichtshof-Urteilen zwangsläufig geführt hat.

Hansjörg Klein,
Vorsitzender des Vereins
Bürger fragen Journalisten,
Erlangen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

„Abtreibung“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hölle,
Ichenhausen

In den Kabeln der Bundesrepublik kann diese Vermutung nicht aufrechterhalten werden. Wer rechtsverbindlich nachweisen kann, etwa durch eine eidestattliche Versicherung oder durch technische Zusatzgeräte, daß er keine Sendungen von ARD und ZDF empfängt, muß keine Gebühren zahlen. Denn die Gerichte werden berücksichtigen müssen, daß der Fernsehverbraucher in der Tat nur private Sender sieht, wenn er dies an Eides Statt erklärt. Ein erster Prozeß in Nürnberg wird dies wohl in den nächsten Monaten klären.

Hansjörg Klein,
Vorsitzender des Vereins
Bürger fragen Journalisten,
Erlangen

Leerformel

„Fankraz, der Sheriff und die Anwälte“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
scharfsinnig beleuchtet Fankraz Charakter und Konsequenzen der „Anständigkeit“. Bedrückend aktuelle Bezüge zur Politik ergeben sich zuhauf.

Die Leerformeln der „gemeinsamen Verantwortung beider deutscher Staaten für den Frieden“ und „daß nie mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht“ suggerieren eine qualitative Gleichwertigkeit und Gleichartigkeit, die die Unrechtsnatur und den Willkürcharakter des Moskauer Marionettenregimes in Berlin-Ost verneinen. Die scheinbare „herzliche Einladung“ Honeckers in die Bundesrepublik, im Interesse der Menschen, wird den Einladenden kaum die Schamröte ins Gesicht getrieben haben.

Der politische Opportunismus verurteilt auch die gegenwärtige Regierungskoalition, von „Entspannungserfolg“ zu „Entspannungserfolg“ zu eilen, dabei sich närrischen Illusionen hingebend, in der kurzschichtigen Hoffnung, so am besten die nächsten Wahlen zu gewinnen, um Macht und Pfunde zu erhalten. Eine Komplizenschaft ergibt sich zwangsläufig bei dieser Haltung.

Diesem deutschen Teilstaat Bundesrepublik fehlen nicht nur der Stolz und die Freiheitsliebe lauterer und geschichtsbewusster Männer und Frauen, sondern auch Akteure, die den skrupellosen Machthabern im Osten gewachsen sind. Wie anders wären der allgemeine Sittenverfall, der Verfall der politischen Kultur und der Rechtsbewußtseins, die wachsende Wehrlosigkeit, zu erklären?

Mit freundlichem Gruß
Heinz-Dieter Kastien,
Hagen

„Fankraz, der Sheriff und die Anwälte“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
scharfsinnig beleuchtet Fankraz Charakter und Konsequenzen der „Anständigkeit“. Bedrückend aktuelle Bezüge zur Politik ergeben sich zuhauf.

Die Leerformeln der „gemeinsamen Verantwortung beider deutschen Staaten für den Frieden“ und „daß nie mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht“ suggerieren eine qualitative Gleichwertigkeit und Gleichartigkeit, die die Unrechtsnatur und den Willkürcharakter des Moskauer Marionettenregimes in Berlin-Ost verneinen. Die scheinbare „herzliche Einladung“ Honeckers in die Bundesrepublik, im Interesse der Menschen, wird den Einladenden kaum die Schamröte ins Gesicht getrieben haben.

Der politische Opportunismus verurteilt auch die gegenwärtige Regierungskoalition, von „Entspannungserfolg“ zu „Entspannungserfolg“ zu eilen, dabei sich närrischen Illusionen hingebend, in der kurzschichtigen Hoffnung, so am besten die nächsten Wahlen zu gewinnen, um Macht und Pfunde zu erhalten. Eine Komplizenschaft ergibt sich zwangsläufig bei dieser Haltung.

Diesem deutschen Teilstaat Bundesrepublik fehlen nicht nur der Stolz und die Freiheitsliebe lauterer und geschichtsbewusster Männer und Frauen, sondern auch Akteure, die den skrupellosen Machthabern im Osten gewachsen sind. Wie anders wären der allgemeine Sittenverfall, der Verfall der politischen Kultur und der Rechtsbewußtseins, die wachsende Wehrlosigkeit, zu erklären?

Mit freundlichem Gruß
Heinz-Dieter Kastien,
Hagen

„Fankraz, der Sheriff und die Anwälte“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
scharfsinnig beleuchtet Fankraz Charakter und Konsequenzen der „Anständigkeit“. Bedrückend aktuelle Bezüge zur Politik ergeben sich zuhauf.

Die Leerformeln der „gemeinsamen Verantwortung beider deutschen Staaten für den Frieden“ und „daß nie mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht“ suggerieren eine qualitative Gleichwertigkeit und Gleichartigkeit, die die Unrechtsnatur und den Willkürcharakter des Moskauer Marionettenregimes in Berlin-Ost verneinen. Die scheinbare „herzliche Einladung“ Honeckers in die Bundesrepublik, im Interesse der Menschen, wird den Einladenden kaum die Schamröte ins Gesicht getrieben haben.

Der politische Opportunismus verurteilt auch die gegenwärtige Regierungskoalition, von „Entspannungserfolg“ zu „Entspannungserfolg“ zu eilen, dabei sich närrischen Illusionen hingebend, in der kurzschichtigen Hoffnung, so am besten die nächsten Wahlen zu gewinnen, um Macht und Pfunde zu erhalten. Eine Komplizenschaft ergibt sich zwangsläufig bei dieser Haltung.

Diesem deutschen Teilstaat Bundesrepublik fehlen nicht nur der Stolz und die Freiheitsliebe lauterer und geschichtsbewusster Männer und Frauen, sondern auch Akteure, die den skrupellosen Machthabern im Osten gewachsen sind. Wie anders wären der allgemeine Sittenverfall, der Verfall der politischen Kultur und der Rechtsbewußtseins, die wachsende Wehrlosigkeit, zu erklären?

Mit freundlichem Gruß
Heinz-Dieter Kastien,
Hagen

„Fankraz, der Sheriff und die Anwälte“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
scharfsinnig beleuchtet Fankraz Charakter und Konsequenzen der „Anständigkeit“. Bedrückend aktuelle Bezüge zur Politik ergeben sich zuhauf.

Die Leerformeln der „gemeinsamen Verantwortung beider deutschen Staaten für den Frieden“ und „daß nie mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht“ suggerieren eine qualitative Gleichwertigkeit und Gleichartigkeit, die die Unrechtsnatur und den Willkürcharakter des Moskauer Marionettenregimes in Berlin-Ost verneinen. Die scheinbare „herzliche Einladung“ Honeckers in die Bundesrepublik, im Interesse der Menschen, wird den Einladenden kaum die Schamröte ins Gesicht getrieben haben.

Der politische Opportunismus verurteilt auch die gegenwärtige Regierungskoalition, von „Entspannungserfolg“ zu „Entspannungserfolg“ zu eilen, dabei sich närrischen Illusionen hingebend, in der kurzschichtigen Hoffnung, so am besten die nächsten Wahlen zu gewinnen, um Macht und Pfunde zu erhalten. Eine Komplizenschaft ergibt sich zwangsläufig bei dieser Haltung.

Diesem deutschen Teilstaat Bundesrepublik fehlen nicht nur der Stolz und die Freiheitsliebe lauterer und geschichtsbewusster Männer und Frauen, sondern auch Akteure, die den skrupellosen Machthabern im Osten gewachsen sind. Wie anders wären der allgemeine Sittenverfall, der Verfall der politischen Kultur und der Rechtsbewußtseins, die wachsende Wehrlosigkeit, zu erklären?

Mit freundlichem Gruß
Heinz-Dieter Kastien,
Hagen

„Fankraz, der Sheriff und die Anwälte“: WELT vom 26. September
Sehr geehrte Damen und Herren,
scharfsinnig beleuchtet Fankraz Charakter und Konsequenzen der „Anständigkeit“. Bedrückend aktuelle Bezüge zur Politik ergeben sich zuhauf.

Die Leerformeln der „gemeinsamen Verantwortung beider deutschen Staaten für den Frieden“ und „daß nie mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht“ suggerieren eine qualitative Gleichwertigkeit und Gleichartigkeit, die die Unrechtsnatur und den Willkürcharakter des Moskauer Marionettenregimes in Berlin-Ost verneinen. Die scheinbare „herzliche Einladung“ Honeckers in die Bundesrepublik, im Interesse der Menschen, wird den Einladenden kaum die Schamröte ins Gesicht getrieben haben.

Der politische Opportunismus verurteilt auch die gegenwärtige Regierungskoalition, von „Entspannungserfolg“ zu „Entspannungserfolg“ zu eilen, dabei sich närrischen Illusionen hingebend, in der kurzschichtigen Hoffnung, so am besten die nächsten Wahlen zu gewinnen, um Macht und Pfunde zu erhalten. Eine Komplizenschaft ergibt sich zwangsläufig bei dieser Haltung.

AUSWÄRTIGES AMT

Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat das Bonner Protokoll verstärkt. Die mit In- und Auslandsbesuchen vielfach strapazierte Protokollspitze erhielt einen „dritten Mann“. Es ist Vortragender Legationsrat Erster Klasse Helmut Jochum, der jetzt als zweiter Stellvertreter von Protokollchef Hans-Werner Graf von der Soltmann sein Amt angetreten hat. Erster Stellvertreter bleibt Erhard Holtermann. Zum Aufgabenbereich von Helmut Jochum gehören „Besucher, Reisen, Petersburg“. Jochum, der ganz sicher in Kürze den Titel eines Gesandten erhält, wird vom Auswärtigen Amt aus Aufbau und Einrichtung des Gästehauses des Bundes auf dem Petersberg mit betreuen. In den letzten zwei Jahren war Jochum Leiter des Organisationsreferates im Auswärtigen Amt. Einschlägige Protokollverfahren sammelte er von 1976 bis 1980. In diesen Jahren war er Leiter des Referates Staatsbesuche. Danach wurde er als zweiter Mann an die Botschaft nach Pretoria versetzt.

Die Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt verleiht heute während ihrer Jahrestagung in München dem früheren französischen Minister für Forschung und Technologie, Hubert Curien, die Werner-von-Braun-Auszeichnung. Professor Curien erhält die Auszeichnung für hervorragende Verdienste um die europäische Weltraumforschung und -technik. Neben Professor Curien wird heute auch der ehemalige Generaldirektor der Airbusindustrie, Roger Beteille, mit dem Ludwig-Prandtl-Ring geehrt. Mit dieser Auszeichnung wird seit 1956 alljährlich eine Persönlichkeit geehrt, die sich durch wissenschaftliche oder technische Arbeiten zur Flugwissenschaft oder der Flugtechnik besonders verdient gemacht hat.

Jeder Kontinent, jede Rasse, jedes Volk besitzt alle Möglichkeiten des Menschens – dieser Satz ist das Lebensmotto des afrikanischen Politikers, Dichters und Philosophen Léopold Sédar Senghor, der morgen sein 80. Lebensjahr vollendet. 20 Jahre lang war Senghor Staatspräsident der Republik Senegal, einer früheren französischen Kolonie. 1980 trat er zurück und überließ sein Amt einem Schüler, Premierminister Abdou Diouf – ein in Afrika einmaliger Vorgang. Senghor hatte in Frankreich studiert, im Zweiten Weltkrieg auf französischer Seite gekämpft (drei Jahre lang war er in deutscher Kriegsgefangenschaft). Der Studienfreund des früheren französischen Staatspräsidenten Pompidou begnügte sich aber nicht mit dem Kampf um die Unabhängigkeit seines Landes, sondern

vertrat als Philosoph den Gedanken einer engen geistigen Verbindung zwischen Afrika und Europa. Der Dichter Senghor, der einen legitimen Platz der Schwarzen in der Weltkultur forderte (Négritude), wurde 1988 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet. Das erste farbige Mitglied in der Académie Française ist mit einer Französin aus normannischem Adelsgeschlecht verheiratet. Er lebt heute in Senegal, teils in der Normandie.

Professor Dr. Friedrich Landstorfer, Extraordinarius für Hochfrequenztechnik der Technischen Universität München, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Hochfrequenztechnik der Universität Stuttgart angenommen.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

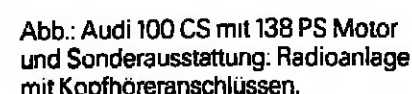
Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Lenz, der stellvertretende Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

Im Alter von 83 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. Bruno Lenz gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten

Das neue Audi 100 CS-Programm. Prädikat: besonders wertvoll.

Wie anspruchsvoll die Ausstattung einer Reise-Limousine sein kann, zeigt sich am Audi 100 CS. Und wie vielseitig man dieses Niveau verwirklichen kann, zeigt sich ab sofort am neuen Audi 100 CS-Programm. Mit einem breiten Motorenangebot. Mit oder ohne Katalysator. Und zu einem Preis, der in einem besonders günstigen Verhältnis zur Leistung steht. Denn gleich, ob Limousine, quattro oder Avant, serienmäßig sind in jedem Fall Leichtmetallräder, Nebelscheinwerfer, zwei Außenspiegel, getönte Wärmeschutzverglasung und eine komfortable Innenausstattung. Mit hochwertigem Pirell-Bezugstoff, Zentralverriegelung, Gurthöhen-einstellung vorn, höhen-einstellbarem Fahrersitz und ebenfalls pirell-bezogenen Kopfstützen vorn wie auch im Fond. Zusätzlich bei den sportlichsten Modellen mit 100-kW-(136-PS-) bzw. 101-kW-(138-PS-)Motor: Hochleistungs-fahrwerk mit 205/80er Stahlgürtelreifen, Sportsitzgarnitur, lederbezogenes Lenkrad und Schalthebelknopf, Drehzahlmesser und Servolenkung. Selbstverständlich, daß es sich bei jedem Audi 100 CS nicht nur um

Steuerersparnis
Turbodiesel bis zu 1.100 DM
Katalysator bis zu 2.200 DM



CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
„Ich bin optimistisch“. Mit diesen Worten zieht Alois Mock, Vorsitzender der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) sein Fazit aus der politischen Situation und Stimmung im Lande, wo am 23. November nach der Aufkündigung der SPÖ/FPO-Koalition vorzeitig ein neues Parlament gewählt wird. Zum erstenmal seit 16 Jahren hat die österreichische Schwesterpartei der deutschen CDU dabei eine reale Chance, eine relative Mehrheit vor den Sozialisten zu erringen. Das würde bedeuten, daß der nächste Bundeskanzler in Wien Alois Mock heißt.

Der ÖVP-Vorsitzende gibt sich im Gespräch mit der WELT so locker und zuversichtlich, wie selten zuvor. Allerdings weiß er, daß er im gegenwärtigen sozialistischen Regierungschef Franz Vranitzky einen Gegner hat, der in Erscheinung und Auftreten in der Öffentlichkeit gut ankommt. Daher ist Mocks Bestreben verständlich, die Wahlauseinandersetzung mit den Sozialisten von der persönlichen Ebene – dem äußeren Erscheinungsbild – auf eine sachliche zu verlagern. „Am 23. November wird darüber entschieden, ob in Österreich wieder Politik im Interesse des Landes und seiner Bürger gemacht wird – oder ob es nach dem sozialistischen Dogma weitergehen soll, das da lautet: Ohne die Partei bin ich nichts“. Es genüge auch nicht, sagt Mock, nur

„Ändern müssen sich die grundsätzlichen Positionen“

WELT-Gespräch mit Alois Mock, Kanzlerkandidat der Österreichischen Volkspartei / „Der Begriff Sozialismus ist nicht mehr attraktiv“

eine Parteienkombination zu ändern – also statt der bisherigen SPÖ/FPO-Verbindung eine solche aus Sozialisten und Volkspartei zu setzen. „Was sich ändern muß, sind die grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Positionen – und die praktische Politik, vor allem die Wirtschaftspolitik“, fordert der ÖVP-Chef. Dann konstatiert er, den österreichischen Sozialisten sei „jede politische Zukunftskonzeption“ zwischen den Händen zerronnen. Heute sei der Begriff „Sozialismus“ in Österreich nicht mehr attraktiv. Die Sozialisten seien gezwungen, sich, was ihr Programm betrifft, zu „verstecken“ – oder sich, wie Bundeskanzler Vranitzky, verbal den Positionen der ÖVP anzunähern.

Sollte die SPÖ nach dem 23. November ihre Position als stärkste Partei behaupten, dann sei sehr wahrscheinlich, daß der sozialistische Weg fortgesetzt werde. Auch eine Neuaufgabe der rot-blauen Koalition mit FPÖ hält Mock nicht für ausgeschlossen, falls das eine Mehrheit ergeben sollte. Auf den Einwand, daß Kanzler Vranitzky eine Verbindung der Sozialisten mit den Freiheitlichen unter dem neugewählten Vorsitzenden Jörg Haider strikt abgelehnt habe, meint



Für Alois Mock sieht die Lage nach Jahren sozialistischer Regierung so aus: Man habe die Strukturen beibehalten aber die Werte, ohne die Staat und Gesellschaft nicht existieren könnten, über Bord geworfen. Mock: „Werte wie Leistung, Toleranz, Korrektheit, Partnerschaft und Patriotismus müssen bestehen bleiben, die Strukturen aber, etwa in Wirtschaft oder Wissenschaft, müssen ständig den neuen Gegebenheiten angepaßt werden.“

Foto: WERK

Mock: Eine so „machtbewußte“ Partei wie die SPÖ könne jederzeit auch ihren Spitzenmann austauschen, wenn es um die Machterhaltung gehe. Wenn die SPÖ bereit gewesen sei, seinerzeit mit dem FPÖ-Politiker Friedrich Peter eine Koalition einzugehen – der im Zweiten Weltkrieg Offizier der Waffen-SS war – dann sehe er nicht, warum sie nicht auch mit dem neuen Mann der FPÖ-Spitze koalieren könne, der überhaupt erst

nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde.

Zum Zustand seines wichtigsten politischen Gegners (und möglichen künftigen Partners in der Großen Koalition) meint Mock: „Daß sich die Sozialisten inzwischen ihres Sozialismus schämen, ist ihr eigenes Problem. Jetzt versucht man, sich ein anderes Gewand umzuhängen. Das hat auch Schmidt in der Bundesrepublik oder Fabius in Frankreich ver-

sucht – beide Male ohne Erfolg. Man unterschätzt die Wähler, die sich nicht so leicht täuschen lassen.“

Unter den Jungen in der SPÖ gebe es nach wie vor eine sehr starke linke Gruppe, die sich durch die „Anbiederung“ der jetzigen SPÖ-Führung an nicht-sozialistische Positionen persönlich gedemütigt vorkomme. „Diese Linken werden sich sofort wieder zu Wort melden, wenn die Wahlen vorbei sind – ganz gleich wie diese für die SPÖ ausfallen sollten“. Mock nennt die sozialistische Staatssekretärin für Frauenfragen, Johanna Dohnal, die sich „weniger um das Problem der Arbeitslosigkeit unter den österreichischen Frauen, als vielmehr um die Unterstützung des sandinistischen Regimes in Nicaragua kümmern“ – oder auch den ehemaligen Juso-Vorsitzenden und Parlamentsabgeordneten Josef Cap, der sich mit Euro-Kommunisten zu treffen pflege, aber gleichzeitig bei jeder Gelegenheit gegen die Diktatur Pinochets in Chile protestiere. In der SPÖ gebe es da noch eine anti-kommunistische Komponente, vor allem im Gewerkschaftsbereich. „Ansonsten hat die internationale Gehirnwäsche auch hier ihr Werk getan“, auch wenn es in

Österreich noch nicht so weit sei wie in der Bundesrepublik.

Im Unterbewußtsein vieler sozialistischer Funktionäre gilt der Begriff der Leistung als negatives Instrument zur Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung“, setzt Mock fort. „Im Grund genommen hängen die Sozialisten der Illusion nach, die von Marcuse und Habermas verkündet wurde: der leistungsfreien Gesellschaft, in welcher alle den gleichen Lebensstandard haben sollen, gleichgültig ob sie arbeiten oder auf der grünen Wiese liegen“. Diese völlig „weltfremde Sicht“ ergebe sich auch aus der Tatsache, daß für viele überzeugte Sozialisten der einzelne Mensch keine große Bedeutung habe.

„Wir sind dagegen der Auffassung, daß man die Vielfältigkeit des menschlichen Wesens berücksichtigen muß“, formuliert Mock die Position seiner Partei. „Es soll eine Chancengleichheit im Sinne der Startpositionen geben, aber wir überlassen es dann dem Engagement, der Leistungsfähigkeit und den Interessen des einzelnen, bestimmte Positionen in Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft oder auch Politik zu erreichen“. Die Leistungsfeindlichkeit der Sozial-

sten sei ihm nicht nur unverständlich, sie sei auch „pervers“, weil etwa Posten, die nach Leistungskriterien vergeben würden, dann doch nur nach Parteibuch, Gesinnung oder Herkunft verteilt werden könnten.

Mit bemerkenswerter Klarheit unterstreicht Mock die „starke anti-kommunistische Haltung“ der ÖVP, die diese Partei immer – auch zur Zeit der sowjetischen Besatzung in Österreich – vertreten habe. „Als Demokrat bin ich verpflichtet, mich mit undemokratischen Systemen auseinanderzusetzen, ganz gleich, ob es sich um eine linke oder rechte Diktatur handelt“. Es sei skandalös, wenn einige sozialistische Parteien am liebsten jede Woche gegen Pinochet demonstrieren wollten, sich aber „bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit den östlichen Diktaturen arrangierten“ – nur weil letztere geographisch näher und womöglich gefährlicher seien.

Trotz ihrer prinzipienfesten Haltung habe die ÖVP bereits in den fünfziger und sechziger Jahren mit kommunistischen Staaten „realistische staatliche Beziehungen“ aufbauen können. Mock: „Ich habe sogar den Eindruck, daß die Vertreter des realen Sozialismus jene Gesprächspartner im Westen, die klar zu eigenen ideologisch-politischen Positionen stehen, ernster nehmen, als solche, die sich in opportunistischer Weise als verirrte Brüder anbieten.“

NOBLESSE OBLIGE.



EIN PAAR GANZ FEINE ARGUMENTE ZUM LANCIA THEMA.

Es gehört zu unserem Naturell, schön zu leben. Und es gehört zu unserem Naturell, das technisch Beste zu suchen.

Der Lancia Thema ist ein klassisches Beispiel dafür: Die Linienführung von Giorgio Giugiaro. Die Inneneinrichtung von Ermengildo Zegna. Der unaufdringliche, elegante Komfort. Die hervorragende Raumauftei-

lung. Ein Genuß für Ästheten. Alles Technische ist vom Feinsten: Die aufwendige Fahrwerkskonstruktion. Der Frontantrieb mit quer eingebauten Motoren – gerade bei einer großen Limousine. Dazu die

Thema i.e. turbo: Vierzylinder-Einspritz-

LANCIA



motor mit Ladeluftkühlung, 1981 ccm, 122 kW/165 PS, Fünfganggetriebe, 0-100 km/h in

7,2 Sek., 218 km/h Spitze. Thema

6V: Sechszylinder-Einspritzmotor, 2829 ccm, 110 kW/150 PS, Fünfganggetriebe, Beschleunigung von 0-100 km/h in 8,2 Sek., 208 km/h

Spitze. Thema turbo diesel: Vierzylinder-

Turbodieselmotor mit Ladeluftkühlung 2428 ccm, 74 kW/100 PS, Fünfganggetriebe

0-100 km/h in 11,9 Sek., 185 km/h Spitze

Thema i.e.: Vierzylinder-Einspritzmotor mit 1981 ccm, 88 kW/120 PS, Fünfganggetriebe

0-100 km/h in 9,7 Sek., 195 km/h Spitze

Sie sollten »Ihren« Lancia einmal genüßlich probefahren!

Mein mir so sehr-nahestehender Bruder, mein lieber Schwager, unser fürsorglicher Onkel

Dr. jur. Manfred Lohmann

ist am 5. Oktober 1986 nach schwerer Krankheit im 56. Lebensjahr für immer eingeschlafen.

Seine ganze Schaffenskraft, sein Denken und Handeln galten seiner beruflichen Aufgabe.

In tiefer Trauer

Ursula Freifrau von Rotberg geb. Koppe-Lohmann

Arnold Freiherr von Rotberg, Brig.-General a. D.

Beatrix Freilin von Rotberg

Alexandra Freilin von Rotberg

8012 Ottobrunn b. München
Hohenbrunner Straße 20c

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Am 5. Oktober 1986 starb, für uns alle unerwartet, im 56. Lebensjahr Herr

Dr. jur. MANFRED LOHMANN

Seit der Gründung der DEG war Herr Dr. Lohmann Mitglied der Geschäftsführung unserer Gesellschaft. An der Gründung, dem Aufbau und der Entwicklung der DEG zu ihrer heutigen Bedeutung hat er sich große Verdienste erworben. Mit Engagement und ohne sich zu schonen hat er sich dieser Aufgabe gewidmet. Die Förderung des privatwirtschaftlichen Sektors in der Dritten Welt war ihm Beruf und Berufung.

Wir werden sein Wirken für unsere Gesellschaft nicht vergessen.

DEG - Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH

5000 Köln 41, Belvederestraße 40

Aufsichtsrat
WALTER SCHEEL
Bundespräsident a. D.

Geschäftsführung
LEUTFRIED KARENBERG
HORST SCHRÖDER

Betriebsrat
URSEL HOLZ

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 10. Oktober 1986, um 11.00 Uhr im Großen Börsensaal der Industrie- und Handelskammer zu Köln, Unter Sachsenhausen 10-26.

In tiefer Trauer teilen wir den unerwarteten Tod unseres Komplementärs und Geschäftsführers

C. Jörg Ruhnke

geb. 25. August 1938 gest. 28. September 1986

mit.

Wir verlieren hiermit unseren Cousin und Freund.

Die Gesellschafter der Firma

Carl Ruhnke

Dr. Peter Ruhnke und Frau
Christopher Bullmore und Frau
Manfred Scheidele und Frau
Peter Barg und Frau
Klaus Ruhnke und Frau

Der Gründer und Gesellschafter unseres Unternehmens, Herr

Bauingenieur Theo Raaf

ist gestern im hohen Alter von fast 89 Jahren abgerufen worden.

Der Verstorbene hat unsere Bauunternehmung unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg aus den schwierigsten Anfängen mit fester Entschlossenheit, zähem Fleiß und Zielstrebigkeit auf der Basis seines Ingenieur-Wissens aus 20 Berufsjahren begonnen und sie zu einem fachlich anerkannten Ingenieur- und Industriebauunternehmen aufgebaut. Das Wohlergehen seiner Mitarbeiter und der Fortbestand solider, fachgerechter Bauausführung waren seine großen Anliegen. Bis zuletzt nahm er lebhaften Anteil am Firmengeschehen.

Seine Persönlichkeit und sein Vorbild sind uns Verpflichtung, das von ihm vor fast 40 Jahren begonnene Werk in seinem Sinne weiterzuführen.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied

Gesellschafter und Geschäftsführer,
Betriebsrat und Belegschaft der

Theo Raaf Bauunternehmung
GmbH & Co. KG
Duisburg Wesel

4100 Duisburg 1, Schifferstraße 5, den 6. Oktober 1986

Das Seelenamt wird gehalten am Donnerstag, dem 9. Oktober 1986, um 8.00 Uhr in der Pfarrkirche St. Michael, Mülheim-Speldorf, Schumannstraße 17.

Die Beisetzung findet anschließend um 10.00 Uhr auf dem Friedhof Mülheim-Speldorf, Friedhofstraße, statt.

Am 2. Oktober 1986 verstarb unser langjähriger

Betriebsleiter und Prokurist, Herr

Günther Kortz

nach geduldig und mit großer Tapferkeit ertragener Krankheit im Alter von 56 Jahren. In den 23 Jahren seiner Tätigkeit für Räder-Vogel hat er durch seinen unermüdeten Einsatz und sein ausgeprägtes Pflichtbewusstsein entscheidend zur Entwicklung und zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Unternehmens beigetragen.

Sein Engagement, sein Wissen und fachliches Können, besonders aber seine Fairness und Menschlichkeit haben ihm die Achtung aller eingebracht, die mit ihm zusammengearbeitet haben.

Wir, seine Mitarbeiter und Kollegen in Betrieb, Verwaltung und Unternehmensführung, sind zutiefst betroffen.

Wir trauern um einen Menschen, dem wir alle großen Dank schulden und dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Inhaberin, Geschäftsleitung und die Mitarbeiter der Firma

RÄDER-VOGEL

2000 Hamburg 1, Amsinckstraße 45

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 10. 10. 1986, 13.00 Uhr, Hauptfriedhof Altona. Von Beileidsbezeugungen am Grab bitten wir absehen.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon: Hamburg
(0 40) 3 47-43 80
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24
Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Wahrsagerin Virchow
Tel. 0 52 02 / 1 04 24

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

BAUTRÄGER VERKAUFT

an Investor, Groß-Kapitalanleger, eine Wohn- und Geschäftsanlage en bloc für

DM 16,5 Mio.

Die Planung ist abgeschlossen, Baubeginn sofort möglich, mit Bezugsgarantie.

Lage und Umfang: 58 Wohnungen, 4 Gewerbeeinheiten, 80 TG-Stellplätze, Schwimmbad und Sauna, Personen-Anzüge, in Stadtmitte einer großen Kreisstadt in wirtschaftlich stärkstem Ballungsgebiet Deutschlands, Nähe Stuttgart, mit hohem Mietwohnungsbedarf infolge Vollbeschäftigung, Bestfinanzierung vermittelbar, Vermietung und Verwaltung wird übernommen, Steuervorteile 80 noch möglich, Verkauf aus Privatgründen.

Kontakte bitte unter F 5802 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Sonnenparadies Lugano in der Schweiz

In 7 geschlossenen Wohn- und Geschäftshäusern an ruhiger Lage inmitten von Lugano verkaufen wir noch die letzten

Häuser ab Fr. 390 000,-

3½- bis 4½-Zimmer-Wohnungen ab Fr. 395 000,- bis Fr. 615 000,-, Banken, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten und die Busverbindung befinden sich in unmittelbarer Nähe.

Es bestehen noch 5 Ausländerbewilligungen. Interessenten melden sich um Chiffre 21 3473 oder Orell Füssli Werbe AG, Postf. 8022 Zürich

Rendite-Objekt

Warenhaus in der City einer Mittelstadt in Nordrhein-Westfalen, Rendite 7%, Investitionsvolumen ca. DM 35 000 000,-, abzugeben. Baugenehmigung liegt vor, Baubeginn Ende 1986.

Angebote unter P 5809 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Praxen

In Korsika tätiges Schweizer Unternehmen sucht

Teilhaber (Aktionäre) für größere Immobilien-Projekte (Bau von dzt. am Meer gelegenen Ferienzentren). Interessante Rendite und Gewinnbeteiligung.

Nähere Ausk. u. Chiffre 85-8256 ASSA Schweizer Annoncen AG, CH-6901 Lugano

Norderstedt ein Standort mit Zukunft

• EKZ Immobilien 146 m²

Stadteil Glashütte 90 m²

Kindergarten, Zahnarzt, Apotheke ansässig.

• EKZ MOOREX-PASSAGE/ Geschäftshaus 95 m²

Buckhörn Moor 110 + 112 Stadteil N.-Mitte 95 m²

speziell f. Augenarzt, Zahnarzt, Urologie, Chirurg, med. Massage, Apotheke, Optiker ansässig.

Direkt vom Eigentümer ohne Courtage.

Sie suchen Geschäftsräume - Ihr Gesprächspartner: Herr Mahr

2 Hallenpl. 2 Squashpl., 11 Freipl., Badeseen, Gastst., Shop, Sauna, 3,25 Mio.

ED-Immobilien, Tel. 0 89 31 / 6 66 89

Wohnungsgesellschaft Ochsenzeller Straße 147 2000 Norderstedt Tel. Mo.-Fr. (0 40) 52 80 22 47

Tennisanl. Obb.

2 Hallenpl., 2 Squashpl., 11 Freipl., Badeseen, Gastst., Shop, Sauna, 3,25 Mio.

ED-Immobilien, Tel. 0 89 31 / 6 66 89

Obb., 1-Fam.-Hs.

250 m² Wfl., Einl. Whg., 800 m² Grd., Do.Gg., Wohnanlage, DM 840 000,-

ED-Immobilien, T. 0 89 31 / 6 66 89

Bad Lippspringe

- Gut vermietete Eigentumswohnungen -

direkt am Teutoburger Wald gelegen, zu einem attraktiven Preis, z. B. 2-Zi.-Whg., 74 m², für nur DM 67 100,-

INTERGRUND KG Große Heide 31 4970 Bad Oeynhausen 2

Tel. 0 57 31 / 5 11 03

Kontakte bitte unter F 5802 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

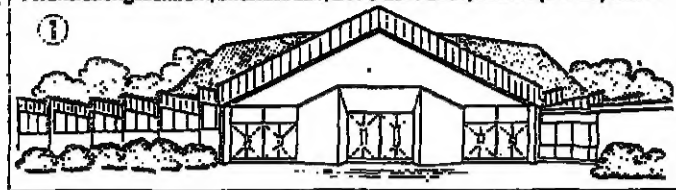
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz – Orte und Hotels in der Bundesrepublik Deutschland empfehlen sich.

Niedersachsens modernes Kongreß- und Tagungszentrum: im größten deutschen Seebad, 100 Meter hinter dem Nordseestrand, mitten im Kurpark. Mit Raum für 100 bis 1200 Tagungsgäste. Neueste Konferenztechnik. Komfort und maritime Atmosphäre. Mit dem umfassenden Service-Angebot des attraktiven Nordseeheilbades. – Fordern Sie unser unverbindliches und detailliertes Angebot an!

Veranstaltungszentrum Nordseeheilbad CUXHAVEN

Veranstaltungszentrum, Strandstraße, 2190 Cuxhaven, Telefon (04721) 460 77



Verbinden Sie Ihre Tagung mit einem Urlaub im **Badhotel Sternhagen**. BADEN WIE DIE RÖMER... WO DIE NORDSEE INS HOTEL MÜNDET. Urlaub hat Anspruchsvolle – direkt am Meer. Einmalig die 4 Nordseethermen: 28°, 32°, 36°, 37°. Bade- und Saunabereich mit Wasserfall und Dampfbad. 2190 Nordseeheilbad Cuxhaven-Dühhnen.

„SEE-SEMINARE“ IM NORDSEEBAD ST. PETER. Für erfolgreiche Tagungen bieten wir Meer, 5 Räume für Seminare, Tagungen, Festlichkeiten bis zu 250 Personen, modernste Konferenztechnik, 90 Zimmer, Swimmingpool, Fitness-Center, direkt am Meer. **AMBASSADOR International**

3 Tagen mit Komfort Hotel 'KIEFERNECK' Ideal für Kongresse, Tagungen und Konferenzen. Alle Zimmer m. Dusche/WC, Radio/TV, Tel., Balkon, Schwimmbad, Sonnenbank, reg. Bade- u. Massagebad. **BRAD Bäder** 3116 Bad Bevensen, Lüneburger Heide, Telefon (05821) 30 33-35

4 Tagungen mit Konferenz – Gutbürgerliches Tagungshotel – mit idealen Räumlichkeiten für 5 bis 150 Personen – Gesamte Tagungstechnik vorhanden (Flipchart, Overhead, Leinwand usw.) – Alle Zimmer mit Du./WC, Telefon, TV-Anschluß – Günstige Preise: Halbpension: DM 62,00, Vollpension: DM 72,00 – Sprechen Sie mit Familie Nordmann

HOTEL RESTAURANT Poststraße 194, 30449 Soltau, Tel. (05303) 200

Ringhotel 5 Asendorf Das rustikale Haus in herrlicher Waldlage, aller Komfort, 100 Betten, Hallenbad, Sauna, Solarium. **Zur Reidschnur** **Forsthaus** 2116 Asendorf/Hanstedt, Telefon (04183) 20 04

Hotel Handhaus Höpen DAS EXCLUSIVE HEIDE-HOTEL Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. 50 Betten, Hallenschwimmbad 19-18, Sauna, Solarium, Massagen, Doppel-egelbäder. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Minuten). Fragen Sie uns – wir informieren Sie gern.

7 HOTEL Ringhotel Hermannsburg Hallenbad 7 x 12 mit Gegenstromanlage, Sauna, Solarium. Restaurant im rustikalen Stil, antike Geräte, 90 Betten, alle Zimmer mit Du./WC, Telefon, Radio, TV, mit Südbalkon, Lift, Bundesverkehrsstation, Garagen, Parkplätze, Klub- und Tagungsräume bis 120 Pers. Neu, nur 3 km entfernt: 2 komplette Ferienparks mit 6 Pferde-Gehegen, Ideales Reitgelände. 3102 Hermannsburg, Lüneburger Heide. Tel. (05052) 34 81 < 80 81 >

Das Dorint Tagungsangebot mit 26 Alternativen! Tagung im Dorint-Haus in hellen Räumen mit Tageslicht, mit textildruckbaren Stühlen, mit optimalen Hilfsmitteln vom Flipchart über Overheadprojektor bis zum Videorecorder. **DORINT-Haus** – das uppede Frühstücksbuffet, die Zimmer mit allem Komfort wie Telefon, Bad/Dusche, meistens Minibar, Farb-TV, Balkon. **DORINT-Haus** auch das Freizeitangebot: Hallenbad, Sauna, Sonnenbank, oftmals Kegelbahn, Tennisplätze, Tennisplätze. **DORINT Tagungshotels** für 8 bis 540 Personen finden Sie 26 mal in Deutschland, Belgien und der Schweiz. Und ganz gewiß auch in Ihrer Nähe. Bitte ausschneiden, einstecken, Sie erhalten kostenlos den **DORINT-Gesamtsprospekt „Tagungen“** Name und Anschrift **Dorint Tagungsbüro** Postfach 20 03 52, D-4650 Mönchengladbach, Tel. (0216) 65-45 69

Ringhotel Jesteburg Vor den Toren Hamburgs in der Nordheide 2112 Jesteburg, Lüneburger Heide, Tel. 041 83 / 20 44. Zimmer mit Bad/WC/Radio/Tel., 70 Betten, Lift, Konferenzräume: 10-90 Personen. Hallenbad mit Jetstream, Whirlpool, Sauna, Sunlit

ALLES UNTER EINEM DACH 600 Betten – 15 Konferenzräume von 6 bis 600 Personen. • gemütliche Restaurants • Bierstube mit Kegelbahnen • Hallenbad, Sauna • Nachtbar • Fitness-Räume • Tennisplätze und Freizeitanlagen. Wenn Sie in absolut ruhiger Lage auf nicht verschoben wollen, so sollte für nächster Tagungsort das neue – Tagungs- und Kongreßzentrum sein. Gern senden wir Ihnen unsere Info-Karte, die auch ein interessantes Freizeit-Programm enthält. LASSEN SIE SICH ÜBERZEUGEN: Sprechern Sie mit Frau Westermann oder Herrn Seelke im **revita** EIN FAMILIENBETRIEB SYMPATHISCH – PRIVAT – PERSONLICH Tagungs- und Kongreßzentrum 3422 Bad Lauterberg im Harz, Telefon (0524) 831

HOTEL Königshof mal raus aus den Toren der Stadt... Tagung und Erholung im Allgäu 2 Räume, 10-90 Personen. Tagungs-VP-Pauschale zum Konferenzraum 110,- DM. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und übersenden Ihnen gerne unsere Informationsbroschüre. **Hotel Königshof** 8923 Lechbruck am See, Tel. 0 88 62 / 71 71, Telex 5 9 753

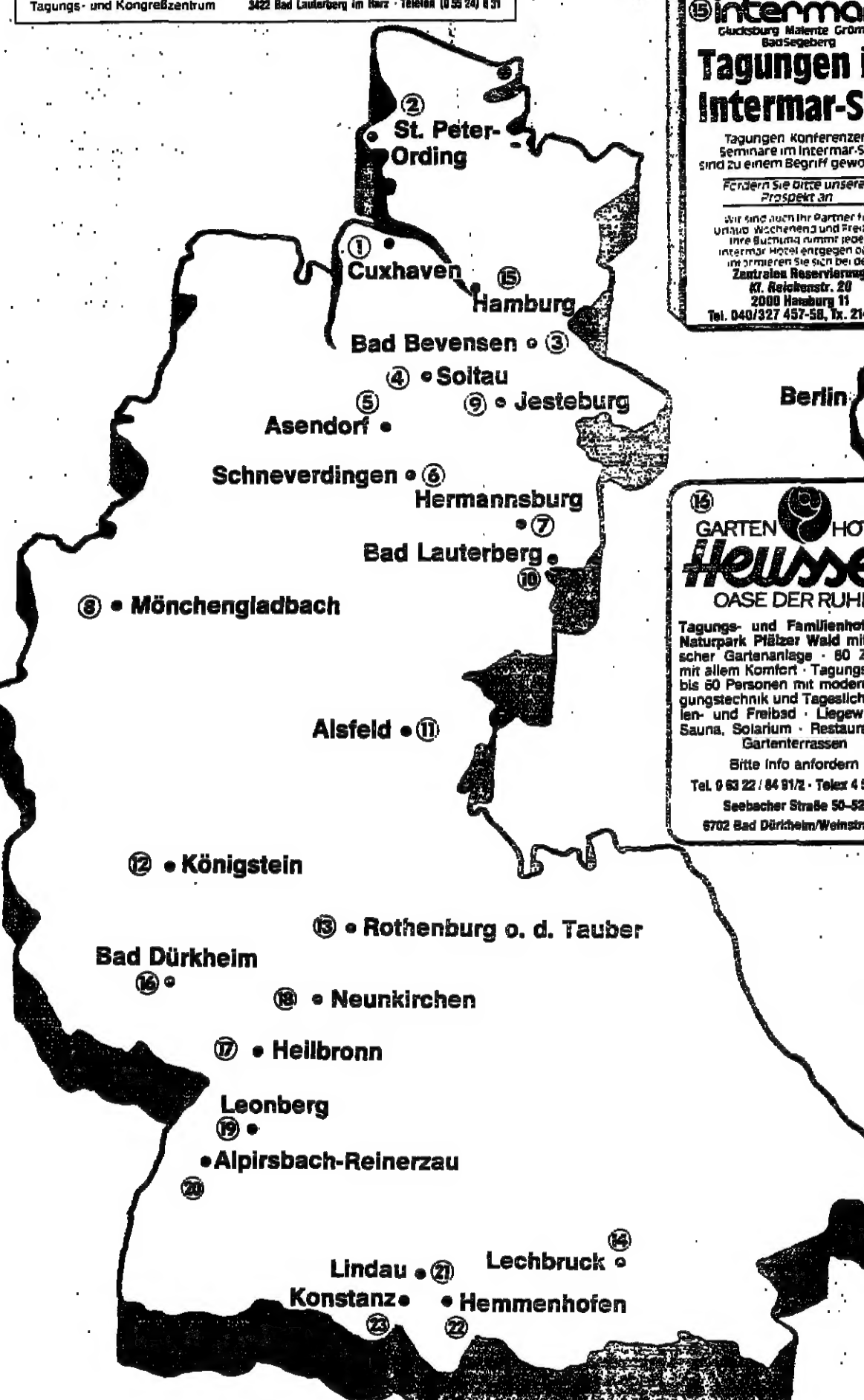
Silberhof Nähe Heidelberg und dem bayerischen Neckartal bei Eberbach. Komf. Haus, 54 Betten, Tagungsräume bis 30 Personen. Alle Zimmer: Bad/Du./WC, Tel., TV, fest alle Balken. **HALLENBAD, Sauna, Sonnenbank, Fitnessraum, Lift-Hallenbad, 12.000 m² Park, eig. Tennisplatz, Boccia.** **PARK- UND SPORTHOTEL STUMPF** 6851 Neumünster, Tel. 0 62 62 / 8 98

WOHLGEMERKT Wenn Sie einen Tagungsort mit perfekter Verkehrsanbindung suchen, ist an Leonberg nicht vorbeizukommen. Das wandelbare Raumprogramm und ein munteres Management machen's möglich. Ihre Seminare, Kongresse und Tagungen in den rechten Räumlichkeiten zu rücken. Stadthalle Leonberg, Telefon 07152/204490, Römerstr. 110 - Postf. 1763 - 7250 Leonberg. **STADT HALLE LEONBERG**

RZ HOTEL REINERZAU 500 m über N.N. Familien- und Tagungshotel in ruhiger Lage des Nordschwarzwaldes. 85 Zimmer, davon 12 DZ, 3 App., alle Zimmer sind mit Dusche/WC, Balkon, Durchwahltelefon und Radiowecker ausgestattet. 4 Tagungsräume für 15-65 Personen, dazu Gruppenarbeitsräume und ein kompl. Angebot der Medien stehen zu Ihrer Verfügung. Unser Frühstücksbuffet und Speisenangebot werden gelobt. Zur Freizeitgestaltung bieten wir Ihnen: Hallenschwimmbad, Sauna, Solarium und Billard. Wir würden uns freuen, Sie in unserem Hause begrüßen zu dürfen. Die Belegschaft des **HOTEL REINERZAU** 7297 Alpirsbach-Reinerzau, Tel.: 07444/6130

INSELHALLE LINDAU IHR HAUS FÜR ALLE FÄLLE. Unser neues Schmuckstück, direkt am See. In Stuhlrainen 1100 oder an Tischen 800 Sitzplätze. Halle in 3 Sälen teilbar, mit Bühne, Foyer, Nebenräumen, Restaurant-Café, Seeterrasse (Pächter: Hubert Hübner). Tiefgarage, großer Omnibus-Parkplatz. **LINDAU** – Ferieninsel und internationale Tagungsgast. 3400 Gästebetten in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Ferienwohnungen und Privatzimmern. Auskunft: Verkehrsverein, 8990 Lindau (B), Tel. 0 83 82 / 40 35 + 50 22

KUR-UND SPORTHOTEL HÖRI D-7786 Hemmenhofen, Bodensee, Tel. 0 73 35 / 81 10. bietet Ihnen Alles unter einem Dach und damit den Rahmen für eine erfolgreiche Tagung in ruhiger Lage direkt am See. Unsere Häuser sind bestens geeignet auch für Meetings auf Direktions- oder Abteilungs-Ebene. Alle technischen Einrichtungen sind vorhanden. In rustikaler Landhausatmosphäre verwöhnen wir Sie mit feiner, leichter Küche und Spezialitäten der Bodensee-Küche. Zimmer mit Bad, Du./WC, TV und Telefon. Preisangeboten: Reitbahn, Tennis, Wassersportschule, Hallenbad, Sauna, Schrittlift, Naturerlebnisse u. a. Unsere Tagungsmappe informiert Sie über alles.



Die Tagungsorganisation sollten Sie nicht irgend jemandem überlassen: • Wir sind Tagungs- und Seminarprofis • mit optimal ausgestatteten Konferenzräumen • mit komplettem Tagungs-equipment • mit ruhiger Lage, mitten in Deutschland • mit seminaregerechter Ernährung • mit Tennisplätzen, Schwimm- und Saunabereich • mit Kegelbahnen, Solarium, Massage. Lassen Sie uns Ihr Partner sein! **Best Western - SPORTHOTEL VOGELSBURG** Kneippstraße 1, 6320 Alsfeld/Romrod, Telefon (06636) 890

Eine sehr gute ADRESSE... ... für erfolgreiche Arbeitssitzungen, anspruchsvolle Konferenzen, Seminare, Tagungen, Festivitäten und als Standort für Ihren Rhein-Main-Gebiet. Im ehemaligen Rothschild-Palais, mitten in einer idyllischen Parklandschaft (100.000 m², Südlage) bieten wir Ihnen eine Oase der Ruhe, um gute Gespräche zu führen, konzentriert arbeiten, kreativ schaffen – aber auch „atmosphärisch“ im hervorragenden Rahmen feiern zu können. Bei Ihren Geschäftsreisen finden Sie hier ein Refugium abseits vom Alltag und doch „nur einen Katzensprung“ (verkehrsgünstig gelegen) vom Raum Frankfurt/Mainz-Wiesbaden entfernt. Und unsere Küche, die Konditorei, der Weinkelner – weitgehend im Rhein-Main-Gebiet – stellen auch den Feinschmecker zufrieden. Wir erwarten Sie gern mit vorbildlicher Gastlichkeit. ... im zauberhaften Hotel im Park **SONNENHOF** Falkensteinstraße 7-9, 6240 Königstein i. S., Heilklimatischer Kurort. Telefon (0 61 74) 30 51 - Telex 04-10 636. Fordern Sie – bitte – unseren Hausprospekt an!

HOTEL GOLDENER HIRSCH Rothenburg ob der Tauber. Komfort und Ruhe über dem Taubertal. Restaurant: Die Blaue Terrasse. 145 B. Tagungsräume. Garagen u. p. Telefon 0 93 61/20 51, Telex 06-1 372

»... man soll die Tagung nicht vor dem Abend loben.« Dann tagen Sie doch in Heilbronn. Diese ebenfalls: • Vorhaben wir in Heilbronn über ausgezeichnete Räumlichkeiten für Tagungen, Symposien, Schulungen und Konferenzen, Ausstellungen usw. • Abends für 18 bis 150 Personen • Umkleekabinen u. a. Sie bei der Organisation • und halten adäquate Hotelzimmer bereit. Andererseits: • Sorgen unsere Gastronomen bestens für Ihr leibliches Wohl. Von schwäbisch-rustikal bis international-exquisit. • Gutes gemütliche Gast- und Wohnraum zum Entspannen und Kennenlernen nach Feierabend. • Lernen Sie uns in unseren „Besenwirtschaften“ von der besten Seite kennen. • In Heilbronn und seine herrliche Umgebung für Damen- und Bismarckprogramme geradezu prädestiniert. **Unser Raumangebot: FESTHALLE HARMONIE** Räume für 30 bis 1800 Teilnehmer. Mit großer Tiefgarage. Nur 5 Minuten vom Hauptbahnhof. **BÜRGERHAUS BÜCKINGEN:** Der ideale Treffpunkt für Veranstaltungen mit 25 bis 500 Gästen. Tiefgarage. **DAS SCHIESSHAUS:** renoviertes, kleinteiliges, aus dem Rokoko, Der stilvolle Rahmen für leibliche Empfänge und Veranstaltungen bis 140 Personen. Parken ist kein Problem. Außerdem: • Sieht eine große Anzahl von Räumlichkeiten in allen Größen und Varianten in den hervorragend gelagerten Hotel unserer Stadt für Sie bereit. Bitte fragen Sie an! **Heilbronn** Verkehrsamt der Stadt Heilbronn, Rathaus 7100 Heilbronn, Telefon 0 71 31/50 22-65 - 66, Telex - 28 630

IN KONSTANZ TAGEN Das heißt: die Gewissheit haben, neben bester Unterbringung, repräsentativen Tagungsräumen eine ideale Arbeitsatmosphäre und genügend gesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen vorzufinden. Reizvolle Nahziele im Bodenseegebiet machen eine individuelle Rahmenprogrammgestaltung leicht. Theater - Konzerte - Blumeninsel Mainau - Internationale Spielbank - Autotagare Tag und Nacht. Fordern Sie die Informationsbroschüre „Warum gerade Konstanz bei der Tourist Information Abt. III, Postfach 1230, 7750 Konstanz oder Telefon (07531) 284376“ unverbindlich an!

Kasparows Wandlung vom Künstler zum Pragmatiker

Der jüngste Weltmeister der Schach-Geschichte, Garri Kasparow, behält nach dem Revanche-Wettkampf gegen Anatolij Karpow seinen Titel. Die Erwartung der Schach-Öffentlichkeit, daß der Titelträger auch eine neue Ära des Weltschachs einleiten könnte, scheint sich allerdings nicht zu erfüllen.

Kasparow spielte in diesem dritten Wettkampf weniger überzeugend als in der letzten Phase des ersten Titelkampfes und im ganzen zweiten Wettkampf gegen Karpow. Nachdem er eine klare Drei-Punkte-Führung in der 17. bis 19. Runde verspielt hatte, wurde der Zweikampf in seiner letzten Phase dramatisch. Die Entscheidung fiel in der 22. Partie, die Kasparow deutlich unter seiner Stärke spielte. Kasparows Sieg war vor allem deshalb nicht sehr überzeugend, weil er in einigen Partien nur durch grobe Fehler seines Gegners Punkte machte. Eine Niederlage wäre nach dem Verlauf einzelner Partien keine Überraschung gewesen.

Kasparows Stil hat sich in der letzten Zeit verändert. Es ist nicht mehr das phantasievolle Spiel eines hochbegabten Taktikers, der kein Risiko scheute und in der Partie überraschende, neue Ideen suchte, wie noch vor zwei Jahren. Er hat sich in seinem Spiel von einem Künstler zu einem Pragmatiker gewandelt.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Stil im Schach mit der Persönlichkeit des Spielers eng zusammenhängt. Kasparow kann den Schachpsychologen als überzeugendes Beispiel dienen. Denn er ist auch nicht mehr der junge Mann, der während und noch kurz nach dem ersten Wettkampf völlig unkonventionelle Ansätze äußerte, der als selbständig denkender Geist galt. Er ist neuerdings der Partielbegeterter, verschaffte sich seine Protektoren in der politischen Führung der Sowjetunion und seine treue Gefolgschaft in der sowjetischen Schach-Föderation. Der Wettkampf war für ihn - so wie es

STANDPUNKT

erklären, warum Kasparow in der 22. Partie nicht alles riskierte, um mindestens eine kleine Siegeschance bis zum Schluß zu behalten: Aus „schachpolitischen“ Gründen konnte er sich eine hohe Niederlage nicht erlauben, eine Knappe dagegen wohl, denn die bedroht nicht ernsthaft seine Machtposition.

Es ist kein Zufall, daß gerade während dieses Wettkampfes wieder einmal Berichte über eine angeblich geplante Rückkehr von Bobby Fischer in die Schach-Arena aufgetaucht sind. Da wird von einem Helden geträumt, der eine neue Ära einleiten, der auch die Langeweile ständiger Titelkämpfe zwischen Vertretern des gleichen Landes beenden könnte.

Nur wird es leider Fischer kaum sein - seine Zeit ist abgelaufen. Überhaupt ist im Westen noch kein Bewerber um den höchsten Titel zu erkennen. Alle, die in den letzten Jahren im Gespräch waren, haben schließlich enttäuscht. Vielleicht muß man mit der Suche nach dem nächsten Weltmeister beginnen, um eine künftige Ära des Weltschachs vorzubereiten. Warum eigentlich nicht in unserem Lande?

LUDEK PACHMANN

Remis in der entscheidenden Partie

Die 23. Partie der Schach-Weltmeisterschaft in Leningrad endete remis. Beim 12:11 für Weltmeister Garri Kasparow behielt dieser seinen Titel, da ihm ein Unentschieden reicht. Dennoch wird heute die 24. und letzte Partie gegen Anatolij Karpow ausgetragen. Denn im Falle eines Gleichstandes müßte der Weltmeister die Siegerehre teilen. Karpow verlor seine Chancen auf die Rückeroberung des Titels praktisch durch die Niederlage in der 22. Runde - offenbar auch ein Grund dafür, daß die 23. Partie zur Enttäuschung des Publikums sehr ruhig verlief.

Die Notation (Weiß Karpow - Dam-Indisch): 1.S2 S6, 2.e4 b6, 3.g3 ...

Offenbar müßte Karpow nach 12:11 4.g3 5.d4 die Hauptvariante der Damen-Indischen Verteidigung erreichen und die bei der Zugfolge 1.d4 S6, 2.e4 e6, 3.S2 b6, 4.g3 häufige Entwicklung La8 vermeiden. Aber Kasparow verhindert dies:

1...e5, 2.Lg2 Lb7, 3.e-e6 g6, 4.d4 ...

Noch weniger verspricht die symmetrische Entwicklung 6.b3 Lg7, 7.Lg2 0-0, 8.S3 d5, 9.S2b5 Sd6, 10.Lg7 Ks7, 11.cxd5 Dxd5, 12.d4 Sd8 usw.

6...cxd5, 7.Dxd4 Lg7, 8.S2c6 S6, 9.Kd1 Sd7.

Um den Lb7 aktiv zu halten, verleiht Schwarz auf die natürliche Entwicklung 8...Sd6 - Weiß hätte mit 10.Dd4 0-0, 11.e4 Raumvorteil.

10.b3 S6, 11.Lb2 e4, 12.Dc3 Te6, 13.Td1 a6, 14.La1 Te5, 15.e4 Dd5, 16.Sd1 Te7.

Verbunden mit der Drohung Sg4. Der schwarze Turm muß aber bald zurückkehren - ein Manöver ohne viel Sinn.

17.LxL7 Dxb7, 18.S h5, 19.Sg2 Te5, 20.Lb2 Te6, 21.La3 Sd6, 22.Td1 Sd6, 23.Dd3 Sd7.

Weiß hat Raumüberlegenheit, aber mit diesem Zug bereitet Schwarz den bedrohlichen Vorstoß b7-b5 vor.

24.Sf4 b5, 25.cxb5 axb, 26.Sxb5 Sxb5, 27.Dxb5 Dxb5, 28.Sxb5 Te5, 29.Lb2 Tb1.

Jedoch nicht 29...Txb7, wegen 30.LxL6 LxL6, 31.Sd5 mit den zwei für Schwarz unangenehmen Drohungen 32.SxT6 und 32.Sc7.

30.b6 Te6, 31.b4 Sd7, 32.Lg7 - Hier wurde Remis gegeben. Nach Ks7 erobert Schwarz den Bauern zurück, und Weiß muß aufpassen, um nicht auch b4 zu verlieren.

FUSSBALL / Der rasche Abstieg des Torwarts Walter Junghans: Vom Kapitän zum Ersatzspieler

„Für mich ist das Kapitel Schalke abgeschlossen. Ich wäre blöd, wenn ich hier noch eine Basis sähe“

ULLA HOLTHOFF, Bonn

Er galt einmal als größtes Torwart-Talent der Fußball-Bundesliga. Walter Junghans (27) war Jugendnationalspieler und 1980 Teilnehmer an der Europameisterschaft in Italien. Die hohen Erwartungen aber hat er nie ganz erfüllt. 1983 kam er vom FC Bayern München zum FC Schalke 04. Dort wurde er trotz anfänglicher Schwächen Stammspieler und in dieser Saison sogar Mannschaftskapitän. Nach nur neun Spieltagen wurde Junghans jetzt von Trainer Rolf Scharf auf die Ersatzbank verbannt. Der Klub sucht einen neuen Torwart, und Präsident Hans-Joachim Fenne sagte nach der 2:4-Heim-Niederlage gegen den 1. FC Köln: „Es muß etwas geschehen. Unseren Kunden können wir das nicht länger zumuten.“ Beim Meisterschaftsspiel am Samstag in Nürnberg wird erstmals der langjährige Ersatzmann Pavel Macak im Tor stehen. Die WELT sprach mit Walter Junghans.

WELT: Herr Junghans, Sie kommen gerade vom Training. Was hat Trainer Scharf Ihnen gesagt?

FUSSBALL Frankfurt und der DFB streiten um Andreas Möller

Er ist erst 19 Jahre alt und hat gerade neun Fußball-Bundesliga-Einsätze absolviert. Aber Andreas Möller, Nachwuchsspieler von Eintracht Frankfurt, beschäftigt schon zahlreiche Juristen, Verbands- und Vereinsfunktionäre. Heute tritt sogar das Bundesgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) zusammen.

Die Jugendabteilung des DFB und Trainer Bert Vogts fordern den Einsatz von Möller in der „U 19“-Nationalmannschaft bei der Europameisterschafts-Endrunde in Jugoslawien, wo am Samstag in Kula das Viertelfinale gegen Rumänien ansteht. Praktisch zur gleichen Stunde wird aber das Bundesliga-Spitzen-Spiel zwischen Eintracht Frankfurt und Bayern München angepfiffen.

„Die 60 000 Zuschauer haben einen Anspruch darauf, die beste Eintracht-Mannschaft zu sehen, und das gehört sicher Andy Möller“, sagt Eintracht-Präsident Klaus Gramlich. So fordert der Verein per einstweiliger Verfügung vom DFB, den torgefährlchen Mittelfeldspieler von der Reise freizustellen. Nach dem Lizenzspielerstatut kann der DFB auf der Freistellung bestehen. Bernd Pfaff, Leiter der DFB-Jugendabteilung, erklärte, Möller werde gesperrt, wenn ihn der Verein nicht für die DFB-Auswahl abstellen sollte.

Pikant wird das Problem dadurch, daß Dietrich Weise als Eintracht-Trainer und langjähriger DFB-Jugend-coach in den Fall verwickelt ist. „Es ist ein Armutszeugnis für einen Bundesligaklub, wenn er auf einen 18jährigen nicht verzichten kann.“ Diesen Satz prägte Weise, als er selbst noch mit den Vereinen um die Freistellung ringen mußte.

Junghans: Nicht viel. Meine Situation ist ja allgemein bekannt.

WELT: Heißt das, daß der Trainer Ihnen seine Entscheidung nicht persönlich erläutert hat?

Junghans: Nein. Er hat mir nur gesagt, daß er mit uns, also mit Pavel Macak und mit mir, weiterhin planen wird und daß er von selbst bezüglich eines neuen Torwarts nichts unternehmen wird.

WELT: Und damit geben Sie sich zufrieden?

Junghans: Was soll ich denn tun? Für mich ist das Kapitel Schalke abgeschlossen. Wenn Präsident Fenne schon in der Zeitung erklärt, ich sei unzumutbar, dann müßte ich ja ganz blöd sein, wenn ich hier noch eine Basis sähe. Und der Trainer gibt mir auch keine Rückmeldung.

WELT: Sie sehen sich schon konkret nach einem neuen Verein um?

Junghans: So konkret habe ich mir noch keine Gedanken gemacht. Das kam alles so überstürzt. Meine Situation hat sich ja erst vor zwei Tagen geändert. Die Saison hatte für mich gut angefangen. Bis zu diesen beiden Fehlern in Stuttgart und jetzt gegen

Köln. Selbst wenn es spielerische Fehler waren, bin ich nicht damit einverstanden, daß ich jetzt der alleinige Sündenbock sein soll.

WELT: Wie wollen Sie sich denn dagegen wehren?

Junghans: Das ist fast unmöglich hier. In Schalke ist das alles sehr extrem. Der öffentliche Druck ist enorm hoch und die Enttäuschung nach der Niederlage war doppelte, weil wir im Falle eines Sieges jetzt vielleicht Tabellendritter sein könnten. Bei dem Gedanken daran sind die hier alle schon wieder ausgeflippt. Und da ich schon in den letzten Jahren immer der Sündenbock war, wenn etwas schief lief, war es das naheliegendste, mir auch jetzt wieder die Schuld zu geben. Die Stimmungsmache gegen mich ist ja bekannt.

WELT: Wer macht Stimmung gegen Sie?

Junghans: Das weiß ich nicht genau. Zum Teil kommt das sicher vom Publikum. Wenn man sogar im eigenen Stadion mit Junghans raus-Rufen im negativen Sinn angezettelt wird, dann läßt das keinen kalt.

WELT: Ist die nervliche Belastung

so groß, daß Sie deshalb immer wieder Fehler machen?

Junghans: Die anderen Torwarte machen auch oft Fehler, auch der Toni Schumacher im Spiel gegen uns. Aber mir wird dann immer sofort Nervenschwäche nachgesagt.

WELT: Was werden Sie jetzt tun?

Junghans: Jetzt setze ich mich erst mal auf die Bank und erfülle meinen Vertrag. Das heißt, ich trainiere voll mit und warte in Ruhe ab. Natürlich mache ich mir meine Gedanken.

WELT: Und was denken Sie?

Junghans: Im Moment denke ich: Alles Scheiße. Wenn eine Minute früher abgepfiffen worden wäre vor der Halbzeit und wir nicht noch das Tor kassiert hätten, dann hätten wir vielleicht doch gewonnen und wären jetzt Dritter und alles würde im Freudentaumel versinken. Statt dessen werde ich es jetzt sogar schwer haben, einen neuen Verein zu finden. Es gibt in der Bundesliga wahrscheinlich keinen Verein mehr, der mich unter Vertrag nehmen will. Und ich kann ja nicht hingehen und sagen: Von jetzt an mache ich keine Fehler mehr. Aber ich warte erst mal ab.

HOCKEY-WM / Zweite Niederlage für Pakistan

Ein Team von Ästheten wirkt ratlos und konfus

dpa, London

Nicht nur die Pakistani trauerten. Kaum ein Zuschauer im Londoner Willesden-Stadion konnte sich über den 2:1-Erfolg von Europameister Niederlande im Vorrundenspiel der Hockey-Weltmeisterschaft über den dreimaligen Weltmeister und Olympiasieger Pakistan freuen. Beide Mannschaften hatten das bislang mit Abstand beste Spiel des Turniers geboten. Doch für die Hockey-Künstler aus Pakistan bedeutete es nach der 1:3-Niederlage gegen Argentinien, daß sie bei der sechsten WM wahrscheinlich erstmals nach dem Halbfinale scheitern.

Noch mag niemand so recht daran glauben, doch gehabt haben es viele. Nach dem Olympiasieg 1984 hatte die Überlegenheit der Hockey-Ästheten ständig abgenommen. Die vergangenen 14 Tage gerieten für sie zum Alptraum: Bei den Asienspielen unterlagen sie erstmals gegen Malaysia und Südkorea. Jetzt in London verloren sie nach sieben Siegen und 41:3 Toren auch gegen Argentinien. Zweimal erst hatten die wendigen Asiaten bei Weltmeisterschaften nicht gewonnen, und beide Male war der Titelträger immerhin Indien und kein namenloser Außenseiter.

Jahrzehntelang haben die Inder und die Pakistani mit ihrer Technik die Hockey-Welt beherrscht. Heute, begünstigt durch den Konstruktivismus, kann auch die technisch schlechteste Mannschaft mithalten. Ausdauer und Kampfkraft entscheiden das Spiel, und das waren noch nie die Stärken der Asiaten. „Wir sind die Besten und wir gewinnen“ - mit dieser Einstellung wurden die Spieler jahrelang auf den Platz geschickt. Die Mannschaftsbesprechungen dauerten nur

eine Minute. Taktische Varianten gab es nicht, und ihr Spielsystem (zwei Verteidiger, drei Mittelfürer, fünf Stürmer) ist veraltet. Dazu kommen die mangelhafte Betreuung und das nicht ausreichende Training, auch wenn die Spieler täglich auf dem Platz stehen müssen.

Seit Januar haben wir zehn Tage frei gehabt. Wir wachen mit dem Gedanken an Hockey auf und wir schlafen damit ein“, sagte in Aktiver, „wir können den Hockeyschläger nicht mehr sehen.“ Der wertvollste Lohn der Plackerei ist eine gesicherte Zukunft - wenn sie den Hockey-Schläger an den Nagel hängen dürfen.

Die Verantwortlichen reagieren auf die schlechten Ergebnisse konfus. Ihre erste Reaktion ist noch mehr Training. Und damit geht die Spielreihe, von der das Spiel der Pakistani lebt, ganz verloren. Vor den Asienspielen ließen sie ihren besten Stürmer Hassan Sardar, Torschützenkönig in Los Angeles, aus disziplinarischen Gründen zu Hause. Nach London ließen sie ihn einfliegen, setzten ihn gegen Argentinien 35 Minuten lang ein, und als er nicht die erwartete Leistung brachte, fand er sich auf der Bank wieder. In sechs Monaten hatte das Team fünf verschiedene Trainer.

Die Probleme beginnen beim Nachwuchs: 1979 wurden die pakistanischen Junioren noch Weltmeister, 1982 und 1985 nur noch Dritter. Beide Male siegte das deutsche Nachwuchsteam. Die Entwicklung ist an den Pakistani vorbeigegangen, doch sie wollten es nicht wahrhaben. Vielleicht brachten sie die Schmerzen der Niederlagen, um zu erkennen, daß Schön-Spielen allein nicht mehr reicht.

EISHOCKEY

Bundesligaklubs hoffen auf neuen Fernseh-Vertrag

dpa, München

Die lange Winterpause der Fußball-Bundesliga von Mitte Dezember bis Ende Februar macht's möglich. Schon vom 5. Dezember an werden voraussichtlich Spiele der Eishockey-Bundesliga häufiger im Fernsehen übertragen. Die Verhandlungen mit den beiden TV-Anstalten ARD und ZDF über einen neuen, bis zur Saison 1990/91 laufenden Vertrag sind abgeschlossen.

Wichtigster Punkt: Statt bisher am Freitag und Sonntag wird die Bundesliga am Mittwoch und Samstag spielen. Dabei soll am Mittwochabend von 22 Uhr an ein Punktspiel in voller Länge als Aufzeichnung gesendet werden. „Ich gehe davon aus, daß in den nächsten vier Wochen der Vertrag unterzeichnet werden wird“, sagte gestern Bundesliga-Sprecher Sepp Pfügl.

Die Klubs der Zehnerliga erwarten größere Popularität und hoffen durch die stärkere TV-Präsenz auch in den regelmäßigen Sportsendungen auf zahlungskräftige Sponsoren und höhere Werbegelder. Angenommen wurde der Vorschlag der Bundesliga, wonach die Spieler sowohl auf dem Trikot als auch auf dem Helm Werbeaufschriften tragen dürfen. Akzeptiert werden dürfte auch die Forderung nach höherem TV-Honorar. Statt bisher 480 000 Mark für die Liga werden 680 000 Mark verlangt, die auf die Vereine zu gleichen Teilen verteilt werden.

Derzeit laufen noch Verhandlungen mit den Privatsendern SAT 1 und RTL plus. „ARD und ZDF haben das Auswahlrecht aus zwei Spielen“, sagte Pfügl, „die restlichen drei können wir den privaten Fernsehstationen anbieten.“

NACHRICHTEN

Becker bleibt Dritter

New York (sid) - Wimbledonssieger Boris Becker wird in der aktuellen Tennis-Weltrangliste weiter auf Rang drei hinter Ivan Lendl (CSSR) und Mats Wilander (Schweden) geführt. Der Amerikaner John McEnroe ist Zehnter. Eric Jelen (Neuss) fiel um einen Rang auf Platz 34 zurück.

Bronze für Rauch

Sidney (dpa) - Der Münchner Waldemar Rauch belegte bei den Karate-Weltmeisterschaften in Sidney Rang drei im Kumiho-Schwergewicht. Der Europameisterschafts-Zweite Toni Dietl wurde disqualifiziert.

Audi kehrt zurück

Ingolstadt (dpa) - Der Automobil-Hersteller Audi wird sich 1987 wieder an der Rallye-Weltmeisterschaft beteiligen. Das Werk hatte sich im Mai dieses Jahres nach schweren Unfällen bei WM-Läufen in Portugal und Korsika zurückgezogen.

Handball: Leichte Gegner

Basel (sid) - Bei der Auslosung des Achtelfinales (10. und 17. Oktober) in den Handball-Europapokal-Wettbewerben erhielten die Bundesligaklubs leichte Gegner: Pokal der Meister: TuSEM Essen - USM Gagny, Pokalsieger: MTSV Schwabing - DFS Sofia, IHF-Pokal: ATSE Graz - VIL Gummersbach.

Luton Town verzichtet

London (sid) - Fußball-Erstligaklub Luton Town hat abgelehnt, an der zweiten Runde des englischen Liga-Cups teilzunehmen. Der Verein war vom Wettbewerb ausgeschlossen worden, weil er sich in der ersten Runde geweigert hatte, Fans der Gastmannschaft Einlaß zu gewähren, um Ausschreitungen zu vermeiden. Die Konferenz der Liga-Klubs hatte Luton jetzt eine Rückkehr unter der Auflage ermöglichen wollen, auf neuem Platz zu spielen.

ZAHLEN

HOCKEY
Weltmeisterschaft der Herren in London, dritter Spieltag, Gruppe A: England - Argentinien 2:1, UdSSR - Neuseeland 1:0, Pakistan - Holland 1:2.

TENNIS
Davis Cup, Finale der Asienzone: Südkorea - Japan 3:0 - Grand-Prix-Turnier der Herren in Toulouse (175 000 Dollar), erste Runde: J. Brown (USA) - Schweizer (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 6:4, di Laura (Peru) - Rittersbacher (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 6:4, Schapers (Niederlande) - Tim Wilkison (USA) 6:3, 7:6, Pimek (CSSR) - Champion (Frankreich) 6:3, 6:4, Hasek (Schweiz) - Bardot (Frankreich) 6:3, 6:3.
Grand-Prix-Turnier der Damen in Zürich (150 000 Dollar), erste Runde: Graf (Bundesrepublik Deutschland) - Tauert (Österreich) 6:1, 6:2, Huber (Österreich) - Budarova (CSSR) 6:3, 6:4, Maleeva (Bulgarien) - Coles (Jugoslawien) 6:3, 6:4 - Turnier der Damen in Taipei (60 000 Dollar), erste Runde: Probst (Bundesrepublik Deutschland) - A. M. Fernandez (USA) 6:3, 6:1.

GEWINNQUOTEN
Lotto: Klasse 1: 1 768 588,00 Mark, 2: 97 988,32, 3: 831,00, 4: 104,30, 5: 8,40 - Toto: Klasse 1: 30 335,50 Mark, 2: 1151,20, 3: 96,20 - Auswahlschiffe „Saus 48“ Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 1 537 684,55 Mark, 2: unbesetzt, Jackpot: 85 740,88, 3: 6339,50, 4: 122,90, 5: 8,70 - Rennquiniest, Rennen A: Klasse 1: 1371,40 Mark, 2: 279,80 - Rennen B: Klasse 1: 1142,80 Mark, 2: 298,10, Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot: 91 897,40 Mark. (Ohne Gewähr)

Der neue GT Diesel Turbo mit der Stärke von 105 Pferden.

Man sieht es ihm nicht gleich an, aber man spürt es, wenn man ihn fährt: Der neue PEUGEOT 505 GT hat an Pferdestärken und damit auch an Temperament noch einmal kräftig zugelegt. Ab sofort leistet sein 2498-cm³-Turbo-Triebwerk 77 kW (105 PS), wodurch der 505 GT Diesel Turbo in 13 Sekunden auf 100 beschleunigt und 178 km/h Höchstgeschwindigkeit erzielt. Damit dokumentiert dieser neue Diesel Turbo, daß er neben ausgereifter

Fahrwerkstechnologie, hohem Serienkomfort und gesetzlicher Steuerbefreiung auch in puncto Motorisierung allen Ansprüchen gerecht wird, die Sie an eine so hochklassige Langstrecken-Limousine stellen. Ansprüche, die natürlich auch von allen anderen PEUGEOT 505 Modellen erfüllt werden, den Limousinen-genauso wie den Breakversionen. Die Modellpalette reicht von 2165 cm³ bis 2849 cm³ Hubraum,

von 51 kW (70 PS) bis 110 kW (150 PS). Sie umfaßt schadstoffarme Modelle, die zwischen maximal 2 Jahren, 1 Monat und 4 Jahren, 8 Monaten steuerbefreit sind. Die mit Vergaser-, Injection- und Dieselmotor, mit 5-Gang-Getriebe und Automatik angeboten werden. Außerdem finden Sie in dieser Modellpalette auch den Diesel Turbo und den Turbo Injection. Welches der PEUGEOT 505 Modelle für Sie das richtige ist,

entscheiden Sie am besten nach einer Probefahrt bei Ihrem PEUGEOT TALBOT-VERTRAGSPARTNER. Finanzierung und Leasing über die PEUGEOT AUTOMOBILE Creditbank.

PEUGEOT 505
DIE KLASSISCHE LIMOUSINE



Dynamik mit Hair

Sonderausstattung: Leichtmetallfelgen

RALLYE WELTMEISTER 1985

SPD nimmt US-Kongreß zum Vorbild

p. p. Bonn

Die SPD hat sich die vom US-Kongreß gegen das Veto von Präsident Reagan beschlossenen Sanktionen gegen Südafrika inhaltlich zu eigen gemacht. Mit einem Antrag im Bundestag fordert sie die Bundesregierung auf, das gleiche Sanktionspaket zu verhängen wie der Kongreß. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke: „Dann werden wir sehen, ob der Bundeskanzler das auch für Anti-Amerikanismus hält.“

Ehmke sprach auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf der Kanzlerkandidat Johannes Rau sich zuvor als „beschämt und betroffen“ darüber bezeichnet hatte, daß der US-Kongreß „uns lehren muß, was eigentlich fällig ist“. Die Zeit für Reformen in Südafrika sei endgültig abgelaufen. Jetzt bleibe nur noch die Abschaffung der Apartheid.

Rau hatte seine Erklärung zu Südafrika eingebunden in einen Grundsatztvortrag über Entwicklungshilfe-Politik. Dabei beklagte er das „Scheuklappen“-Denken, das immer noch weithin das Verhältnis der Industrie zu den Dritte-Welt-Ländern präge: „Alles werde auch hier in das Schema des Ost-West-Konfliktes gepreßt, Entwicklungshilfe kurzfristig vom politischen Wohlverhalten der Empfänger abhängig gemacht.“

Peres will das „Klima des Dialogs“ bewahren

Empfehlung an Shamir / Der Abschied von der Knesset

hav./AP, Jerusalem

Eine Woche vor dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Amtserbschaft mit Außenminister Yitzhak Shamir hat sich gestern Premier Shimon Peres von der Knesset verabschiedet. Er zählte dabei „erfüllte Versprechungen“ seiner Regierung in ihren 25 Amtsmontaten auf. „Wir versprochen, die Wirtschaft zu stabilisieren, und die Inflation ist gefallen. Die Devisenreserven sind um 30 Prozent, der Export ist um 1,5 Milliarden Dollar gestiegen.“

Mit Genugtuung betonte Peres die enge Freundschaft mit den Vereinigten Staaten: „Strategische Zusammenarbeit ist von der Theorie in die Praxis übertragen worden, die Freihandelszone mit den USA besteht.“

Peres sagte, Israel habe eine Sonderhilfe von 1,5 Milliarden Dollar erhalten. Der Bau einer großen Relais-Station für die „Stimme Amerikas“ sei vereinbart worden. „Außerdem hat sich unser Land SDI angeschlossen.“ Ganz besonders hob Peres den Dank hervor, den Israel Präsident Reagan, Vizepräsident Bush und Außenminister Shultz schulde.

Er wies darauf hin, daß auch die Beziehungen mit Ägypten deutlich verbessert worden seien. Die Ernennung eines ägyptischen Botschafters

in Tel Aviv beweise die Wiederaufnahme des Dialogs. Eine neue Epoche habe jetzt begonnen.

Peres ersuchte seinen Nachfolger Shamir, das „Klima des Dialogs“ mit gemäßigten arabischen Staaten zu bewahren. Zur Aufnahme von Nahost-Friedensgesprächen hält Peres nur noch ein internationales Forum und eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation für erforderlich. Bei einem Treffen mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak hatte der israelische Regierungschef im September der Bildung eines Ausschusses zugestimmt, der eine internationale Nahost-Konferenz vorbereiten soll.

Eine solche Konferenz wird von Shamir aber abgelehnt. An die Koalitionspartner vom Likudblock gewandt, die israelische Zugeständnisse vor Friedensgesprächen verweigern, sagte Peres: „Einen einseitigen Frieden gibt es nicht. Es ist keine Schande, dies zu bedenken.“ Anders als bei vielen seiner politischen Knesset-Reden wurde Peres diesmal von keinem einzigen Zwischenruf unterbrochen. Die Knesset war erwartungsvoll still. Es schien, daß Peres die Abgeordneten beeindruckte. Er hatte seine letzte Rede sachlich und ohne Pathos vorgetragen.

Die SPD dämpft Spekulationen auf Große Koalition

p. p. Bonn

SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement hat sich gestern am Rande des CDU-Parteitagess bemüht, alle Spekulationen um die Neuaufgabe einer Großen Koalition in Bonn zu beenden: „Für eine Große Koalition im Januar 1987 gibt es weder die notwendigen politischen Voraussetzungen noch sachlichen Grund. Sie wird nicht stattfinden.“ Davon unberührt bleibe allerdings das Angebot der Sozialdemokraten, „in wichtigen Fragen“ mit der anderen großen Partei sachlich zusammenzuarbeiten.

SPD-Chef Willy Brandt und Kanzlerkandidat Johannes Rau selbst hatten für das Wiederaufkommen der Diskussion um eine Große Koalition gesorgt. Im Anschluß an die Präsidiumssitzung ihrer Partei in München hatte Rau am späten Montagabend erklärt: Er strebe zwar eine „eigene Mehrheit“ an, sage aber nicht, daß keine Situation denkbar sei, in der SPD und Union nicht miteinander reden müßten. Und Brandt hatte angefügt: Wenn nach der Wahl im Januar 1987 weder die Koalition noch die SPD über eine Mehrheit im Parlament verfügen sollten, „dann gibt es eine Reihe wichtiger Gespräche, zunächst beim Bundespräsidenten“. Dabei schloß Brandt ebenfalls eine Große Koalition nicht ausdrücklich aus.

Die britischen Konservativen fühlen sich stark für eine dritte Amtszeit

Auf dem Parteitag Kritik am Verteidigungskonzept von Labour / Aufregung um Waffenfund

R. GATERMANN, Bournemouth

Jeden Tag etwas Neues, diese Parole hatte der Vorsitzende der Konservativen Partei, Norman Tebbit, zu Beginn des Jahreskongresses in Bournemouth an die Mitglieder der Thatcher-Regierung ausgegeben. Damit soll den Wählern klargemacht werden, daß die Partei trotz siebenjähriger Regierungszeit nicht müde geworden ist, sondern über genügend Ideen, Elan und Energie verfügt, um auch noch eine dritte Legislaturperiode erfolgreich durchzustehen. In seiner Eröffnungsrede schaute Tebbit jedoch meistens zurück und rechnete in der ihm eigenen Art rücksichtslos mit dem Sozialismus, dem „überholten ungläubigen Credo“ ab.

Am Vorabend des Kongresses hatte eine Entdeckung der Polizei für Aufregung gesorgt. Bei einer Routinekontrolle der Besucher des Highcliff-Hotels, in dem die meisten Kabinettsmitglieder einschließlich der Premierministerin abgestiegen sind, fand sie bei einem 23-jährigen Mann eine Startpistole und 35 Schuss Munition. Wenig später nahmen sie einen gleichaltrigen Hotelkoch fest. Beide wurden gestern allerdings auf freien Fuß gesetzt. Offiziell heißt es, es beständen keine Verbindungen zu Terror-Organisationen.

Norman Tebbit erinnerte die Delegierten an das Jahr 1979, als Frau Thatcher das Regierungsruder übernahm. „Großbritannien war der kranke Mann Europas“, man habe im Ausland sogar von der „englischen Krankheit“ gesprochen. Die Konser-

bewerber nicht konkurrieren. „In jedem der vergangenen fünf Jahre stieg die Produktivität in unserer verarbeitenden Industrie genauso schnell wie die in der japanischen.“

Der Parteivorsitzende verteidigte die Privatisierungsstrategie und meinte zu dem Vorwurf der Labour Party, die Tories verschleuderten das Familiensilber, falls es zu teuer sei, das Silber zu behalten, sei er froh, „nie selbst etwas davon besessen zu haben“. In seiner Beschreibung des „Kreuzzuges zur Rettung Großbritanniens vor den schlimmen Mißgriffen des Sozialismus“ betonte Tebbit, „wir sind dort am erfolgreichsten gewesen, wo wir mehr Radikalismus und Tapferkeit gezeigt haben“.

Anhand mehrerer Beispiele wandte er sich auch gegen den neuen Moralenspruch der Labour Party. „Der Sozialismus mag behaupten eine moralische Theorie zu sein, aber aus Erfahrung wissen wir, daß er in der Praxis korrupt ist.“ Dem Labour-Führer Neil Kinnock warf er vor, eine Verteidigungspolitik zu vertreten, die den Bruch mit der NATO im Kalkül habe. Er scheine eher bereit zu sein, den Invasoren Afghanistans zu vertrauen, anstatt „unseren Alliierten in der Verteidigung eines freien Europa“.



Norman Tebbit

vativen hätten die Aufgabe übernommen, die Volkswirtschaft wieder auf gesunde Füße zu stellen. Damals hätte man in der EG am Ende der Wachstumsstatistik gelegen. „Letztes Jahr waren wir an der Spitze“. Die Opposition habe damals gesagt, britische Arbeiter könnten mit dem Produktivitätszuwachs der ausländischen Mit-

Reagan tritt Kritikern im eigenen Land entgegen

Vor dem Gipfel: Vorwurf der Nachgiebigkeit zurückgewiesen

FRITZ WIRTH, Washington

In seiner letzten öffentlichen Rede vor dem Aufbruch nach Island versuchte Ronald Reagan gestern, sich Rückendeckung an der heimischen Front zu sichern. Der US-Präsident, der sich bisher dem Vorwurf ausgesetzt sah, in seinem Umgang mit den Sowjets zu hart, aggressiv und militant zu sein, fühlt sich jetzt offenbar gezwungen, dem Eindruck entgegenzutreten, daß er gegenüber dem Kommunismus zu nachgiebig geworden sei. Diese Kritik kommt vor allem aus der eigenen Partei.

Reagan gab diesen Kritikern zu verstehen, daß die USA aus einer ganz anderen Position in diese Begegnung gehen als in vorhergehenden Jahrzehnten: aus einer Position wirtschaftlicher und militärischer Stärke. Zugleich versicherte er, daß er diesen Gesprächen ohne Illusionen entgegenstehe.

Reagan beriet gestern mit Außenminister Shultz, Stabschef Regan und Sicherheitsberater Poindexter Strategie und Marschroute für das Treffen in Island und warnte anschließend vor zu großen Hoffnungen auf einen Erfolg in Reykjavik. „Wir hoffen“, sagte Reagan, „daß unsere Gespräche nützlich und erfolgreich sein werden, dennoch werden sie nur vorbereitenden Charakter haben“. Reagan nannte das Treffen in Island „das letzte Lager vor dem Gipfel“.

Sein Stabschef Donald Regan rechnete damit, daß es in Island wie vor einem Jahr in Genf zwischen den beiden Regierungschefs Gespräche unter vier Augen für eine Dauer von etwa fünf Stunden geben werde. „Wir möchten, daß es ein geschäftsmäßiges Treffen wird. Gorbatschow hat darum gebeten; er soll es haben.“ Das sei im übrigen auch der Grund, warum Präsident Reagan nicht von der First Lady nach Island begleitet wird. Gorbatschow reist bekanntlich mit seiner Frau an.

Stabschef Donald Regan ließ im übrigen offen, ob in Island bereits ein Termin für den nächsten Gipfel in Washington festgelegt wird. Wichtig ist, daß wir Fortschritte auf dem Weg zu wirklichen Reduzierungen nuklearer Waffen machen. Der Zeitpunkt des nächsten Gipfels hängt davon ab, wie schnell die Abrüstungs-Unterhändler in Genf mit den Diskussionen fertig werden, die sie aus Reykjavik erhalten werden“, sagte Regan. Das läßt den Schluß zu, daß die USA auf dem nächsten Gipfel in Washington die Unterzeichnung eines Abrüstungsabkommens oder doch zumindest eine Zwischenlösung anstreben.

Reagan betonte jedoch, daß man sich in Island von den Sowjets nicht ausschließlich auf das Abrüstungsthema festlegen lassen will. Die Tagesordnung soll auf die Bereiche der Menschenrechte und regionaler Krisen ausgeweitet werden.

Papst erinnert an Pluralismus

DW, Anney

Papst Johannes Paul II. hat gestern zum Abschluß seiner Frankreich-Reise Anney besucht, um den Heiligen Franz von Sales zu würdigen, der als Schutzpatron der Journalisten gilt. Zuvor hatte der Papst vor einer Abkapselung der Katholiken gewarnt. Er erinnerte an den Pluralismus in der Kirche, wo zahlreiche Bewegungen für ihre Ziele arbeiteten. Dies beweise die Lebendigkeit der Kirche: „In einem Land, in dem viele den Glauben als eine ganz persönliche, geheime Angelegenheit betrachten, muß die Kirche auch ein sichtbares Zeichen setzen.“

Private: Werbung auch am Sonntag

epd, Düsseldorf

Auch am Sonntag soll es im privaten Hörfunk und Fernsehen Werbesendungen geben. Dies sieht der neue Entwurf für ein nordrhein-westfälisches Landesrundfunkgesetz vor, das die Düsseldorfer Landesregierung derzeit vorbereitet. Danach darf Werbung an Sonn- und Feiertagen allerdings erst von 18 Uhr an gesendet werden. Um die „Vielfalt der Meinungen zu garantieren“, soll zwischen Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften differenziert werden. Die Lizenzen für alle Betreiber vergibt laut Entwurf eine neue „Landesanstalt für Rundfunk“.

EG geht Drogenproblem an

Mehrheit für entschiedenere Schritte zeichnet sich ab

FRANZ KADELL, Straßburg

Nach den USA haben auch die Länder der Europäischen Gemeinschaft den Kampf gegen die Drogenkriminalität aufgenommen. Bei der Debatte zum Bericht des „Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments zum Drogenproblem“ zeichnete sich gestern in Straßburg eine Mehrheit für entschiedene und koordinierte Schritte zur Bekämpfung des Drogenhandels und Drogenmissbrauchs ab. Mit der Abstimmung wird allerdings nicht vor heute Abend gerechnet.

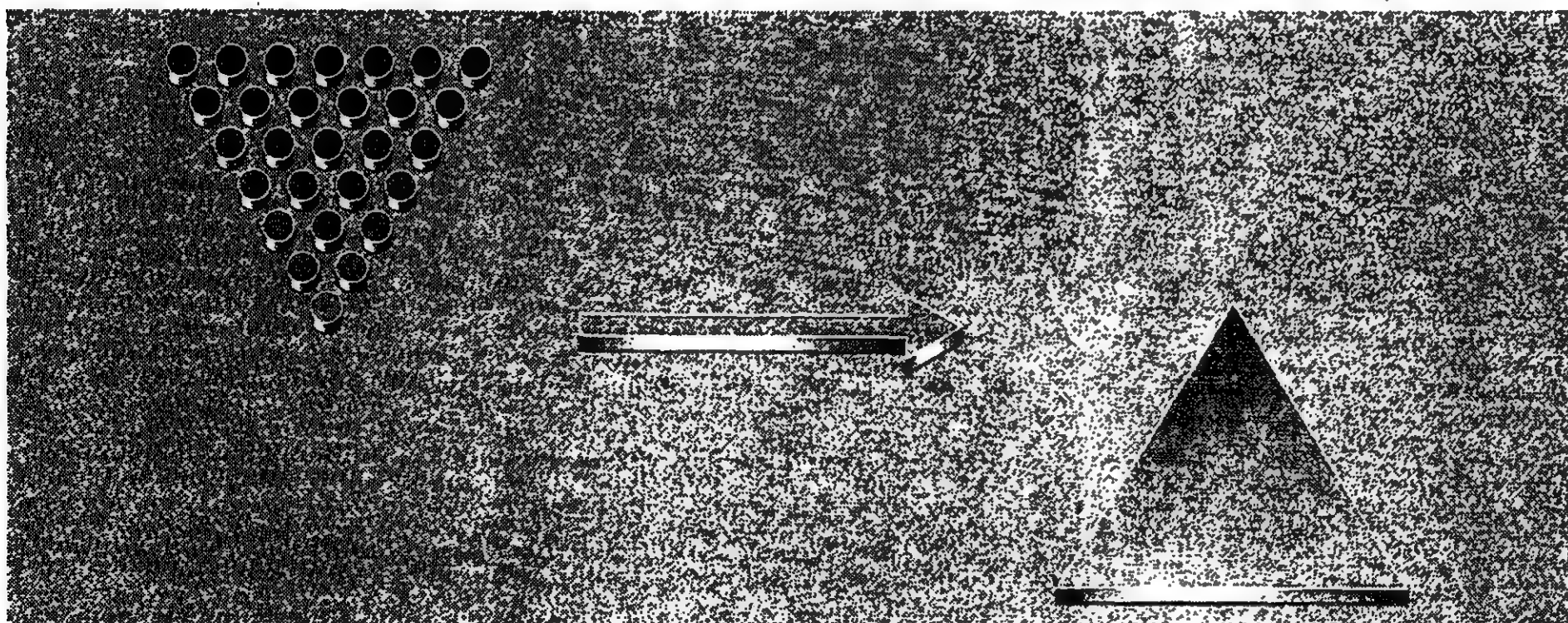
Der gemeinsame Antrag der Fraktionen der Europäischen Volkspartei, der Europäischen Demokraten, der Liberalen und Demokratischen Fraktion sowie der Erneuerungs- und Sammlungsbewegung, der von dem britischen Konservativen Jack Stewart Clark eingebracht wurde, sieht unter anderem vor: Strengere Kontrollen bei Ein- und Ausfuhr von Chemikalien und Zwischenstoffen, die zur Drogenherstellung benötigt werden. Schaffung einheitlicher Leitlinien für die Verurteilung von Händ-

lern und deren Auslieferung. Änderung der Zollbestimmungen über die Beschlagnahme von Waren sowie die Einrichtung einer nachrichtendienstlichen Zentralstelle für die Bekämpfung des Drogenmissbrauchs.

Grüne, Kommunisten und Mitglieder der Sozialistischen Fraktion einschließlich Labour- und SPD-Abgeordneter hatten in einem Minderheitenvotum gefordert, die EG-einheitlichen Richtlinien dürften „nicht hinter das zurückfallen, was in einzelnen Mitgliedsstaaten bereits an Liberalisierung erkämpft worden ist“. Dies wäre darauf hinausgelaufen, so der EVP-Abgeordnete Brok, „Amsterdamer Zustände für die Bundesrepublik rechtsverbindlich“ zu machen.

In dem Antrag der Grünen, der nun Bestandteil des auch von der SPD unterzeichneten Minderheitenvotums ist, heißt es: „Es ist nicht einzusehen, warum Besitz, Gebrauch, Herstellung, Anbau und Vertrieb der einen Droge (gemeint sind Heroin, Kokain, Cannabis etc.) verfolgt werden und der einer anderen (gemeint sind Alkohol, Tabak etc.) nicht“.

Das Vernünftigste, was Sie mit Ihren Außenständen machen können:



An die GEFA verkaufen.

GEFA-Factoring macht aus Ihren Forderungen liquide Mittel. Der Nutzen liegt auf der Hand: Sie können damit andere Vorhaben realisieren. Dazu kommen weitere Vorteile von der vollen Skontierung beim Einkauf bis zur Entlastung der Debitorenbuchhaltung. Factoring ist allerdings nur eine von mehreren Finanzierungsformen, die wir Ihnen anbieten. Sie können Ihre Investitionen und Ihren Absatz auch über Leasing finanzieren oder über einen Kredit. In jedem Fall empfehlen wir zunächst einmal eine gründliche Beratung. Rufen Sie an, wir sind ganz in Ihrer Nähe.

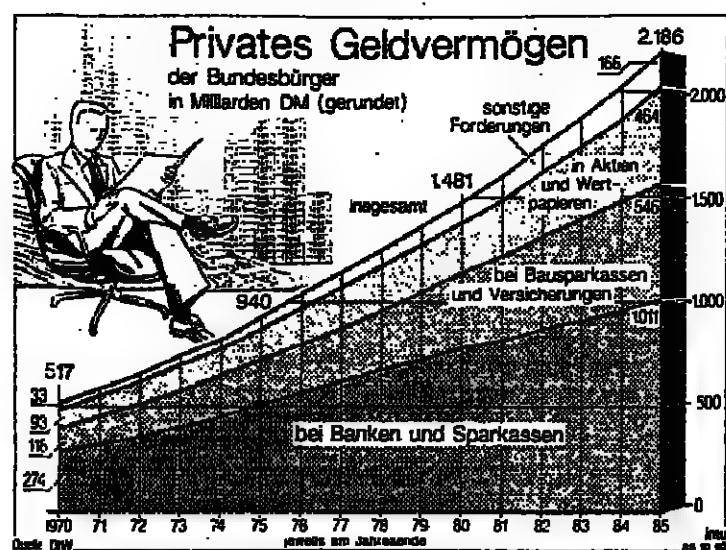
GEFA, Laurentiusstraße 19/21, 5600 Wuppertal 1, Tel. (0202) 382-0

Berlin · Bielefeld · Düsseldorf · Frankfurt · Freiburg · Hamburg · Hannover · Karlsruhe · Kassel · Koblenz · München · Nürnberg · Regensburg · Saarbrücken · Siegen · Stuttgart · Ulm · Würzburg

GEFA 
...finanziert Absatz und Investition

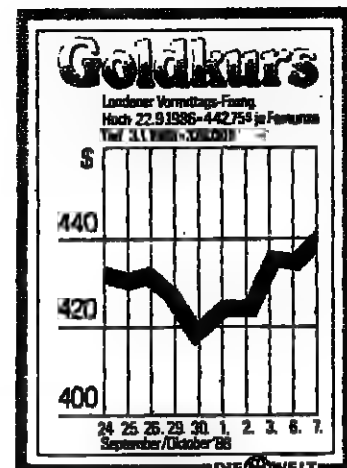
St. 100/1100

iven fühle
Amtszeit
Aufregung um Wa
Kritikern
and entgeg
Suchgeheimnis zurück
Private: Was
auch am Sa
renproblem



Immer noch legen die Deutschen über die Hälfte ihres Geldvermögens bei Banken und Sparkassen zumeist in Form von Sparanlagen an. Doch zunehmend sind Aktien und Wertpapiere gefragt.

FÜR DEN ANLEGER



Bundesbank: Auf den neuen Mengentender wurden den Kreditinstituten acht Mrd. DM zugeteilt.

EWS-Beitritt: Als sehr unwahrscheinlich werden am Devisenmarkt Spekulationen über einen britischen Beitritt zum Europäischen Währungsunionssystem bezeichnet.

Effekten Tokio: Die Kurse haben

sich gestern deutlich erhöht. Der Nikkei-Index stieg um 169,03 Punkte auf 17604,36.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 276,06 (275,50); Chemie: 162,85 (162,52); Elektro: 345,91 (341,30); Auto: 723,33 (725,38); Maschinenbau: 159,03 (149,53); Versorgung: 159,10 (159,27); Banken: 403,07 (403,34); Warenhäuser: 177,54 (176,57); Bauwirtschaft: 548,42 (550,12); Konsumgüter: 181,28 (181,15); Versicherung: 1420,49 (1415,58); Stahl: 154,08 (158,16).

Kursgewinner: DM + %
BTR Plc 9,70 8,98
Warner Comm. 46,00 6,98
Main-Kraftwerke 555,00 6,73
Hitachi 1385,00 6,54
Magd. Feuer 530,00 6,00

Kursverlierer: DM - %
Versidag 318,00 7,69
Norsk Hydro 37,50 7,41
Nissin Steel 2,15 6,52
Pakhoed Hldg. 465,00 5,10
DLW 465,00 5,10
(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Freundlich

MÄRKTE & POLITIK

Opec: Die Minister haben sich gestern nach einhelligem Beschluss auf eine Drosselung der Förderung um etwa ein Viertel an.

EG: Die Kommission betrachtet das wirtschaftliche Wachstum und die erzielten Fortschritte bei

der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mitgliedsstaaten als unzureichend. (S. 14)

Verbraucherpreise: Die Preise lagen angesichts der Verbilligung von Heizöl und Kraftstoffen auch im September um 0,4 Prozent unter denen des entsprechenden Vorjahresmonats.

Produkt	6. 10. 86	3. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	161,50	161,50	165,00	238,00	97,00
Heizöl (schwer 3,5 % S)	70,00	71,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	116,50	119,50	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Gesundheitswesen: Die Aufwendungen der privaten Krankenversicherer werden sich 1986 voraussichtlich günstiger entwickeln als in der gesetzlichen Krankenversicherung (S. 15).

AEG: Bei dem Frankfurter Elektrokonzern ist die Entwicklung

nachhaltig durch das Anziehen des Inlandsgeschäfts geprägt. (S. 15)

Übernahmeangebot: Der größte US-Stahlproduzent, die USX Corp., Pittsburgh, hat von dem Finanzier Carl C. Jahn eine Offerte über acht Mrd. Dollar erhalten.

NAMEN



Barmer Ersatzkasse: Viktor Fisch (Foto) steht auch in den

nächsten sechs Jahren an der Spitze des BEK-Mitgliederparlaments. Der 56jährige wurde von der aus den Sozialwahlen 1986 hervorgegangenen Vertreterversammlung erneut zum Vorsitzenden gewählt. Vorstandsvorsitzender der größten deutschen Ersatzkasse ist Hans Neusigl.

WER SAGT'S DENN?

Wie erwirbt man in Deutschland ein kleines Vermögen? - Indem man einmal ein großes hatte.

Der „Steuertip“

Massive gemeinsame Intervention zur Stabilisierung des Dollars

Notenbanken fürchten Spannungen im EWS - Bundesbank sorgt geldpolitisch vor

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Gestern gab es an den Devisenmärkten die ersten massiven Interventionen zur Stabilisierung des Dollars, an denen sich neben der Bundesbank auch die Zentralbanken der Schweiz, Belgiens und Dänemarks beteiligt haben. Sie bewirkten, daß sich der Dollar zeitweilig um drei Pfennig auf einen Tageshöchststand von 2,0160 DM befestigte, auf dem er sich allerdings nicht behauptete. Der amtliche Kurs wurde mit 2,0108 (1,9942) DM notiert.

Nach Schätzungen von Devisenhändlern haben sich die Stützungskäufe der Bundesbank allein auf eine Größenordnung von annähernd einer halben Milliarde Dollar summiert. Über die Interventionen der anderen Notenbanken gab es keine zuverlässigen Schätzungen. Außerdem hat die Bank von England gestern die eigene Währung durch den Verkauf von D-Mark gestützt, nachdem dies während der letzten Tage durch die Bundesbank für Rechnung der britischen Notenbank geschehen war.

Verbraucher kritisieren Weinvernichtung

H.H. Bonn

Mit über einer Milliarde Mark Steuergeldern wird die EG 1,8 Milliarden Liter Tafelwein in Industrialkohl umzuwandeln. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) veranschaulicht die Größenordnung dieses Beschlusses der EG-Kommission: Die zu vernichtende Weinmenge liege 50 Prozent über einer deutschen Normalration und entspreche sieben Liter Wein je Kopf der EG-Bevölkerung.

Brüssel erwäge, Agrarsprit künftig nicht nur verbilligt an die Kosmetik- und Pharmaindustrie abzugeben, sondern stärker subventioniert in Autotanks zu liefern. Die Stützungskosten würden verschleiert. In den nationalen Etats würden sie nicht ausgewiesen, geschweige denn mit Brüsseler Ausgaben zusammengerechnet.

Nach AgV-Angaben ist das Weindestillat mindestens zehnmal so teuer wie normaler Industriessprit. Der Weinverbrauch in der EG gehe zurück, doch werde die Produktion mit Subventionen gesteigert, so daß sich die Marktorientierung seit 1980 verkehrt hätten. Dürften die Erzeuger früher selbst über die Verwendung entscheiden, so haben die Agrarminister inzwischen die zwangswise Weindestillation angeordnet. Winzern drohen empfindliche Geldstrafen, wenn sie „diese Perversität nicht mitmachen“.

Das Argument, es gelte die Einkommen der Winzer zu sichern, sei „schief und unhaltbar“. Die Hilfen seien umsatzgebunden, so daß Großbetriebe den Löwenanteil kassierten und für einkommensschwache Kleinwinzer wenig übrig bleibe.

AUF EIN WORT



„Wir sind keine Kernkraftfreaks. Das Bessere war immer der Feind des Guten. Wir können allerdings erst umsteigen, wenn wir wissen wohin. Von der Verheißung oder Hoffnung allein kann unsere Volkswirtschaft nicht leben.“

Dr. Jochen Holzer, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bayernwerke AG, München. FOTO: DIE WELT

Bildung der Gaspreise ist kein Mißbrauch

sas. Bonn

Aus der zeitverzögerten Anpassung der Erdgas- an die Heizölpreise können keine Schlüsse auf eine mißbräuchliche Ausnutzung der Marktstellung der Ortsgasunternehmen zu Lasten der Verbraucher gezogen werden. Diese Auffassung der Bundesregierung hat der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner, auf eine Frage des CSU-Bundestagsabgeordneten Eduard Lintner schriftlich dargelegt.

Die Unterschiede bei der Preisentwicklung für leichtes Heizöl und Erdgas beruhen vielmehr darauf, daß leichtes Heizöl zu Tagesnotierungen verkauft werde, während die Gasbezugspreise bisher halbjährlich - und in Zukunft in der Regel vierteljährlich - an die Heizölpreiseindexierung angepaßt würden. Die entscheidende Preisentwicklung beim Erdgas in der Größenordnung von rund 30 Prozent sei zum 1. Oktober, also vor Beginn der Heizungsperiode, erfolgt.

Die Bundesregierung zieht nach Grüners Ausführungen auch nicht die Wiedereinführung der staatlichen Preisaufsicht in Erwägung. Der Preisgestaltung der Gasversorgungsunternehmen seien Grenzen gesetzt, da sie bei der Gewinnung von Neukunden im Wettbewerb mit dem Heizölhandel stünden. Allerdings stellten die hohen Kosten, mit denen die Umstellung von einer Heizenergie auf die andere nach Einrichtung der Heizungsanlage verbunden seien, eine gewisse Hemmschwelle für die Substitution untereinander dar, räumte Grüner ein.

Mit Vernunft

Fy. - Wenn die privaten Krankenversicherer in diesem Jahr tatsächlich ihre Leistungsausgaben nur um fünf Prozent steigern müssen, ist das ein großer Erfolg. Nicht, weil sie damit ein Quentchen „besser“ sind als ihre Wettbewerber, die Kassen der Gesetzlichen Krankenversicherung. Nein, sie können darauf verweisen, daß sie nicht etwa gegen, sondern mit ihren Versicherten der weiteren Kostenexplosion im Gesundheitswesen Paroli bieten. Sicher, fünf Prozent sind auch in Zeiten allenthalben stabiler Preise noch eine beachtliche Steigerungsrate, doch ist es undenkbar, auch diesen Satz ohne die Mithilfe der Versicherten zu halten.

Die privaten Krankenversicherer haben in den letzten Jahren mit zunehmender Konsequenz das Instrument der Selbstbeteiligung der Versicherten an den entstandenen Kosten und die Beitragsrückerstat-

tung an die Versicherten eingesetzt. Dazu mußte von Seiten der Unternehmen viel Überzeugungskraft eingesetzt werden. Gesundheitsbewußtsein gestärkt, kostenbewußtes Denken nachgerade „implantiert“ werden. Der Erfolg hat nicht lange auf sich warten lassen, obwohl anfangs zahlreiche kritische Stimmen zu vernehmen waren.

Aber kühle Rechner haben schnell erkannt, daß sie zum eigenen Vorteil handeln, wenn sie Klein- und Kleinstrechnungen bei Ärzten und für Arzneien selbst bezahlen. Rund 1,33 Mrd. DM an Beitragsrückerstattung, teils bar ausgezahlt, teils intern verrechnet, flossen an die Versicherten zurück. Gerade dies nutze vor allem den älteren Versicherten, weil diese Rückerstattungen auch immer wieder notwendige Prämienhöhungen mildern. Für jüngere Versicherte gab es sogar Beitragsenkungen. Auch dies ist ein Argument, das die „Privaten“ immer attraktiver macht.

Nichts ohne die Länder

Von HEINZ HECK

Seit Monaten werden in Bonn die „Hausnummern“ für die Große Steuerreform gehandelt. Sie reichen - je nach Ehrgeiz des betreffenden Politikers - bis zu 50 Milliarden Mark Brutto- und 25 Milliarden Nettoentlastung. Abgesehen von Bayern beteiligen sich dagegen zumindest die unionsregierten Länder nicht an dem Spiel. „Wer bietet mehr?“, während die SPD-regierten, wie schon bei der Steuerreform 1986/88, jeden Einnahmeverzicht ablehnen.

Die Bundesregierung, deren prominente Mitglieder sich in dieser zentralen Frage der nächsten Legislatur schon sehr weit festgelegt haben, braucht aber zur Durchsetzung die Ländermehrheit.

Wird die jetzige Regierung im Januar bestätigt, so soll in den folgenden Koalitionsverhandlungen das Steuerreformkonzept sehr detailliert ausgearbeitet werden. Bonn tut gut daran, sich auch bei den unionsregierten Ländern zu versichern. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat wird jede Stimme gebraucht. Das macht jede Stimme mächtig.

Bei jedem Steuergesetz, das - wie die geplante Lohn- und Einkommensteuerreform - Bund und Länder betrifft, werden wie im Brennpunkt alle Forderungen und Argumentationslinien der Gebietskörperschaften gebündelt. Jede Seite trägt ihre Klagen vor, um die Einnahmeverluste in Grenzen zu halten. Der Bund verweist - und das tut Finanzminister Stoltenberg vorsorglich schon jetzt - auf die wachsenden EG-Belastungen und auf die dauerhaft niedrigere Zunahme der Steuereinnahmen des Bundes im Vergleich zu der der Länder und Gemeinden.

Dazu zwei Zahlen: Der Bund erwartet 1986 eine Zunahme um 2,5 Prozent; dagegen rechnen die Steuerschätzer für die Länder mit 6,1 und die Gemeinden mit 4,6 Prozent. Dies ist kein Einzelfall, wie der Umstand zeigt, daß der Anteil des Bundes am Steuerkuchen langfristig zurückgeht: Von 1982 mit 48,4 Prozent auf schätzungsweise gut 45 Prozent 1990 (darin ist der künftige Aderlaß an die EG nicht einmal berücksichtigt). Drei Prozentpunkte entsprechen 1990 mehr als 16 Milliarden Mark.

Doch auch die Länder sammeln ihre Munition: An der Spitze steht immer der Hinweis, daß Länder und Gemeinden bei jeder Lohn- und Einkommensteuersenkung mit 42,5 und 15, also 57,5 Prozent dabei sind, während der Bund mit 42,5 Prozent weniger hart getroffen werde. Dies ist zwar nur natürlich, da sie in diesem Verhältnis an den Einnahmen partizipieren. Doch ist dieser Hinweis offenbar vorzüglich geeignet, eine 50:50-Regelung ins Spiel zu bringen, wie bei der letzten Steuersenkung mit Erfolg praktiziert: Die Ländermehrheit akzeptierte von der geplanten Nettoentlastung von rund 20 nur die angemessene Beteiligung an 17 Milliarden und überließ die restlichen 3 Milliarden allein dem Bund, der sich bereits weit aus dem Fenster gelehnt hatte. Das führte im Ergebnis dazu, daß jetzt wie zufällig jeweils rund 10 Milliarden an jeder Seite hängenblieben.

Schwerer wiegt das Argument der Länder, der Bund hole Steuerausfälle über die Erhöhung nur ihm zuzurechnender Verbrauchsteuern herein - eine Möglichkeit, die den Ländern verweigert sei. Bonner Äußerungen bestätigen solche Absichten. Hinzu kommt immer wieder der Hinweis auf die fabelhaften Bundesbankgewinne, die allein der Bund kassiert.

So viel zum Vorgeplänkel, das den Verhandlungen voraussetzt, an deren Ende eine deutliche Steuerentlastung stehen muß. Zur Ausgestaltung wollen die Länder natürlich auch noch ein Wort mitreden. Entscheidend aber ist: Diese Bundesregierung ist mit ihrer Steuerreform im Wort, wenn sie im Januar bestätigt wird. Das stärkt ihre Position keineswegs.

Die Verhandlungen werden auch nicht leichter dadurch, daß gleich zu Beginn noch der Brocken des Karlsruher Urteils über den Finanzausgleich von Bund und Ländern aus dem Weg zu räumen ist. Dies um so mehr, als die Meinungsverschiedenheiten zwischen den unionsregierten Ländern im Vordergrund stehen.

Es liegt auf der Hand, daß zum Beispiel ein von der Neuregelung finanziell getroffenes Niedersachsen auch bei einer Steuerreform nicht spendierfreudig ist. Andererseits wird der bisherige Hauptzähler im Länderfinanzausgleich, Baden-Württemberg, kaum entlastet, wenn überhaupt. Und Bayern wird künftig dreistelliger Millionenbeträge aus den Bundesergänzungszuweisungen entzogen müssen.

Alles in allem: Bis die Steuerreform im Gesetzblatt steht, wird Stoltenberg sein ganzes Verhandlungsgeschick aufbieten müssen. Denn die Auseinandersetzung mit den Ländern ist keineswegs die einzige, die ihm bevorsteht.

BAUME & MERCIER
GENEVE

BAUME & MERCIER GmbH - Postfach 10 02 65/W
6050 Offenbach/M. 1



Weltmeister und 18 Karat Gold. Extra-Schnelles Quarzwerk mit Datum. Wasserdicht bis 30 Meter. Modelle in drei Größen.



Herrnuhr in poliertem 18 Karat Gold oder in Stahl/Platz. Kalendermonat, Datum und Mondphasen. Mechanisches Uhrwerk von höchster Präzision.



Handgeriebene Golduhr. Damen- und Herrenmodell. Wasserdicht, extra-schnelles Quarzwerk.

Scheich fühlt sich hereingelegt

Beim Esch-Prozess muß Richter Unkrich die Wogen glätten

INGE ADHAM, Koblenz

Scheich Saleh A. Kamel, der zur Zeit im Koblenzer Prozess gegen den IBH-Gründer Horst Dieter Esch als Zeuge vernommen wird, zeigte neben viel Geduld auch Empfindlichkeit. Die Äußerung von Ferdinand Graf Galen, der bereits vorher als Zeuge gehört worden war, der Scheich habe wohl seine Hausaufgaben nicht immer gemacht, veranlaßte ihn zu dem Einwurf, „ich säße jetzt nicht hier, wenn Galen seine Hausaufgaben so

um geht, bestimmte Briefwechsel zu zitieren.

Klar herausgestellt hat sich aus der Befragung des Scheichs durch den Richter bisher jedenfalls, daß er damals Esch blind vertraute und darüber hinaus durch die renommierten sonstigen Adressen im Aktionärskreis der IBH sich sicher fühlte. Ihm war, als er das Engagement einging, völlig klar, daß er sich an einem Unternehmen mit Verlusten beteiligte. „Ich investierte in die Zukunft“, betonte der Scheich, der übrigens auch gegen die Wirtschaftsprüfer Coopers und Lybrand klagt, von denen er sich vor Beginn seines Engagements bei der IBH schlecht beraten fühlte.

Der Scheich fühlt sich offensichtlich rundherum hereingelegt. Das wird aus seinen Aussagen deutlich und veranlaßt den Richter, darauf hinzuweisen, daß es in dem Koblenzer Prozess um das individuelle Versagen von Horst Dieter Esch gehe. Der Scheich: „Aber es hat alles mit Herrn Esch angefangen.“ Im übrigen besteht er darauf, daß mit ihm bereits 1982 in Riad über eine Börsenzulassung der IBH in etwa zwei bis drei Jahren gesprochen worden sei.

Über die Verwendung des Geldes, das Saleh bei den Kapitalerhöhungen einschoß, habe er aber mit Esch nicht gesprochen. Er sei jedoch sicher gewesen, daß es zum Abbau von Bankverbindlichkeiten genutzt würde und nicht, um Schulden an General Motors und andere zurückzahlen. Obnehin sei er davon ausgegangen, daß auch die anderen Beteiligten ihre Gelder für die Kapitalerhöhungen beizubringen. In einem einschlägigen Briefwechsel ist das Wort „cash“ zwar nicht erwähnt, aber so der Scheich, das Wort „Bank“. Und wie wollen sie bitte ihre Sacheinlage zur Bank bringen?“, fragt der Scheich an den Richterisch gewandt.

wie ich gemacht hätte. Bevor die Wogen zwischen allen Beteiligten hochgingen, glättete Richter Unkrich.

Der vorsitzende Richter in der 10. Koblenzer Strafkammer braucht Geduld. Zwar zeigt der Scheich, der sich um rund 300 Mill. DM betrogen fühlt und in Begleitung seines deutschen Anwaltes als Zeuge bis Ende dieser Woche zur Verfügung steht, viel guten Willen. Doch immer wieder erschwert die Übersetzung, teils aus dem Arabischen, teils aus dem Englischen, das Verständnis. Die ungeheuren Aktenberge, die dem Gericht vorliegen, tun ein Übriges, wenn es dar-

„Plan Austral“ vor der Bewährungsprobe

Neue Kraftprobe: Arbeiterverband mit siebtem Generalstreik gegen Alfonsin-Regierung

WERNER THOMAS, Buenos Aires

Eine neue Kraftprobe steht bevor. Der „Allgemeine Arbeiterverband“ (CGT) veranstaltet morgen seinen siebten Generalstreik gegen die Alfonsin-Regierung. Der CGT-Führer Raul Urbalini und seine Spitzenfunktionäre brauchen dringend ein Erfolgserlebnis: Sie können sonst in die Defensive geraten, ausgerechnet von einem zieleitenden Präsidenten.

Im Mittelpunkt des Konfliktes steht der „Plan Austral“, das im Juni vergangenen Jahres verkündete Stabilisierungskonzept, mit dem Raul Alfonsin das Schicksal seiner Regierung verbindet. Er will den eingeschlagenen Weg der strikten Lohn- und Preiskontrollen fortsetzen und vertraut seinem Mitarbeiterstab, allen voran Wirtschaftsminister Jean Vital Sourrouille (45) trotz einiger Rückschläge. Der CGT erklärt dagegen die Wirtschaftspolitik für gescheitert und fordert radikale Kurskorrekturen. Zurück zu populistischen Maßnahmen, ein einseitiges Schuldenmoratorium, ein Bruch mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

Der „Plan Austral“ dominiert die Diskussionen in Buenos Aires. Die Leute streiten sich darüber, ob das Programm tot ist, in den letzten Zügen liegt oder nach einer kurzen Krise zu neuem Leben erweckt werden könnte. Persönliche Erfahrungen bestimmen den Standpunkt.

Viele Argentinier klagen Teufelskreis Inflation

Die Löhne und Gehälter seien zu niedrig im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten. Argentinien gehört heute zu den teuersten Ländern Lateinamerikas. Ein Arbeiter verdient etwa 250 Australes im Monat, ungefähr

500 Mark. Viele Arbeiter haben zwei Jobs.

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten treibt der Staat aber nicht mehr im Teufelskreis der Inflation. Als der Harvard-Absolvent Sourrouille und seine Equipe vor 16 Monaten die „Schocktherapie“ verordneten, näherte sich die jährliche Inflationsrate der 2000-Prozent-Marke. In diesem Jahr werden zwischen 70 und 100 Prozent erwartet, die Schätzungen gehen auseinander.

Einigkeit herrscht darüber, daß der „Plan Austral“ zwischen April und Juni ins Schlingern kam, weil die Regierung allzu großzügige Lohn- und Preiserhöhungen tolerierte. Zudem verstieß sie gegen das heilige Versprechen, die Inflation nicht mehr durch ungedeckte Geldschöpfung anzukurbeln.

Die Hauptschuld trug der ehemalige Zentralbankpräsident Alfredo

Concepcion, ein Sourrouille-Rival, der im September nach einem zähen Machtkampf zum Rücktritt gezwungen wurde. Mit José Luis Machinea als Concepcion-Nachfolger herrscht Einigkeit unter den Wirtschaftsstrategen. Sourrouille verfolgt die Devise: Erst Stabilität, dann Wachstum.

Dennoch konnte die argentinische Wirtschaft schneller als erwartet die Rezessionsphase überwinden. Auf Grund offizieller Statistiken wuchs das Bruttoinlandsprodukt zwischen Oktober 1985 und Juni 1986 um 8,3 Prozent. Die Wachstumsrate in dem zweiten Quartal dieses Jahres betrug 5,7 Prozent. Der ehemalige Wirtschaftsminister Roberto Alemann glaubt, daß dieses Jahr mit sechs Prozent abschließt. „Fast schon zuviel“, sagte er der WELT. Wichtig sei nun jedoch, daß Sourrouille die monatlichen Inflationsraten von sechs bis sieben Prozent auf zwei bis drei Prozent zurückschrauben könne. Die

Zeitung „La Nación“ urteilt ähnlich: „Der Oktober ist ein entscheidender Monat.“ Eine Inflationsrate von weniger als vier Prozent wäre als Erfolg zu werten.

Staatsbetriebe mit Verlust Weiterhin Subventionen

Die meisten staatlichen Betriebe erwirtschaften nach wie vor immense Verluste. Die Eisenbahngesellschaft „Ferrocarriles Argentinos“ belastet den Haushalt mit einem Defizit von einer Milliarde Dollar pro Jahr. Der Ölkonzern „Yacimientos Petroliferos Fiscales“ (YPF) kostet 600 Millionen Dollar jährlich. Man hat zwar bisher 30 000 von drei Millionen Staatsbeamten entlassen, ein halbes Dutzend der 360 staatlichen Betriebe privatisiert und das Budgetdefizit von 15 Prozent (1984) auf 3,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes reduziert. Andere Mühlen mahlen jedoch langsam. Die Regierung schützt die ineffiziente Privatindustrie weiter mit Subventionen und hohen Zöllen gegen die ausländische Konkurrenz. Argentinien ist nach Brasilien und Mexiko das größte Schuldnerland Lateinamerikas (82 Mrd. Dollar, 4,8 Mrd. Dollar Zinsen pro Jahr).

Raul Alfonsin kann jedoch dem siebten Generalstreik des „Allgemeinen Arbeiterverbandes“ gelassen entgegensehen: Noch sind die meisten Argentinier nicht bereit, alle Hoffnungen aufzugeben und den Konfrontationskurs Urbalini und seiner CGT zu unterstützen. Allerdings, das haben jüngste Meinungsumfragen ergeben, vertrauen nur noch 48 Prozent dem umstrittenen Stabilisierungsprogramm. Vor einem Jahr wußte der Präsident 74 Prozent der Bevölkerung auf seiner Seite.

Die EG-Kommission ist nicht zufrieden

DW, Bonn

Mit einem Wirtschaftswachstum von rund 2,5 Prozent und einem geringfügigen Rückgang der Arbeitslosenquote auf knapp unter zwölf Prozent rechnet die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in einem Vorabgespräch zum Jahreswirtschaftsbericht 1986/87, den sie in der nächsten Woche verabschieden soll. Vor einem Jahr hatte die Kommission für 1986 noch ein Wachstum von mehr als drei Prozent prognostiziert. Pessimistisch zu beurteilen sei auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Das Ziel, die Arbeitslosenquote bis 1990 auf sieben Prozent zu senken, könne bei gleicher Entwicklung wie in diesem Jahr nicht erreicht werden. Befragt wurde die Forderung nach einer „Gemeinschaftsstrategie“, die sowohl auf einer maßvollen Reallohnkürzung wie auf durch verstärkte Inlandsnachfrage zu erzielende Wachstumsimpulse beruhe.

Außenhandelschere wird immer größer

AFP, Washington

Auf die zunehmenden Ungleichgewichte im Außenhandel der wichtigsten Industriestaaten, wies der Internationale Währungsfonds in der jüngsten Ausgabe seiner „Internationalen Finanzstatistik“ hin. Das US-Handelsbilanzdefizit wächst weiter. Es stieg in diesem Halbjahr auf inzwischen 83,9 Mrd. Dollar im Vergleich zu 69,3 Mrd. Dollar im Vorjahr.

Entgegengesetzt verlief die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan. Der Überschuss in der Handelsbilanz betrug für Japan 34,4 Mrd. Dollar gegenüber 17,8 Mrd. im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In der Bundesrepublik errechnete sich ein Plus von 22 Mrd. Dollar (10,2 Mrd. im ersten Halbjahr 1985). Frankreich verzeichnet ein Handelsbilanzdefizit von 3,6 Mrd. Dollar, konnte dieses aber um 300 Mill. Dollar auf 3,3 Mrd. Dollar im ersten Halbjahr 1986 verringern.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Frankfurter Geldmarkt

Frankfurt (VWD) – Auf einem ergebnisreichen Geldmarkt lagen auch gestern die Tagesgeldzinsen wieder bei 4,1 bis 4,2 Prozent. Auch die Termingesätze werden mit unverändert 4,5 bis 4,6 Prozent für ein, zwei, drei Monate, 4,5 bis 4,6 Prozent für sechs Monate und 4,5 bis 4,7 Prozent für ein Jahr genannt.

Avis-Europe ausgegliedert

London (VWD) – Sir John Bredbridge, früherer Finanzminister Hongkongs und ehemaliger Chairman von Cathay Pacific Airways, ist zum neuen Chairman von Avis Europe ernannt worden, die noch in diesem Monat von der amerikanischen Mutter Avis Inc. abgespalten wird. Zu diesem Zweck werden 65 Prozent von Avis Europe zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Es wird mit einem Erlös von knapp 200 Mill. Pfund gerechnet. Die Mietwagenfirma Avis war in diesem Jahr von Westray Capital Corp. für 250 Mill. Dollar von Beatrice Cos erworben worden.

Gebot für BankAmerica

San Francisco (VWD) – BankAmerica Corp. hat von der First Interstate Bancorp einen Fusionsvorschlag (in Form eines Aktienwechsels) unterbreitet bekommen, dessen Wert auf etwa 2,78 Mrd. Dollar oder 18 Dollar je Aktie geschätzt wird.

Neuer Entwicklungschef

Detroit (VWD) – Der Board of Directors von General Motors Corp. hat Charles M. Jordan zum Vizepräsidenten und neuen Entwicklungschef, verantwortlich für das Karoseriendesign, des Unternehmens ernannt.

IBM wehrt sich gegen Clones

Der Computerriese sichert sich das „Intel“-Know-how

lokt. Bonn
IBM, der Welt größter Computerhersteller, und der Chip-Hersteller Intel haben einen Vertrag über den Austausch von Computertechnologie unterzeichnet. Die Kooperation ist britischen und amerikanischen Zeitungen zufolge, im Zusammenhang mit zunehmenden „Klonen“ (Kopien) auf dem Personal-Computer-Markt zu sehen.

Da der Halbleiterhersteller Intel als einer der wichtigsten Zulieferer von IBM auch andere Firmen beliefert, hat IBM Schwierigkeiten, gegen die Firmen anzukämpfen, die das IBM-Originalgeräten anhand der auf dem freien Markt erhältlichen Teile nachbauen, auf dem PC-Markt feilschen und IBM dadurch Marktanteile streifen.

Gegenüber der WELT erklärte ein IBM-Sprecher, der Vertrag sei nicht gegen diese Firmen gerichtet. Vielmehr sei IBM lediglich an der Halbleitertechnologie von Intel interessiert. Durch den Kooperationsvertrag

erhoffe sich das Unternehmen große Vorteile, da es sich den Zugang zum gesamten Intel-Know-how gesichert habe.

Wie der Sprecher weiter ausführte, sei der Vertrag nicht exklusiv, und die beiden Firmen hätten das Recht, die Derivate, die der Partner anhand des Know-hows des anderen herstellt, selbst zu vermarkten.

Doch stärkt der Vertrag die schon exponierte Stellung von IBM bei Intel. Der Branchenriesen erhält 20 Prozent aller Intel-Lieferungen und ist mit rund einem Fünftel bei Intel beteiligt.

Der in Silicon Valley beheimateten Intel wird durch den Vertrag die Möglichkeit eingeräumt, über das IBM-Wissen mittelfristig in den wachstumsstarken „semi-custom“-Markt einzusteigen. Die „semi-custom“-Chips sollen in den neunziger Jahren etwa ein Viertel des gesamten Chip-Marktes, circa 15 Mrd. DM jährlich ausmachen.

Internationale Finanzen

Tokio: Das japanische Finanzministerium stellte gestern zweijährige Regierungsanleihen im Volumen von 200 Mrd. Yen zum Verkauf. Der Kupon beträgt 4,3 Prozent. Fälligkeit: 30. Oktober 1988. Mit Optionschein: Nippon Paint legt eine Anleihe über 50 Mill. Dollar mit Warrants auf. Die Emission wird am 30. Oktober 1991 fällig. Dollar-Emission: Die 150-Mill.-Dollar-Schuldverschreibung der Exxon Shipping mit Fälligkeit 15. Oktober 1993 kommen mit einem Kupon von 7,5 Prozent und einem Ausgabekurs von 99,7 Prozent auf den Markt.

Commodity futures: Der US-Senat hat ein Gesetz, das die Handelsvollmacht der CFTC um weitere fünf Jahre verlängert, gebilligt.

Eine Bill. Yen: Über diesen Betrag will die japanische Regierung zur Deckung der zu erwartenden Steuerausfälle eine Anleihe begeben.

Ternis-Markt: An der International Petroleum Exchange wurde gestern der Handel in neuen Benzin- und Schweröl-Terminkontrakten aufgenommen.

Australien: Die Broken Hill Proprietary hat das Volumen ihrer Floating-rate-note-Emission am australischen Kapitalmarkt um zunächst 100 auf 200 Mill. Dollar aufgestockt.

Zulassung: Die kanadische Royal Trustco hat die Notierung ihrer Stammaktien der Kategorie „A“ an der Tokioter Börse beantragt. Nikko Securities wird die Abwicklung übernehmen.

Ankloer: Bei US-Schatzwechseln ergab sich für die drei- und sechsmonatigen Titel Renditen von 5,08 und 5,13 Prozent. Ekara Corp: Der japanische Pumphersteller hat für die fünfjährigen Eurobonds einen Kupon von 3,75 Prozent indiziert.

378 Mio

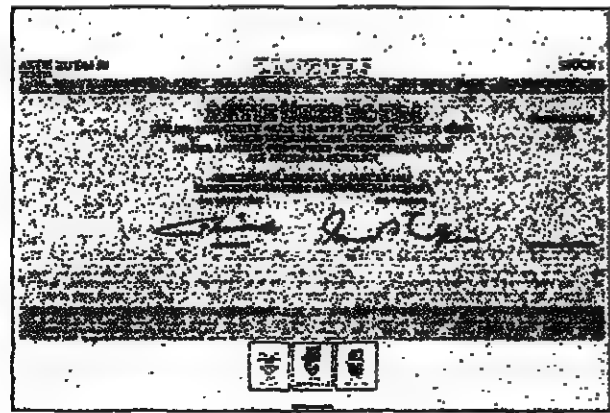
Wer in 10 Jahren 378 Millionen Mark investiert, ist sich seiner Zukunft sicher.

Zanders ist weltweit einer der größten Hersteller von hochwertigen Feinpapieren.

Unsere Produkte werden dort angewandt, wo es gilt, höchste ästhetische Ansprüche zu erfüllen. Bei Büchern und Kalendern, Werbeprospekten und Geschäftsberichten. Bei Verpackungen und Etiketten für viele bekannte Markenartikel. Bei Formularen und Briefbögen.

Die führende Marktposition verdankt Zanders vor allem der konsequenten Unternehmenspolitik, die auf Kontinuität der Entwicklung setzt.

So konnte in den letzten 10 Jahren der Umsatz nahezu verdreifacht werden. 1985 betrug der Umsatz 910 Millionen DM, wobei 250.000 Tonnen Feinpapier abgesetzt wurden. Fast die Hälfte davon ging in den weltweiten Export in über 100 Länder.



Um diese Erfolge weiter auszubauen, investiert Zanders in die Zukunft. In die ständige Weiterbildung der 4.000 Mitarbeiter. In 200 Ausbildungsplätze. In neue Techniken und Maschinen. In bestehende und neue Märkte. In neue Chancen und Möglichkeiten.

Dafür haben wir in den letzten 10 Jahren 378 Millionen DM investiert. Als Investition in die Zukunft werden es 1986 weitere 100 Millionen DM sein.

ZANDERS

Weltweit der Name für Feinpapier.

Auslandsbaumarkt in leichtem Aufwind

Ölexporture investieren deutlich weniger – China wird zum Magnet für Baufirmen

BRUNO HAKE, Wiesbaden
Um 1,4 Prozent auf 82 Mrd. Dollar gestiegen ist das Auftragsvolumen der 250 führenden Auslandsbaufirmen im letzten Jahr. Seinen Gipfel hatte es 1981 mit 130 Mrd. Dollar erreicht, danach hatte eine Talfahrt eingesetzt. Allerdings bedeutet der beschriebene Aufwärtstrend nicht, daß sich alle dunklen Wolken über dem Auslandsbaumarkt verzogen haben.

Bei den Ölexportländern führt der Ölpreisverfall seit diesem Jahr zu spürbaren Kürzungen bei den eigenen Investitionen und bei den Finanzhilfen für Entwicklungsländer.

Der Markt befindet sich, wie aus einer Befragung der „International Construction Week“, des führenden Objektinformationsdienstes der Branche, hervorgeht, überdes in einer geografischen Umstrukturierung. In Afrika und Lateinamerika stieg der Auftragseingang um jeweils 22 Prozent, im Mittleren Osten um 19 Prozent zurück. Zum Magnet für auftragshungrige Auslandsbaufirmen entwickelte sich China. Dennoch hält der Mittlere Osten mit 26 Prozent des gesamten Auftragsvo-

lums weiterhin seine Spitzenstellung, es folgen Asien (22 Prozent), Afrika (19 Prozent), Nordamerika und Europa (je zwölf Prozent) und Lateinamerika (acht Prozent).

Der internationale Markt für Verwaltungsbauten, Krankenhäuser, Flughäfen, Straßen, Dämme, Brücken, Kraftwerke und Industrieanlagen zeichnet sich durch eine auffallende Konzentration aus: Zehn Firmen vereinigen 36 Prozent aller Aufträge auf sich, den Rest teilen sich rund 240 andere führende „International Contractors“. Unter den zehn größten sind fünf amerikanische Firmen. Auch Philip Holzmann, Frankfurt, wird dieser Gruppe zugerechnet. Bei der Gesamtgruppe sind die Deutschen mit 14 Unternehmen (sieben Prozent des Auftragsvolumens) relativ schwach vertreten, verglichen mit 43 amerikanischen (35 Prozent), 39 japanischen (14 Prozent), 28 italienischen (neun Prozent), 18 französischen (acht Prozent), 17 koreanischen (sechs Prozent), 16 englischen (sieben Prozent) und neun holländischen Generalunternehmern. Seit 1981 haben sich hier die Japaner von Platz 6 auf

Platz 2 vorarbeiten können. Zugute kam ihnen dabei die Unterstützung der japanischen Banken. Eine günstige Finanzierung spielt heute bei der Auftragsvergabe die größte Rolle.

Regional scheinen die einzelnen Nationalitäten Präferenzen zu haben: Die Amerikaner engagieren sich hauptsächlich im Mittleren Osten und Asien, Japaner sind in Asien und Nordamerika vertreten, die Italiener im Mittleren Osten und Lateinamerika, die Franzosen in Afrika und Nordamerika. Die deutschen Unternehmen erzielen neue Aufträge hauptsächlich in den USA (37 Prozent) und im Mittleren Osten, in Asien, Afrika und Europa einschließlich Ostblock (je 15 Prozent).

Vom größten Auslandsbaumarkt, Saudi-Arabien, haben sich viele Firmen zurückziehen müssen: 1983 arbeiteten dort noch 142, 1985 waren es nur noch 119.

Der harte Wettbewerb hinterläßt Spuren: Die Gewinnmarge ging bei den befragten Firmen von 7,4 Prozent im Jahre 1984 auf 5,4 Prozent nur ein Jahr später zurück.

„Atempause beim Umsatz“

Noch keine lebhaftere Nachfrage in Schleswig-Holstein

geo. Kiel
Der designierte Präsident des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände, Klaus Murrmann, hat an die Unternehmen in der Bundesrepublik appelliert, mehr Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen. Unter Hinweis auf eine Studie der Unternehmensberatungsgesellschaft McKinsey (WELT vom 7. 10.) meinte Murrmann, daß in diesem Bereich ein großes Potential zur Senkung der Arbeitslosigkeit liege. Optimistisch äußerte er sich zur Zahl der Arbeitslosen im nächsten Jahr. Sie werde eindeutig unter zwei Millionen liegen.

Kritisch setzte sich Murrmann mit dem Verhältnis der D-Mark zu den anderen EG-Währungen auseinander. Da die D-Mark immer stärker zu werden drohe, sei ein Revirement Ende des nächsten Jahres nicht auszuschließen. Murrmann, der ein politisches Interesse in der EG an einer Änderung der Währungsrelation der

zeit verneinte, meinte: „Die Kräfte des Marktes könnten dazu führen, daß der Druck auf die D-Mark immer stärker wird.“

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Vereinigung schleswig-holsteinischer Unternehmensverbände nahm Murrmann auch zur wirtschaftlichen Situation des nördlichsten Bundeslandes Stellung. Gestützt auf Ergebnisse einer Umfrage bei 110 Unternehmen mit etwa 50 000 Beschäftigten sprach Murrmann von einer „Atempause beim Umsatz“. Gegenüber dem Vorjahr sei der Umsatz aufgrund eines „Abkippens des Auslandsgeschäftes“ nur um 0,5 Prozent auf 11 Mrd. DM gewachsen. Ein weiterer Grund für die geringe Umsatzsteigerung ist die Binnenmarktschwäche, die in Schleswig-Holstein noch nicht Platz gegriffen hat. Einen erheblichen Schub erlebte das Investitionsvolumen, das 1986 mit 555 Mill. DM um 23 Prozent über dem Vorjahr liegt.

Roßkur im Feinkostprogramm

Appel & Frenzel stehen wieder auf festen Füßen

J.G. Düsseldorf
Das Stammpersonal habe man mit 4,6 Mill. DM Sozialplanaufwand auf 500 Leute halbiert, die Artikelzahl um ein Drittel auf 428 reduziert, darin bereits 40 neue Produkte, die erstmals 1986 vorgestellt wurden. Nicht nur so illustriert der beim traditionsreichen Feinkosthersteller Appel & Frenzel GmbH, Düsseldorf, im November 1984 als Nothelfer zum Geschäftsführer berufene Unternehmensberater Peter Bühring-Uhlke den Wiederaufstieg des auf schwierigem Markt (in verschwiegenen hohen Vertriebsgeräten Familienunternehmen) mit dem 1985 um ein Zehntel auf 170 Mill. DM gesunkenen Umsatz habe man bereits wieder Gewinn gemacht. Das setzte sich 1986 bei einem bis August um acht Prozent erhöhten Umsatz noch deutlicher fort.

Das Unternehmen, 1975 aus der Fusion der Familienfirmen Appel (1879 gegründet) und Frenzel (1903 gegründet) für einen schon damals schwierig gewordenen Markt entstanden, gehört mit 30 Mill. DM Stammkapital je zur Hälfte der Dortmunder Reine-

Familienstiftung und der Familie Wiegmann. Die 1985er Umsatzaufteilung unterstreicht die nach der Straffung immer noch breite Sortimentspalette: je 30 Mill. DM mit Fischkonserven und dem in „Marktführerschaft“ angebotenen „Düsseldorfer Löwenstern“ (auch der Exportstapler), 70 Mill. DM mit Feinkostwaren, 20 Mill. DM mit „Feinkostartikel“ und die restlichen 20 Mill. DM mit importierten „Weltmarken“ des gleichen Genres für den Deutschland-Vertrieb.

Die Roßkur „Gesundschrimpfen und Rationalisieren“ hatte ihren Schwerpunkt im Betrieb Cuxhaven, wo die Marinadenproduktion aufgegeben und zugleich die „wohl modernste“ Fabrik für Fischkonserven aufgebaut wurde – was der Geschäftsführer als klare Unternehmensentscheidung gegen gekühlte Fischkonserven hervorhebt. Mit gleichem Modernitätsanspruch sollen die übrigen Betriebe der Firma bis 1988 aufgestellt werden, was insgesamt einen zweistelligen Millionenbetrag erfordern werde.

Die AEG fühlt sich für die Zukunft gut gerüstet

Vorstandschef Dürr rechnet mit fünf Prozent Umsatzplus – Ausschüttung einer Dividende vor 1988 kein Thema

DOMINIK SCHMIDT, Belecke
Mit einem Anstieg des Konzernumsatzes um vier bis fünf Prozent und einem gegenüber dem Vorjahr verbesserten Ergebnis (1985 rund 100 Mill. DM) rechnet Heinz Dürr, Vorstandsvorsitzender der AEG, Berlin/Frankfurt, im Geschäftsjahr 1986. Die alles in allem zufriedenstellende Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf wird allerdings nicht zu einem Umdenken in Sachen Gewinnverwendung führen.

Für Dürr hat die innere Stärkung absolute Priorität. Über die Ausschüttung einer Dividende werden wir frühestens 1988 nachdenken. Immerhin befindet sich die AEG „auf einem guten Weg“, resümierte Dürr. Die Zukunftsaussichten seien positiv, wenngleich einige noch bestehende Schwachstellen beseitigt werden müßten.

In den ersten acht Monaten lag der

Konzernumsatz mit 6,6 Mrd. DM nur leicht über dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit. Die Ursache dafür sieht Dürr vor allem in den veränderten Währungsparitäten. Bei AEG Kabel schlug sich ferner der Rückgang der Kupferpreise in Form von Bestandsabwertungen nieder. Deutliche Zuwachsraten verzeichneten die Unternehmensbereiche Komponenten (11 Prozent), Serienprodukte (6 Prozent) und Hausgeräte (7 Prozent). Die Abrechnung von Aufträgen im Anlagegeschäft erfolge jeweils erst zum Jahresende, lasse sich also noch nicht spezifizieren.

Die Entwicklung auch bei AEG wird nachhaltig vom Anziehen des Inlandsgeschäfts geprägt. Besonders deutlich wird dies beim Auftragseingang, der bis August um 13 Prozent auf 8 Mrd. DM gestiegen ist. Der Zuwachs resultiert ausschließlich aus Aufträgen für den Inlandskonzern

(plus 20 Prozent). Daran dürfte sich auch bis zum Jahresende nicht viel ändern, meinte Dürr.

Künftig steigen (um gut 30 Prozent auf rund 500 Mill. DM) werden 1986 die Investitionen in Sachanlagen. Schwerpunkte sind dabei die Bereiche Hochfrequenztechnik, Serienprodukte, AEG Kabel und Komponenten. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung werden gleichfalls erhöht und etwa acht Prozent vom Umsatz betragen.

Der Anstieg der Mitarbeiter um 3960 auf weltweit 77 700 Beschäftigte ist vor allem auf die Einbeziehung der AEG Elektrowerkzeuge GmbH, der Feinmechanischen Werke Mainz und der US-Firma Modcomp zurückzuführen. Aber auch in den eigenen Werken wurden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Ein Beispiel dafür ist das AEG-Werk in Belecke (Sauerland), das un-

ter anderem auf dem Gebiet der Elektrofotografie tätig ist und weltweit Kopiergerätehersteller mit Kopiertrömmeln beliefert. Weitere Fertigungsschwerpunkte in Belecke sind Stromversorgungsgeräte und -systeme sowie Leistungshalbleiter. Das Werk beschäftigt inzwischen 1400 Mitarbeiter und erzielte 1985 einen Umsatz von 230 Mill. DM. Konzerninterne Lieferungen haben daran einen Anteil von 15 Prozent.

Vor allem in den Wachstumsbereichen Elektrofotografie und Leistungshalbleiter sind die F+E-Aufwendungen überdurchschnittlich hoch. Innerhalb des Konzerns wird der Forschung nach den Worten Dürrs größte Aufmerksamkeit beigemessen. Die drei AEG-Forschungsinstitute in Frankfurt, Berlin und Ulm mit 550 Mitarbeitern arbeiten eng mit Universitäten und anderen Instituten zusammen.

Olympia wird „bei Null rumkommen“

dos. Belecke

Die Olympia AG, Wilhelmshaven, wird 1986 nach vielen Verlustjahren mit einem ausgeglichenen Ergebnis abschließen. Eine noch günstigere Entwicklung ist nach den Worten von Heinz Dürr, Vorstandsvorsitzender der Mutter AEG, durch den schwachen Dollarkurs verhindert worden. Dürr ließ aber keinen Zweifel daran, daß der Cash-flow der Büromaschinen-Tochter positiv sein wird. Im vergangenen Jahr hatte Olympia bei einem Umsatz von 1,2 Mrd. DM noch einen Verlust von rund 50 Mill. DM ausgewiesen. In den ersten acht Monaten 1986 hat das Unternehmen im Inland den Umsatz um 3 Prozent steigern können. Das Auslandsgeschäft, das gut 70 Prozent des Gesamtumsatzes ausmacht, litt unter der Dollarschwäche, sagte Dürr. Positiv schlage sich der deutlich gestiegene Anteil der Eigenfertigung bei Olympia nieder. Gerade Mexiko erweise sich jetzt als „hochinteressanter Produktionsstandort“. Die Mitarbeiterzahl von derzeit rund 3500 Beschäftigten soll stabil gehalten werden.

Informationstechnik wächst langsamer

dpa/VWD, Frankfurt

Die Zeiten außergewöhnlicher Zuwachsraten sind in der Informations- und Kommunikationstechnik vorerst vorbei. Die Branche, die ihren Umsatz im 1. Halbjahr 1986 noch um real zwölf Prozent auf 199 Mrd. DM steigerte, kann für das Gesamtjahr ein Plus von etwas über zehn Prozent erwarten. Im Vorjahr wuchs das Geschäft noch um 19 Prozent auf mehr als 36 Mrd. DM. Diese Zahlen nannte gestern Gerd Wigand vom Frankfurter Zentralverband Elektrotechnik und Elektroindustrie (ZVEI). Der Auftragseingang werde in diesem Jahr um etwa fünf Prozent abnehmen, doch könne man von einer Stabilisierung auf hohem Niveau reden. Die Produktion dürfe in der Datenverarbeitung noch um 10 bis 12 (1985: 25,2) Prozent und in der Kommunikationstechnik um 6 bis 8 (20) Prozent zunehmen. Weiter gestiegen ist die Zahl der Beschäftigten. Im Durchschnitt wurden im 1. Halbjahr knapp 207 000 Mitarbeiter beschäftigt, 5,5 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Weinerzeuger für Selbsthilfe

Württembergers Winzer wollen nicht zwangsdestillieren

nl. Weinsberg

Die württembergischen Weinerzeuger wollen nach wie vor ihre etwaige Überproduktion an Wein „in eigener Verantwortung“ bewältigen. Wie Präsident Reinhold Kießling vom Württembergischen Genossenschaftsverband in Weinsberg auf einer Informationsveranstaltung erklärte, setze man in der Region Württemberg – hier wird fast 90 Prozent der Weinerzeugung genossenschaftlich vermarktet – auf die Devise „soviel Markt und Selbsthilfe der Erzeuger wie möglich“.

Dies bedeute, daß man in Württemberg unverändert auf einen Ausstieg aus der Tafelweinordnung der EG, die eine obligatorische Destillation von Tafelwein vorsehe, beharre. In Württemberg sei man sich sicher, beispielsweise mit dem am Markt gut ankommenden eigenen „Landwein“ mögliche Überschüßmengen leicht unterbringen zu können.

Im Zeitraum der Jahre 1980 bis 1984 wurden im Weinbaugebiet Württemberg auf 9089 Hektar Rebfläche im Jahresdurchschnitt 100 Millionen

Liter Wein produziert. Dies entspricht ziemlich genau dem Absatzpotential in der Region, das mit 100 bis 110 Millionen Liter pro Jahr veranschlagt wird.

Auch für den Weinjahrgang 1986 erwartet Kießling eine Erntemenge von rund 100 Millionen Liter Wein gegenüber nur 26,8 Millionen Liter im „trockengeschädigten“ Jahrgang 1985.

Der Qualität des Jahrgangs 1986 komme zugute, daß er deutlich mehr Sonnentage gesehen habe als beispielsweise der als „sonnenverwöhnt“ eingestufte Jahrgang 1983. Verkauft haben die württembergischen Weingärtnergenossenschaften im Wirtschaftsjahr 1985/86 (31. 8.) über 63 (Vorjahr: 90,9) Millionen Liter, das sind rund acht Prozent weniger.

Kießling begründet dies damit, daß verschiedene Rotweinsorten „ausverkauft“ gewesen seien. Wertmäßig habe der Umsatz etwas über dem Vorjahr gelegen. Die Weinpreise werden nach Meinung Kießlings stabil bleiben.

Investitionen im Ausland sind zurückgegangen

Py. Düsseldorf

Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland sind im 1. Halbjahr 1986 von (brutto) 11,3 auf 10,5 Mrd. DM zurückgegangen, wobei die Rückflüsse mit 4,9 Mrd. DM unverändert blieben. Nach einer Übersicht der Westdeutschen Landesbank konzentrierten sich die Investitionen (die netto) 5,6 (6,4) Mrd. DM ausmachten, zunehmend auf Europa (52 nach 37 Prozent).

Anzeige

Jahrgang 1926

Schlagzeilen aus einem Jahr, das unser Jahrhundert prägte:

Hitler drängt auf die Macht – Deutschland wieder im Völkerrund – Fürstenerhebung gescheitert – Millionen suchen Arbeit – Die ersten Hochhäuser – Puccini-Oper „Turandot“ uraufgeführt – Luftfahrt über den Nordpol – Daimler und Benz fusionieren – Bauhaus in Dessau eingeweiht – Berliner feiern Funkturn – Gene Turney schlägt Jack Dempsey – Charleston wird Modetanz.

Fakten, Bilder und Erinnerungen im Jahrgangsband „Chronik 1926“

Weiter Informationen über die Jahrgangsbilder der „Chronik“ (Jahrgang 1926) bei Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Chronik Verlag, Postfach 1915, 4020 Dortmund 1.

zent), während das Interesse an Investitionen in den USA abnahm.

Für die USA ist der Rückgang von 48 auf 31 Prozent der Investitionen zum größten Teil als Reaktion der Investoren auf die Dollaraufwertung in der ersten Hälfte der 80er Jahre zu interpretieren, durch die Exporte in die USA wieder rentabel geworden waren als die Produktion vor Ort. Das bevorzugte Zielgebiet Lateinamerika (31 Prozent) leidet seit Ende 1984 unter zunehmenden wirtschaftlichen Problemen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Versicherungsberatung

Bonn (VWD) – Ein computergestütztes Beratungssystem für Versicherungen, das die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV), Bonn, entwickelt hat, geht jetzt mit den Teilbereichen Private Haftpflichtversicherung und Hausversicherung in die praktische Erprobung. Bis zum Sommer nächsten Jahres werden weitere verbraucherrelevante Versicherungsarten als Computerprogramme in der Beratung eingesetzt. Die Arbeitsgemeinschaft will damit angesichts eines kaum noch überschaubaren Versicherungsmarktes und des damit wachsenden Nachfragedrucks auf die Verbraucherverbände ein rationell zu handhabendes Beratungsinstrument anbieten.

Neue Technologien

Göttingen (dpa/VWD) – Die rund 500 000 Handwerksbetriebe in der Bundesrepublik mit ihren 4 Millionen Beschäftigten sind nach Angaben ihres Verbandes bereit, sich den neuen Technologien zu stellen. Etwa 45 Prozent aller Handwerksbetriebe nutzten bereits die elektronische Datenverarbeitung. Die Zahl der computergetriebenen Fertigungsmaschinen nehme vor allem im Holz- und metallverarbeitenden Gewerbe mit steigender Tendenz zu.

Im Aufwärtstrend

Würzburg (dpa/VWD) – Bei Weinen mit dem Deutschen Weinsiegel der

Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) zeichnet sich ein Trend zu einer herben Geschmacksrichtung ab. Der Anteil mit grün für halbtrocken und gelb für trocken gesiegelten Weine lag 1985 mit 48,4 Mill. bei 54 Prozent aller Weinsiegel-Flaschen. Im 1. Halbjahr erhöhte sich der Anteil halbtrockener Weine um 30 Prozent auf 6,6 Mill. Flaschen, der Anteil trockener Weine um 18 Prozent.

Stahlproduktion geringer

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die deutsche Stahlproduktion ist bis Oktober mit 23,6 Mill. Tonnen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,8 Prozent gesunken. Die Roheisenerzeugung sank nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mit 22,4 Mill. Tonnen um 6,4 Prozent. Dennoch wuchs die Stahlerzeugung im September im Vergleich zum August um 4,5 Prozent auf 3,1 Mill. Tonnen und die Roheisenproduktion um 2,8 Prozent auf 2,4 Mill. Tonnen.

Weniger Arbeitsunfälle

St. Augustin (AP) – Die Zahl der Arbeitsunfälle in der gewerblichen Wirtschaft ist im ersten Halbjahr um 19,9 Prozent zurückgegangen. Wie der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften gestern in St. Augustin mitteilte, sind in den ersten sechs Monaten des Jahres 451 Menschen bei der Arbeit und 293 auf dem Weg zur Arbeit ums Leben gekommen. Vor einem Jahr waren es noch 580 und 349 gewesen.

PERSONALIEN

Erich Reichhimer wurde zum Direktionsmitglied Beschaffung und Logistik der Papierfabrik Albbrock, Albbrock, und zum Geschäftsführer der Papierfabrik Mochenwangen berufen.

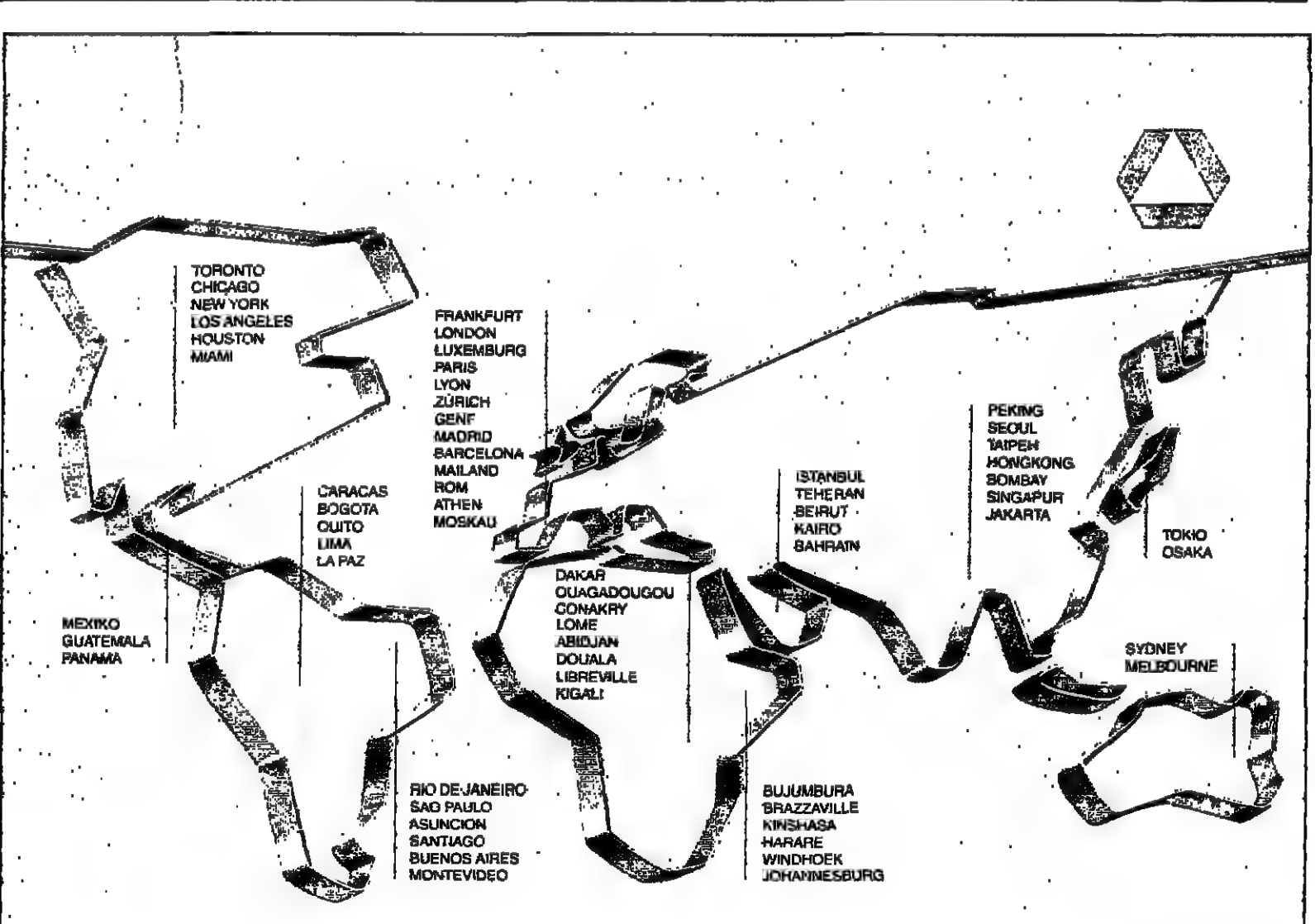
Gerd Steffen (45), übernahm am 1. Oktober 1986 als Direktor die Leitung der neugegründeten Central Europe Region (Bundesrepublik Österreich, Schweiz) und Eastern Europe Region (Ostblockländer) der MAI Basic Four, Inc. und wurde zum Geschäftsführer der deutschen MAI Gesellschaft ernannt.

Wolf Resocha (43), zuletzt Produkt-Marketingleiter bei MDS, übernimmt ab sofort die Vertriebsleitung der MDS-Deutschland GmbH, Köln. Er ist Nachfolger von Wolfgang Schneider (42), der zum General Manager der REI MDS Deutschland GmbH & Co. OHG, Menden, St. Augustin, ernannt wurde.

Gerd Meckler übernahm am 1. Oktober den Vorsitz in der Geschäftsführung der Haeger & Schmidt GmbH, Duisburg. Er löst Helmut Simon ab, der in den Ruhestand trat.

Eugenie Burgholte-Kellermann, Beiratsvorsitzende und Teilhaberin der Kamax-Werke Rudolf Kellermann GmbH & Co. KG, Osterode, wurde in den Vorstand der Vereinigung von Unternehmerinnen gewählt.

Reinhold M. Fries, früherer Vorstandsvorsitzender der Peter Eckes, Nieder Ohm, wurde zum Geschäftsführer der Gedelfi Großelkauf GmbH & Co. KG, Köln, berufen.



Was die Dresdner Bank mittelständischen Unternehmen im Ausland bietet.

Wenn Ihr Unternehmen in ausländischen Märkten operiert oder neue Auslandsaktivitäten plant, finden Sie in der Dresdner Bank einen Partner mit weltweiten Verbindungen durch über 80 Stützpunkte in mehr als 50 Ländern.

Noch wichtiger als die weltweite Vertretung ist der Service, den Ihnen die Dresdner Bank im Auslandsgeschäft bietet. Landeskundige und flexible Berater liefern Ihnen nicht nur wertvolle Informationen und Marktanalysen –

sie öffnen Ihnen auch Türen und vermitteln Partner oder Beteiligungen.

Zu unseren Leistungen gehören die Finanzierung von Importen oder Exporten ebenso wie Devisenkursicherungen, Devisenoptionen und Währungsswaps. Für einzelne Länder gibt es spezielle Reports.

Ihr Weg ins Ausland führt Sie also am besten in die nächste Geschäftsstelle der Dresdner Bank. Unsere Kundenbetreuer sind immer für Sie da.

Dresdner Bank

In Berlin: BHI

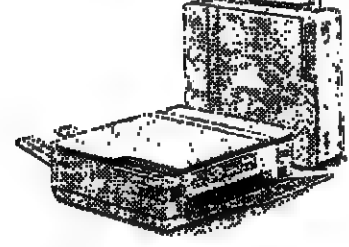
AKTIENBÖRSEN

F. Dm. Monsoi O	240G	240G	M. Digital Equipm.	189	189	H. Occ. Petroleum	575	575
-----------------	------	------	--------------------	-----	-----	-------------------	-----	-----

F Georgia A	0 126G	1206G	D Dow Chemical	1196G	187	F Olweist St	25	23.3
F Gearing "A0	5000B	5000B	D Dresser	35.5G	35G	F Olweist Vn	13.2G	13.3
F Gillingham	4000	500G	M DuPont	340G	31.7	F Olweist Vn	17.5G	17.8T
F Glt. Na Vz. 5	4500	500G	D Drexel	15.5G	15G	H Olweist Vn	17.5G	17.8T
F Glt. Na Vz. 4	500B	5100B	H Dunlop	-	3.5G	F Olmon Toteal	19G	19G
F Green Eps II	92	88	D Eastern Am	17.7B	17.7	F Pacific Telcom	198G	100.0G
F Groom, Jr.	12	515TG	G Eastman Kodak	110	109	F Paknet	11	11
F Grynberg	315G	315G	E Eckman	13.6T	13.6T	F PanAm	11.7	11.7
F Hanf Olson	0 330T	370T	M Echo Bay Mines	46.2	46.2	D Parker Drilling	6.88G	7.1
F Idyl. Va. 0	290T	290T	F Electric	85.2	85.2			

[illegible][illegible]

CANON
BEIM KOPIEREN 1. WAHL



sen Sie sich die beiden robusten Leichtgewichte vorführen. Wie sie auf Normalpapier und auf Folien kopieren. Nach wenigen Sekunden haben Sie die perfekte Kopie in der Hand. Und damit die Entscheidung für die unabhängigen Kopierer einer neuen Generation.

FC-3/FC-5

FC-3/FC-5

16. BIS 21. OKTOBER 1986
ORGATECHNIK
KÖLN '86
HALLE 12.1, GANG D/C1

1

10/10/1964

1. 4040
Program

2-4/1989

bergstrasse
mon Kopie

Hellers, das Com

SambH, 1990

— **polyox** —

~~Non Copied~~

in: *Compt. Rend. Acad. Sci. Paris*

Name _____ Firms _____ Street _____ PLZ/Ü _____ Tel. _____

75
125
875
5
25

[illegible]

VON OLIVETTI IST.



hier gibt es eine ganze Modellpalette für die unterschiedlichsten Anforderungen – bis hin zur Bildschirmschreibmaschine mit Mikrodiskettenlaufwerken und integrierten Rechenfunktionen.

olivetti

16.-21. Oktober
ORGATECHNIK
1986

Schicken Sie uns diesen Coupon. Wir informieren Sie gerne ausführlich über die Schreibmaschinen von Olivetti.
An die Deutsche Olivetti GmbH, Postfach 710264, 6000 Frankfurt am Main 71.

Name: _____ HK E 1761-Weh

Bremser am Markt

KHS. - Seit es sich weltweit herumgesprochen hat, daß Factoring dort erst anfängt, wo das klassische Instrumentarium der Geldbeschaffung über die Banken versagt hat, kommt die Branche auf den internationalen Märkten stetig - in einzelnen Ländern sogar stürmisch - voran.

Auch in Europa, namentlich in Italien, gedeiht dieses Geschäft. Erstmals in der Geschichte des Factoring gelang es den Europäern im vergangenen Jahr, mit einem Umsatzvolumen von etwa 39 Milliarden US-Dollar ihre einstigen Lehrmeister aus den USA zu überholen.

Nach wie vor ist die Entwicklung der Nachfrage nach Factoring-Leistungen von Land zu Land verschieden. Sie ist abhängig von der jeweiligen historischen und sozialen Entwicklung, vom spezifischen nationalen Recht, von der Struktur des Kreditwesens sowie von den jeweils geltenden Handelsusancen der einzelnen Staaten.

So erreichten die Factoring-Umsätze zum Beispiel in den skandinavischen Staaten bereits vier Prozent des Bruttosozialprodukts. Davon können die Anbieter am Markt der Bundesrepublik Deutschland, wo die Vergleichszahl derzeit kaum mehr als 0,5 Prozent ausmacht, nur träumen.

Gewiß, auch hierzulande gelingt es, die Aktivitäten im Factoringgeschäft zu mehren. Immerhin können die Factoringinstitute am deutschen Markt ihr Umsatzvolumen seit Jahren um jeweils zweistellige Zuwachssquoten heben. Doch bewegen sie sich hiermit nach wie vor auf der unteren Stufe ihrer tatsächlichen Möglichkeiten.

Daß nicht mehr erreicht wurde, hat viele Gründe. Dazu gehört unter anderem die Unbeweglichkeit verantwortlicher Politiker, die zwar nicht müde werden, die Vorteile des Leistungswettbewerbs in einer freien Marktwirtschaft zu loben, die es aber - wie die unheilvollen Praktiken beim Abtreibungsverbot zeigen - unterlassen, die zu Lasten der Mittelbetriebe (Hauptzielgruppe der Factoringinstitute) verlorengegangene Chancengleichheit wiederherzustellen.

Solange dieser in Europa einmalige Zustand fortbesteht, wird man am deutschen Factoringmarkt wohl schwerlich mehr erwarten können.



Factoring ergänzt die traditionelle Funktion der Banken - das Geldbeschaffen - wie hier in Frankfurt, der Metropole des Kapitals.

FOTO: JUPP DARCHINGER

Vorteile durch eine zentrale Regulierung

Von KARL BRASE

Die Zentralregulierung ist eine besondere Dienstleistung der Einkaufsverbände gegenüber deren Mitgliedern einerseits und ihren Lieferanten andererseits. Es handelt sich hierbei um ein Abrechnungssystem, bei dem die Rechnungen der Vertragslieferanten an die Mitglieder von dem Verband zentral bearbeitet und in der Regel unter Übernahme des Delkrederes reguliert werden. Damit übernehmen die Einkaufsverbände zum Teil nicht unbeträchtliche Obliegenheiten.

Die Risiken hieraus dürfen vor dem Hintergrund des tiefgreifenden Strukturwandels im Einzel- und Großhandel künftig eher noch zunehmen. Ein wesentliches Kennzeichen dieser Entwicklung ist der Verdichtungswettbewerb, den die Großkonzerne und Filialisten betreiben. Durch aggressive Kalkulations- und Sortimentspolitik versuchen sie, ihren Marktanteil ständig zu Lasten der mittelständischen Unternehmen zu erhöhen.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, werden die Einkaufsverbände in immer stärkerem Maße gezwungen, unternehmerische Lösungen in Frage zu stellen und nach neuen Alternativen zu suchen. Ziel muß es sein, durch Konzentration der Kräfte auf verkaufsfördernde Maßnahmen die Mitglieder im Verband so zu stärken, daß sie sich durch ein vorteilhaftes Preis-Leistungs-Verhältnis im Markt profilieren.

Eine dieser Maßnahmen kann die Ausgliederung der Zentralregulierung als hochspezialisierte Teilaufgabe auf einen Verbundpartner sein.

Umfassendes Angebot

So führt die DG Diskontbank, ein Spezialinstitut der DG Bank-Gruppe, seit vielen Jahren für namhafte Verbände die Zentralregulierung mit großem Erfolg durch. Die Verbindung von Datenverarbeitungs-Service, hundertprozentigem Delkredereschutz und Finanzierungsmöglichkeiten stellt für die Einkaufsverbände ein umfassendes, interessantes Leistungsangebot dar.

Durch die Übertragung dieser Dienstleistung auf einen Spezialisten mit Bankstatus wird unter anderem auch dem Sicherheitsbedürfnis der Lieferanten Rechnung getragen, die zunehmend sensibler auf das Zahlungsverhalten der Einkaufsverbände beziehungsweise ihrer Mitglieder reagieren.

Die Vorteile der Ausgliederung der Zentralregulierung, insbesondere der Freistellung von den Risiken aus der Delkrederübernahme, liegen für den Verband vor allem darin, daß hohes und zudem teures Eigenkapital für die Abdeckung von Debitorausfällen nicht erforderlich ist und sich somit ein Zielkonflikt zwischen Kapitalbindung aus erwirtschafteten Erträgen und hoher Ausschüttung zwecks Förderung der Mitglieder nicht stellt.

Marketing für Mitglieder

Zudem werden durch Insolvenzen von Mitgliedern die Stabilität und Kontinuität der Ertragskraft des Verbandes nicht beeinträchtigt. Damit ist eine gleichbleibende Ertragsausschüttung gewährleistet, die wiederum den Bemühungen, neue Mitglieder für den Verband zu gewinnen, entgegenkommt.

Der Erfolg eines Einkaufsverbandes liegt letztlich im Nutzen, den er für seine Mitglieder nicht nur unter Kosten-/Ertragsgesichtspunkten, sondern auch unter Marketingaspekten erbringt. Insofern hält die Zentralregulierung durch einen Spezialisten den Rücken frei für die schwierige Bewältigung künftiger Aufgaben. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, die Existenz seiner Mitglieder zu fördern und zu sichern.

Der Autor ist Mitglied des Vorstands der DG Diskontbank, Frankfurt.

Der Computer verhilft zum schnellen Überblick

Beim Kauf von Forderungen bleibt so das Risiko gering

Von WALTER HOFFMANN

Factoring als Antwort auf Fragen in den Bereichen Debitorenbuchhaltung, Risikoüberwachung und Finanzierung ist als Rechtsgeschäft das geblieben, was es immer war, der Kauf von Forderungen. Die Formen, in denen diese Finanz- und Dienstleistungen angeboten werden, haben sich im Laufe der Jahre geändert, so wie sich die Bedürfnisse des Marktes wandelten.

In den Anfangszeiten des Factoring in Deutschland, in den sechziger Jahren, war für viele Firmen die Debitorenbuchhaltung noch eine lästige Angelegenheit. EDV-Anlagen waren damals noch sehr teuer und für kleine und mittlere Firmen nicht wirtschaftlich einzusetzen. Die Factoring-Institute hingegen waren auf leistungsfähige DV-Anlagen angewiesen, wollten sie die Vielzahl der Buchungsvorgänge rationell abwickeln. Dadurch konnten sie ihren Kunden einen Überblick über ihre Abnehmer und die gegen sie gerichteten Forderungen bieten, wie sie die Firmen sich selbst nur mit großen Kosten verschaffen konnten.

Auch heute noch ist dieser Aspekt für viele Factoring-Kunden wichtig. Die vom Factor kommenden Unterlagen geben auf einen Blick Auskunft über die Struktur der Forderungen und die darin enthaltenen Risiken. In der Regel erhalten die Kunden wöchentlich eine Liste der offenen Posten, aus der sie die Altersgliederung der Forderungen je Abnehmer und insgesamt ersehen. Ferner läßt sich erkennen, welche Forderungen die eingeräumten Limits überschreiten oder welche Forderungen mit Einreden behaftet sind.

Neue Angebote für Kunden

Der Factor ist Spezialist auf dem Gebiet der Forderungsverwaltung und der Beurteilung von Forderungsrisiken. Er hat sich ein umfangreiches Know-how erworben, das seinen Ausdruck darin findet, wie er die gekauften Forderungen im Interesse seines Kunden verwaltet und welche Informationen er hierüber seinem Kunden wann zur Verfügung stellt.

In dem Maße, in dem die Computertechnik immer leistungsfähiger Anlagen auf relativ immer niedrigeren Preisen auf den Markt brachten, kamen auch mittlere und kleine Firmen zu gut organisierten Systemen für die Debitorenbuchhaltung. Potentielle

Factoring-Kunden aus diesem Kreise legen keinen Wert darauf, diese Arbeiten auf einen anderen zu übertragen.

Die Heller Factoring Bank bietet daher seit Mitte der siebziger Jahre Bulk-Factoring an. Dabei führt der Kunde die Debitorenbuchhaltung in eigener Regie weiter und informiert nun seinerseits die Factoring-Bank anhand von OP-Listen und sonstigen Unterlagen über Stand und Entwicklung der von ihr gekauften Forderungen. Er führt auch das Mahnwesen weiter und schaltet den Factor erst ein, wenn die letzte Mahnung erfolglos war.

Tägliche Informationen

Können die Unterlagen nicht in der von der Factoring-Bank gewünschten Form präsentiert werden, weil sich zum Beispiel die verwendete Software nur mit erheblichem Aufwand modifizieren läßt, kann der Kunde ihr Datenträger zur Verfügung stellen oder übermitteln für die Daten mittels Datenfernübertragung (DFÜ).

Nicht die Qualität von Hard- und Software allein sind entscheidend für die Güte der Forderungsverwaltung. Die Menschen, die damit arbeiten, sind der ausschlaggebende Faktor, ihre Ausbildung und ihr Arbeitsstil.

In einer solchen Situation bietet sich an, daß der Kunde dem Factor nur die Daten über die geschriebene Rechnung entweder mit Datenträger oder DFÜ übermittelt, der Factor die übrige Forderungsverwaltung durchführt und dem Kunden die Ergebnisse wieder mittels Datenträger oder DFÜ zusendet, die dieser in seiner EDV nach seinem gewohnten Schema wieder lesbar macht.

Für viele Firmen, die die Verwaltung der Forderungen auf die Factoring-Bank übertragen haben, ist es wünschenswert, nicht nur einmal wöchentlich über den Stand einzelner Abnehmer informiert zu sein, sondern täglich oder sogar mehrmals täglich.

Es ist abzusehen, daß der Factoring-Kunde in nicht allzu ferner Zukunft den direkten Zugriff auf die Daten seines Abnehmerkreises bei seiner Factoring-Bank hat. Er wird so immer die aktuellsten Zahlen verfügbar haben, ohne daß er sich mit den Arbeiten der Debitorenbuchhaltung belasten muß.

Der Autor ist Prokurist der Heller Factoring Bank, Mainz.

Trotz zweistelliger Wachstumsraten sind die Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft

Falsche Beurteilung der Branche - Mit Factoring lassen sich die Marktchancen besser nutzen

Von DIETER KLINDWORTH

Bei einem Vergleich des deutschen Factoringmarktes mit den Märkten im europäischen Ausland darf die Feststellung erlaubt sein, daß das deutsche Factoringvolumen sich äußerst bescheiden ausnimmt.

Zwar gibt es seit Jahren zweistellige Wachstumsraten, jedoch gemessen an den Möglichkeiten dieses modernen Absatzinstruments ist der Ausnutzungswert weiterhin sehr gering.

Sicherlich war bis Ende der sechziger Jahre der verlässliche Eigentumsverbot ein starkes Hindernis in der Entwicklung der Branche und bedeutet bis heute das Abtreibungsverbot ein schwerwiegendes Hindernis, aber dies reicht als Erklärung für die zu zaghafte Anwendung des Factoring nicht aus.

Betriebswirtschaftliche Gründe beziehungsweise eventuell zu hohe Kosten können ebenfalls nicht herangezogen werden, da nach allen Erfahrungen die betriebswirtschaftlichen Vorteile überwiegen.

Das Kernproblem der mangelnden Inanspruchnahme dieses Absatzinstruments ist zumindest im deutschen Markt in der falschen Beurteilung des Factoring begründet.

Die leider noch allzuoft vertretene Meinung, es sei die Aufgabe eines Factors, notleidende Unternehmen zu neuen Erfolgen zu führen, beruht nur auf der Unkenntnis über das Factoring-Geschäft. Der Factor ist mehr als eine Bank darauf angewiesen, in seinem Anschlußkunden einen seriösen und gut fundierten Partner zu haben, weil er meist nicht die Möglichkeit besitzt, die sonst bei Kreditvergaben üblichen Sicherheiten zu verlangen.

Weit verbreitet ist denn auch die Ansicht, der Factor richte sich in seiner Beurteilung nur nach den Risiken der von ihm zu kaufenden Forderungen. Da er die Bonität der Schuldner vor Ankauf der Forderungen prüft und je nach Ergebnis dieser Bonitätsprüfung seine Entscheidung fällt, habe er seine Risiken abgesteckt.

Die Annahme, das eigentliche Risiko des Factors läge nur im Schuldnerkreis, stimmt nicht, denn hier vermag der Factor mit mathematischen Erfahrungssätzen ähnlich der Versicherungsgesellschaft aufgrund des „Gesetzes der großen Zahl“ seine Ausfallquoten zu kalkulieren. Die Höhe der Ausfallquote findet im Preis, hier die Factor-Gebühr, ihren Nieder-

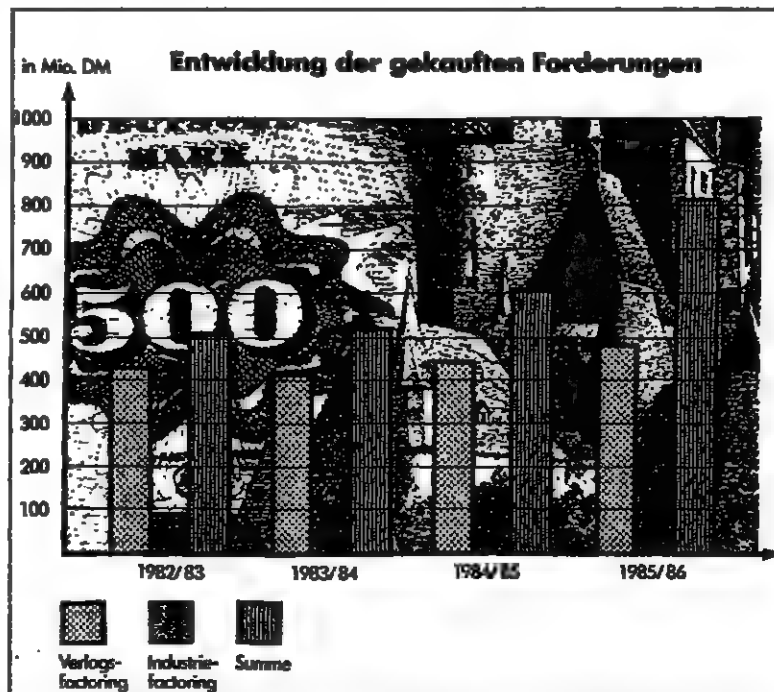


Dieter Klindworth

„Die oft vertretene Meinung, es sei Aufgabe eines Factors, notleidende Unternehmen zu neuen Erfolgen zu führen, beruht auf der Unkenntnis dieses Geschäfts.“

schlag. Ein entscheidendes Risiko für den Factor - und mit dieser Ansicht stößt man bei Gesprächen mit den sich für Factoring interessierenden Unternehmen zunächst auf Unverständnis - ist im Bereich des Anschlußkunden zu finden.

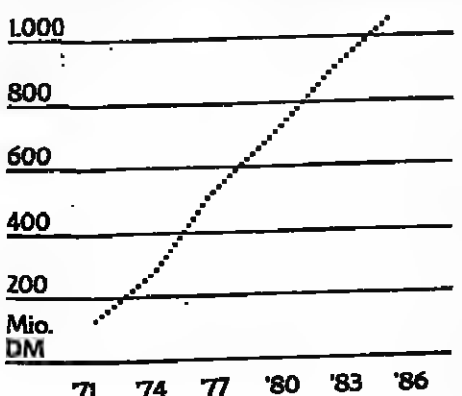
Die in deutschen Führungsetagen noch oft verbreitete Ansicht, daß nur solche Unternehmen ihre Forderungen verkaufen, die es finanziell sehr nötig haben, ist also falsch. Allerdings ist hierin der entscheidende Grund zu sehen, weshalb Factoring bisher



Die Dynamik des Factoring-Geschäfts am Beispiel der VVA Bertschmann Distribution dokumentiert das Wachstum des Geschäftsvolumens.

Ihr Partner auf dem Weg zum Erfolg

Factoring - das einfache Prinzip der Absatzfinanzierung und Kredit-sicherung - hat in den letzten Jahren bei vielen mittelständischen Unternehmen Anklang gefunden.



Wir konzentrieren uns seit mehr als 15 Jahren auf Factoring und haben uns bei unseren Partnern durch gute Leistungen im Bereich des Kredit-Managements ein besonderes Vertrauen erworben.

Darum stehen wir heute mit 100 Mitarbeitern und mit über einer Milliarde Factoring-Umsatz in der ersten Reihe der Factoring-Banken der Bundesrepublik.

Durch die FCI - Factors Chain International - sind wir in 26 wichtigen Exportländern vertreten. Gemessen am Umsatz mit FCI-Mitgliedern sind wir das stärkste Glied dieser Kette.



Deutsche Factoring Bank
Postfach 106360
Langenstraße 15-21
2800 Bremen 1
Telex 244593
Telefon (04 21) 3293-0

Informieren Sie mich über
☐ Factoring allgemein
☐ Export-Factoring

Name:

Firma:



DEUTSCHE FACTORING BANK

INSTITUT DER SPARKASSENORGANISATION

HELLER FACTORING

**SIE VERKAUFEN.
WIR ZAHLEN.**



Erfolgreich verkaufen — Zahlungseingang sofort.
Mit HELLER FACTORING.
Und 100%iger Schutz vor Forderungsausfällen. Gründe, mit HELLER FACTORING zu arbeiten.
Sie möchten HELLER FACTORING kennenlernen! Rufen Sie uns an (06131/603-1) oder schreiben Sie uns. Wir informieren Sie gern.

**HELLER FACTORING
BANK**
AKTIEGESELLSCHAFT

HELLER FACTORING WELTWEIT:
AUSTRALIEN · BELGIEN · DÄNEMARK · DEUTSCH-
LAND · ENGLAND · FINNLAND · FRANK-
REICH · HONG KONG · ITALIEN · KANADA ·
MALAYSIA · MEXIKO · NIEDERLANDE ·
NORWEGEN · ÖSTERREICH · PORTU-
GAL · PUERTO RICO · SCHWE-
DEN · SINGAPUR · SPANIEN
SÜDAFRIKA · USA

Factoring

eine Dienstleistung, die speziell auf die unterschiedlichen Bedürfnisse des einzelnen Unternehmens zugeschnitten sein sollte — denn die Anforderungen, die an das Factoring gestellt werden, sind meist von Fall zu Fall sehr verschieden.
Fragen Sie uns deshalb nach einem für Sie individuell ausgearbeiteten Lösungsvorschlag; wir beraten Sie gerne und unverbindlich.

CLARK CREDIT CLARK CREDIT BANK GmbH
Friedrich-Ebert-Str. 120
Postfach 10 03 51
D-4330 Mülheim/Ruhr
☎ (02 08) 58 52 42
Telex 6 56 544

INFO-COUPON

Name (z. Hd.) _____
Firma _____
Anschrift _____
Telefon _____

Logistik IST KEIN KINDERSPIEL



Diesen Service bieten wir:
**Debitorenbuchhaltung
Dekredere
Forderungsfinanzierung**
Professioneller Factoring-Service durch
IAA
Bertelsmann Distribution
An der Autobahn · 4830 Gievenath
Im Gewerbegebiet Hornum/Oberndorf
Telefon: (052 4) 80 32 53

20

WELT REPORT

Mittwoch, 8. Oktober 1988

Factoring sichert dem Mittelstand oft die notwendige Liquidität

Mangelnde Eigenkapitalausstattung deutscher Unternehmen durch hohe Steuerlast

Von HANS VOLKER MAYER

Das Finanzierungs- und Dienstleistungsinstrument Factoring gibt es nun seit über 25 Jahren. Um so erstaunlicher ist es, daß vielen wirtschaftlich interessierten Personen oder Gruppen der Begriff Factoring fremd ist oder sie nur unklare Vorstellungen haben. Gleichwohl hat Factoring in der mittelständischen Wirtschaft inzwischen eine hohe Akzeptanz gefunden und sich einen festen Platz erobert.
Dies liegt nicht zuletzt an den enormen Liquiditätsvorteilen, die Factoring mit sich bringt. Häufig ist es nämlich dem Unternehmer nur mit dem umsatzkongruenten Finanzierungsinstrument Factoring möglich, sein eigentliches Ziel, die Rentabilität, zu erreichen. An erster Stelle aber steht, und das zeigen viele Insolvenzfälle, die Liquidität.

Bei der Liquidität hat es die mittelständische Wirtschaft besonders schwer, mitzuhalten, weil ihr in aller Regel der Gang zum Kapitalmarkt nicht offensteht. Hinzu kommt noch gegenüber der Großindustrie und mittelständischen Unternehmen in anderen Ländern eine zu geringe Eigenkapitalausstattung, die häufig bei 18 Prozent und darunter (bezogen auf die Bilanzsumme) liegt. Diese mangelnde Eigenkapitalausstattung ist zu einem ganz erheblichen Teil auf die von den Unternehmen zu tragende Steuerlast zurückzuführen.

Nach einer vergleichenden Erhebung des Instituts der Deutschen Wirtschaft liegt die Steuerlast der deutschen Unternehmen bei nahezu 70 Prozent, während sie in Japan bei rund 68, in den USA bei etwa 54, und in der Schweiz bei nur 49 Prozent liegt. In Großbritannien sank in diesem Jahr sogar die Steuerlast um etwa zehn auf jetzt 35 Prozent des Gewinns. In den USA wird die Steuerbelastung — allerdings unter Wegfall verschiedener Abschreibungsmöglichkeiten — auf maximal 28 Prozent gesenkt.

Leider ist in der Bundesrepublik eine kurzfristig veränderte eigenkapitalstärkende Steuergesetzgebung nicht in Sicht, so daß die mittelständische Wirtschaft ihre Probleme weiterhin selbst zu lösen hat.

Mit dem Finanzierungs- und Dienstleistungsinstrument Factoring

steht jedoch dem Mittelstand eine wesentliche Finanzierungsergänzung zu den herkömmlichen Bankfinanzierungen zur Verfügung. Deshalb wird Factoring heute oft zu Recht auch als die Mittelstandshilfe bezeichnet.

Dabei versteht sich von selbst, daß sich dieses Instrumentes nur solvente, in ihrer Gesamtstruktur gesunde, mittelständische Unternehmen bedienen können. Für marode oder kurz vor der Insolvenz stehende Unternehmen ist dieses Instrument mit Sicherheit nicht geeignet.

So wie Leasing eine hervorragende Finanzierungsergänzung im Anlagevermögen bietet, bringt Factoring die sofortige Liquidierung im Umlauf-

gen, nur Abnehmer zu beliefern, die auch skontieren. Um den Zahlungseingang zu beschleunigen, bietet der Lieferant seinen Abnehmern häufig auch noch Eskonto an. Mit Factoring kann er aber auf diese teure, weil über den Kosten des Factoring liegende Finanzierungsmethode verzichten.

Ein weiterer Liquiditätsvorteil ist auch darin zu sehen, daß die als Factoring gewonnene Liquidität den Lieferanten frei und unabhängig von der Einhaltung der Zahlungsziele seitens seiner Debitoren macht. Diese Unabhängigkeit ist insbesondere in Zeiten von Hochzinsphasen oder bei schlechtem Geschäftsverlauf bei den Abnehmern wichtig, weil dann die meisten Debitoren den Lieferantenkredit verstärkt in Anspruch nehmen.

Geradezu ideal und problemlos sind Umsatzexpansionen mit Factoring zu finanzieren, da sich der Mittelzufluß laufend an die jeweiligen Außenstände anpaßt. Die Liquiditätsvorteile drücken sich auch darin aus, daß durch den Verkauf der Forderungen diese vom Unternehmer nicht zu bilanzieren sind. Mit der sich dadurch verkürzenden Bilanzsumme erhöht sich gleichzeitig prozentual das Eigenkapital und spiegelt somit die deutlich verbesserte Liquiditätslage wider.

Die Factoring-Finanzierung ermöglicht auch eine wesentlich verbesserte Finanzplanung. Bisher war man bei Planungen des Zahlungsrückflusses von vielen Unwägbarkeiten abhängig, zum Beispiel vom Zahlungsverhalten der Neukunden oder von der Auswirkung des Konjunkturverlaufs auf die Zahlungsweise. Jetzt läßt sich mit dem Einsatz von Factoring der Forderungsrückfluß als exakt planbare Größe einstellen.

Mit der aus Factoring gewonnenen Liquidität war es Unternehmern auch schon möglich, Gesellschafter oder Erben auszubehalten, ohne dadurch beispielsweise bisherige Skontovorteile aufgeben zu müssen. Neben den vielen Liquiditätsvorteilen bringt Factoring auch in den Bereichen Dienstleistung (Buchhaltung, Inkasso, Mahnwesen) und Dekredere (100prozentige Versicherungsschutz) weitere erhebliche Vorteile.



Hans Volker Mayer ist Geschäftsführer der Süd-Factoring GmbH, Stuttgart. FOTO: DIE WELT

vermögen, nämlich bei den Forderungen. Damit werden die Außenstände zu Bargeld und also sofort verfügbar.

Mit der dadurch gewonnenen Liquidität kann nun der Unternehmer sämtliche Lieferantenrechnungen voll skontieren. Das sind heute Skontobeträge von zwei und mehr Prozent. Der hieraus resultierende Zinseffekt liegt häufig über 30 Prozent im Jahr. Hinzu kommen noch die Vorteile eines Barzahlers, der meistens bessere Einkaufspreise erzielt und ansonsten von seinen Lieferanten bevorzugt bedient wird. Wichtig wird dieser Aspekt bei Lieferengpässen.

Häufig ist der Lieferant gewun-

Süd-Factoring GmbH
Tochtergesellschaft der
Landesbank Stuttgart
Lautenschlagerstr. 20 · 7000 Stuttgart 1 · Tel. (07 11) 20 49 72 · Telex 722 804 sfd

Ihr Erfolg!

Liquidität und Rentabilität mit Süd-Factoring.

Wir, die Süd-Factoring, haben viel mit Ihrer Branche zu tun!

- Wir bezahlen Ihre Forderungen sofort
- Wir übernehmen das Ausfallrisiko zu 100 %
- Wir führen Ihre Debitorenbuchhaltung

Was ist Factoring?
Wie funktioniert Factoring?
Warum Factoring mit Süd-Factoring?

Fordern Sie unser Handbuch für Factoring mit detailliertem Fragebogen an.



**Süd-Factoring
GmbH**

Coupon
Firma _____
Name _____
Anschrift _____
Telefon _____

Safety first ...auch im Exportgeschäft

Wir übernehmen Ihr wirtschaftliches Risiko zu 100 Prozent!



Sicherheit im Exportgeschäft bedeutet: Keine Forderungsverluste. Sofortige Barzahlung. Ausschaltung der Debitorenüberwachung. Schnelle, problemlose Abwicklung.

Wir bieten diese Sicherheit. Wir schützen vor Forderungsausfällen. Und sorgen für Liquidität. Denn wir bezahlen sofort. Sicherheit statt Risiko — die procedo-Garantie!

procedo
Das führende Unternehmen im Exportfactoring

Gesellschaft für Exportfactoring · D. Klindworth GmbH · Postfach 4706
6200 Wiesbaden · Tel.: 061 21/37 90 61-63 · Telex 4186356 cedo

„Geld-Logistik“ weiter auf dem Vormarsch

Von WOLFPETER HOCKE

Das zur Finanz-Dienstleistung zählende Factoring-Geschäft bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten, Unternehmen - insbesondere aus dem mittelständischen Wirtschaftsbereich - von Bankkrediten zu entlasten. Dies haben die Factoring-Spezialisten bei Bertelsmann Distribution in Gütersloh erkannt und diese Dienstleistung über die letzten Jahre sukzessive ausgebaut.

Als Dienstleister für über 300 Industrieunternehmen der Branchen Verlag, Audio und Video, Textil und Optik, Computer-Hard- und -Software, wird in Gütersloh zur Optimierung des Warenflusses eine hochautomatisierte und EDV-gesteuerte Distributionslogistik eingesetzt. Dabei gewinnt das Factoring als „Geld-Logistik“ immer mehr an Bedeutung.

Besonders die mittelständischen Unternehmen nutzen die drei Factoring-Funktionen, die erhebliche wirtschaftliche Vorteile bringen.

Die erste ist die Dienstleistungsfunktion, innerhalb derer der Factor die gesamte Debitorenbuchhaltung für den Auftraggeber effizient und rational abwickelt. Entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen führt der Factor die Kundenkonten, überwacht die Bonität, mahnt, klärt Kontenoffenen und pflegt die Kundenkontakte. Darüber hinaus rundet das gerichtliche Mahnverfahren bis hin zur Konkursabwicklung das Dienstleistungsangebot ab.

Die zweite Factoring-Funktion leistet sich aus dem Delkreder-Service ab. Der Factor legt das Kreditlimit fest, bereitet Lieferentscheidungen vor und übernimmt das Ausfallrisiko für die vom Auftraggeber gekauften Forderungen. So erhält der Auftraggeber vom Factor die Forderungen ausbezahlt, selbst wenn der Kunde insolvent geworden ist.

Dritter und wesentlicher Teil der Factoring-Dienstleistung ist die Finanzierung des Forderungsbestandes des Auftraggebers. Sofort nach Entstehen der Forderung kann nämlich der Auftraggeber über maximal 90 Prozent des Geldes verfügen. Die restlichen zehn Prozent werden unter Abzug der Factoring-Gebühren unmittelbar nach Fälligkeit ausgezahlt. So ist der Auftraggeber schneller liquida, als wenn er das Inkasso in eigener Regie durchführen würde.

Die Vorteile des Factoring-Nutzers liegen vornehmlich im Abbau des Personal- und Sachkostenbereichs der Debitorenbuchhaltung, Kreditabteilung sowie Mahn- und Inkassoabteilung.

Factoring reduziert darüber hinaus die Warenbezugskosten, weil der Auftraggeber über die Vorfinanzierung eigene Lieferverpflichtungen mit Skonto bezahlen kann. Durch die „Geld-Logistik“ bieten sich dem Unternehmen neue Wachstums- und Investitionschancen; neue Impulse für Umsatzentwicklung.

Das Risiko wird kalkulierbarer, denn insolvente Kunden, die den Auftraggeber in eine prekäre Situation bringen könnten, sind durch Factoring als „Unternehmensversicherung“ abgedeckt. Mehr Liquidität, höhere Rentabilität und geringere Kapitalbindung - Factoring bringt deutliche unternehmerische und damit betriebswirtschaftliche Vorteile.

Der Autor ist Abteilungsleiter bei der WVA Bertelsmann Distribution, Gütersloh

Das Abtretungsverbot verstärkt die Käufermacht

Zweifel an der Wirksamkeit dieser Bestimmung

Von KLAUS BETTE

Schon Bert Brecht hat in seiner pfiffigen Analyse der Geschäfte des Herrn Julius Caesar gezeigt, wie sich die Machtverhältnisse in den Beziehungen zwischen Gläubiger und Schuldner umkehren können. Nach der landläufigen Meinung ist der Gläubiger gegenüber dem Schuldner in der stärkeren Position.

Daß diese, an sich richtige Meinung, sich in ihr Gegenteil verkehren kann, hat mancher Gläubiger schmerzhaft erfahren müssen, der einem Schuldner zuviel Kredit, nämlich soviel Kredit gegeben hat, daß eine Insolvenz des Schuldners seine eigene Insolvenz nach sich zog.

Daß aber die Verhältnisse sich gewissermaßen grundsätzlich in ihr Gegenteil verkehren können, ist einer versteckten Vorschrift des BGB zu verdanken, die - ursprünglich als Ausnahmevorschrift gedacht - heute weithin Verbreitung gefunden hat.

Im Paragraph 399 BGB heißt es: „Eine Forderung kann nicht abgetreten werden, ... wenn die Abtretung

sche Ausbreitung des Abtretungsverbots im umgekehrten Verhältnis zu seinen Vorteilen.

Die Verwerder dieses Abtretungsverbots erhoffen sich vor allem Vereinfachung der Erhaltung von Aufrechnungsmöglichkeiten und die Gefahr einer Doppelanspruchnahme. Während die Vereinfachung sich in Grenzen halten, die Erhaltung von Aufrechnungsmöglichkeiten hauptsächlich akademischer Natur sein dürfte, beschwört das Abtretungsverbot die Gefahr, die man vermeiden möchte, geradezu herauf.

Computergesteuerte Kreditorenbeurteilung ist oft das Argument, mit dem auf der Verwendung des Abtretungsverbots beharrt wird. Sollte dabei eine Programmierung, die einen Gläubigerwechsel berücksichtigt, nicht möglich sein? Nimmt man eine Interessenabwägung zwischen Lieferant und Abnehmer unter dem Gesichtspunkt der Angemessenheit von Klauseln in allgemeinen Geschäftsbedingungen (Paragraph 9 AGB-Gesetz) vor, so drängen sich Zweifel an der Wirksamkeit dieser Bestimmung auf. Dem Interesse des Schuldners an der durch einen Gläubigerwechsel ungestörten Zahlungsbearbeitung steht das essentielle Interesse des Gläubigers an der Finanzierung seiner Außenstände gegenüber.

Die Absicht, sich eine Aufrechnungsmöglichkeit zu erhalten, hat nur dort Sinn, wo aufrechenbare Gegenforderungen bestehen oder überhaupt entstehen können und diese nicht ohnehin auch dem neuen Gläubiger entgegengehalten werden können. Dies dürfte im normalen Geschäftsverkehr die Ausnahme sein. Ein generelles Verbot, gegenüber dem Lieferanten Forderungen abzutreten, heißt deshalb, mit Kanonen nach Spatzen schießen.

Schließlich ist aber das Abtretungsverbot für den, der es aufstellt, nicht nur von geringem Nutzen und für den, der es sich entgegenhalten lassen muß, von großem Schaden, sondern auch für den Verwerder selbst. Das Abtretungsverbot führt ja dazu, daß die Forderung gegen diesen Abnehmer nicht nur an Banken oder Factoring-Institute nicht abgetreten werden kann, sondern auch nicht im Wege des verlängerten Eigentumsvorbehalts an einen Vorlieferanten.

Dieser vertraut aber bei seiner Lieferung darauf, daß er die Forderung aus dem Weiterverkauf seiner unter Eigentumsvorbehalt an seinen Kunden gelieferte Ware bis zur Bezahlung seiner Lieferung als Sicherheit erhält. Dies ist wegen des Abtretungsverbots, das zwischen seinem Kunden und dessen Abnehmer besteht, nicht der Fall. Der Kunde darf deshalb über die Ware gar nicht verfügen.

In einem Fall, in dem der Abnehmer zwar an den Kunden gezahlt hat, der Lieferant aber seinerseits nicht zu seinem Geld gekommen war, hat der BGH (Urteil vom 18. Juni 1980, abgedruckt in Wt Nr. 32, 933, vom 9. August 1980) den Abnehmer zur Zahlung eines Schadensersatzes in Höhe der Kaufpreisschuld verurteilt, weil der Abnehmer dies alles gewußt hatte oder hätte wissen müssen. Gerade wegen des Abtretungsverbots hat der Abnehmer, der es gerade zum Schutz vor dieser Gefahr in seine Einkaufsbedingungen aufgenommen hatte, ein zweites Mal zahlen müssen.



Klaus Bette ist Geschäftsführer beim deutschen Factoring-Verband, Mainz. FOTO: RIMBACH

durch Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner ausgeschlossen ist.“ Solche „Vereinbarungen“ stehen in den Einkaufsbedingungen von Großunternehmen. Die widerspruchsvolle Entgegennahme solcher Einkaufsbedingungen machen diese und auch die genannte Klausel zum Vertragsinhalt.

Demnach kann die Forderung nicht mehr abgetreten werden. Eine Bank kann eine solche Forderung deshalb auch nicht finanzieren, ein Factor sie nicht kaufen. Der Lieferant kann also eine dadurch entstehende Liquiditätsengpass, daß einer oder mehrere Schuldner, die ein Abtretungsverbot mit ihm vereinbart haben, zögerlich zahlen, nicht durch einen Bankkredit oder den Verkauf der Forderungen überbrücken.

Bei der zunehmenden Zahl vor allem großer Unternehmen, die ein Abtretungsverbot in ihre Einkaufsbedingungen aufnehmen, wird dies allmählich zum Problem.

Die Liste der Firmen mit Abtretungsverbot, die turnusmäßig vom Bundesverband deutscher Banken herausgegeben wird, umfaßt bereits etwa 2500 Firmen. In einigen Branchen, wie in der Automobilindustrie, der chemischen Industrie, der Mineralölindustrie, den großen Einzelhandelsketten oder Filialbetrieben, und nicht zuletzt bei der öffentlichen Hand gilt das Abtretungsverbot nahezu lückenlos. Dabei steht die ra-

Verwaltungsaufwand verursacht, wenn man ständig Gläubigerwechsel beachten müsse, vermag in Anbetracht des inzwischen erreichten Standards in der Betriebsorganisation nicht zu überzeugen. Außerdem sind die Forderungsbearbeitung oder der Forderungverkauf keine Verfügungen, die sich ständig wiederholen. Da Finanzverbindungen auf Dauer angelegt sind, bleibt ein Gläubigerwechsel eher die Ausnahme.

Aber selbst wenn diese Rechtfertigung des Abtretungsverbots begründet wäre, gäbe es doch keinen Zweifel daran, daß die Interessen der durch das Abtretungsverbot betroffenen Firmen ungleich stärker berührt werden.

Das Abtretungsverbot verzerrt den Wettbewerb und begünstigt jene Unternehmen, die ohnehin die besseren Finanzierungsmöglichkeiten besitzen, durch unmittelbaren Zugang zum Kapitalmarkt.

Vielen mittelständischen Betrieben würde eine große Sorge genommen, wenn sie über ihre Forderungen frei verfügen könnten. Sie könnten sich nicht nur finanziell freier bewegen, sondern gleichzeitig Ertragschancen nutzen, um ihre dünne Eigenkapitalbasis zu stärken. Eine dingehegende Einschränkung des Abtretungsverbots wäre eine hilfreiche Ergänzung aller eigenkapitalbildenden Maßnahmen, die außerdem den Vorzug hätten, kein Geld zu kosten.

Der Autor ist Mitglied der Geschäftsleitung der Deutschen Factoring Bank, Bremen.



Bank-Factoring: Die Debitorenbuchhaltung wird vom Kunden in eigener Regie geführt, der dann die Factoring-Bank mit Informationen versorgt. FOTO: MANFRED VOLLMER

300 Anbieter am Weltmarkt

K.-H. STEFAN, Amsterdam

Folgt man den jährlichen Branchenübersichten der Factors Chain International (weltweit größte Gruppe von Factoring-Instituten), so hat die Nachfrage nach Factoringdiensten in den letzten Jahren stetig bis stürmisch zugenommen, was sich an der Zahl der Neugründungen ablesen läßt.

So waren 1983 weltweit 250 Anbieter tätig, 1984 waren es 275 und Ende 1985 gab es bereits 300 Gesellschaften in 31 Staaten. Der weltweite Factoring-Gesamtumsatz stieg (1985) um 20 Prozent auf 210 Milliarden Mark. Davon wurden nahezu 85 Prozent im Inlandgeschäft und fünf Prozent im internationalen Factoring erzielt.

Von den 300 Factoring-Gesellschaften, die heute weltweit tätig sind, gehören 70 der FCI an, die am weltweiten Gesamt-Factoring-Umsatz mit 33 Prozent, das sind 70 Millionen Mark, beteiligt sind. Am weltweiten Volumen des internationalen Factoring participiert die FCI-Gruppe mit 44 Prozent. Laut FCI-Konzept sollen in jedem Staat mehrere Gesellschaften Mitglieder dieser internationalen Factoring-Kette sein, was dem Leistungswettbewerb zugute kommt.

Im Ausland kräftig zugelegt

K.-H. S. Mainz

Das grenzüberschreitende Factoring mausert sich in der Bundesrepublik Deutschland, so berichtet der deutsche Factoring-Verband, zum „zweiten Bein“ der führenden Anbieter. Während der Gesamtumsatz (Inland und Ausland) aller deutschen Factoring-Gesellschaften 1985 um 14 Prozent auf 8,8 Milliarden Mark stieg, wuchs das Auslandsgeschäft um ansehnliche 24 Prozent.

Hieran waren das Export-Factoring mit 1,23 Milliarden Mark und das Import-Factoring mit 51 Millionen Mark beteiligt. Somit stieg der Anteil des grenzüberschreitenden Factoring von 18 Prozent im Jahre 1984 auf 20 Prozent im vergangenen Jahr.

Die Bundesrepublik Deutschland ist mittlerweile nach den USA auf Platz zwei der Welttrangliste des internationalen Factoring-Umsatzes (Export- und Import-Factoring) aufgerückt.

Weltweit partizipiert das grenzüberschreitende Factoring am jeweiligen Gesamtumsatz nach wie vor mit kaum mehr als fünf Prozent. Ursache sind vor allem die hohen Inlands-Factoring-Umsätze in Ländern wie USA und Italien.

Von London aus laufen die Fäden in alle Welt

Die Credit Factoring International (CFI) Gruppe ist ursprünglich eine Gründung der britischen National Westminster Bank mit dem Ziel, Factoring weltweit nach einheitlichen Regeln abwickeln zu können. Zwischenzeitlich haben sich weitere Großbanken an den CFI-Gesellschaften in ihrem Land beteiligt und zu einer Stärkung und Straffung der Gruppe beigetragen.

Im Vergleich mit den anderen internationalen Factoring-Ketten zeigt die CFI-Gruppe folgende spezifische Akzente:

Alle CFI-Gesellschaften sind mehr oder weniger kapitalmäßig mit der britischen Credit Factoring International Limited, einer 100prozentigen Tochter der National Westminster Bank, verbunden. Die CFI Limited fungiert als Centre im internationalen Verband, indem es die Standards für die Abwicklung bestimmt, Computerleistungen bereitstellt und Export- und Importfactor zeitnah mit den erforderlichen Informationen über For-

derungen, Zahlungen, Delkreder-Entscheidungen, Kontostände oder Fälligkeiten versorgt.

Derzeit bestehen zwei Kategorien von Einzelgesellschaften, nämlich solche, deren Kapital zu 100 Prozent beim Centre liegt und solche, an denen lokale Banken mehr oder weniger beteiligt sind. Zu der ersten Kategorie gehören Frankfurt, London, Brüssel und Kopenhagen. Beteiligungen bestehen in Mailand mit dem Credito Italiano, in Paris mit dem Credit Lyonnais und in New York mit der NatWest Holdings Inc.

Von den beteiligten Banken sind wichtige Impulse ausgegangen, die zu einer Stärkung der Gruppe geführt haben. Der Beteiligung weiterer Banken in den übrigen Ländern steht man daher im Centre positiv gegenüber.

Besonderheiten weist die CFI-Gruppe insbesondere in den folgenden Bereichen auf:

● Gruppenversicherung: Forderungsfälle sind in der eigen-

nen Gruppe versichert. Die beteiligten Gesellschaften zahlen eine Prämie an das Centre und werden dafür von Forderungsausfällen freigestellt.

● Importfactor als Treuhänder für Exportfactor

Für die Forderungen des Exportfactors wird der Importfactor nur treuhänderisch tätig. Ihm obliegt zwar die Bonitätsprüfung und -überwachung sowie das Mahnwesen und das gerichtliche Inkasso, er haftet jedoch nicht für den Eingang der Forderung, sondern leitet die Zahlung nach Eingang lediglich an den Exportfactor weiter. Bei Forderungsausfällen oder verspätetem Eingang tritt das Centre ein.

● Delkreder-Zusagen

Die Zusage für eine Delkreder-Übernahme erfolgt entweder für einen spezifischen Auftrag oder als monatlich revolvinges Orderlimit, bis zu dessen Höhe der Anschlußkunde monatlich ohne weiteren formellen Antrag ausliefern kann. Daher benötigt der Anschlußkunde auch keine

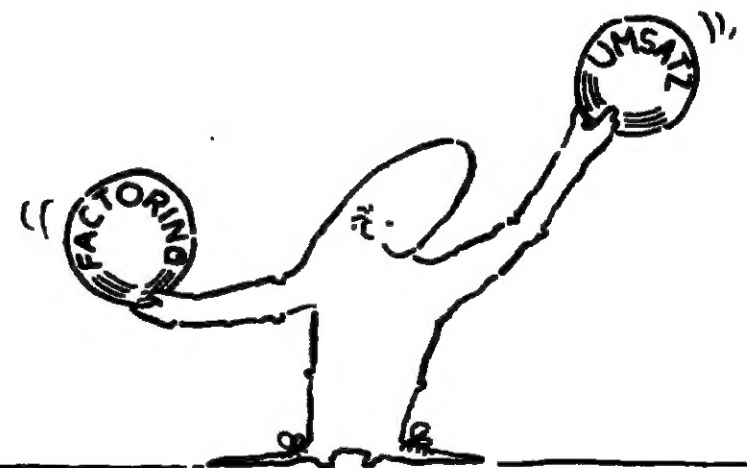
Einzelinformation über Zahlungseingänge und Kontostände der einzelnen Abnehmer.

Durch die Zusammenarbeit zwischen den ausländischen Vertretern des Exportfactors mit dem Importfactor können Delkreder-Anträge beschleunigt und Reklamationen schneller geklärt werden.

Unabhängig von der Vereinbarung einer sogenannten Fälligkeitsperiode, nach deren Ablauf der Gegenwert der angekauften Forderungen zur Zahlung fällig ist, werden auf Wunsch des Kunden Akontozahlungen bis zu 90 Prozent des Forderungsbetrags schon bei Einreichung der Forderungen geleistet.

Mit der kürzlichen Installation eines neuen Großcomputers hat die Entwicklung eines neuen Systems begonnen, das im Laufe der nächsten Monate zum Einsatz kommen wird. Die nationalen Gesellschaften werden über Terminals on line verbunden und haben somit direkten Zugriff auf alle erforderlichen Daten. H. G.

SCHRITTMACHER



DG DISKONTBANK-FACTORING

Ein Konzept fördert Umsatz.

Gestern noch Forderungen - heute schon Bargeld. Wir geben Ihnen durch unser Factoring-Konzept die Sicherheit und die Flexibilität, die Sie sich schon lange gewünscht haben.

DG DISKONTBANK-FACTORING fördert Umsatz. Macht aus Forderungen sofortige Liquidität. Gibt Ihnen den Spielraum, den Sie brauchen, um Schritt zu halten. Und stärkt Sie somit im Markt.

Über Einzelheiten wie Delkreder-Schutz, Mahn- und Inkassowesen, Übernahme der Debitorenbuchhaltung informieren Sie unsere Spezialisten bei einem persönlichen Gespräch.

Auf Wunsch vor Ort, in Ihrem Hause, erarbeiten wir mit Ihnen die für Sie beste Lösung. Rufen Sie uns an, oder senden Sie uns den ausgefüllten Coupon zur ersten unverbindlichen Kontaktaufnahme.

DG DISKONTBANK AG, Wiesenhüttenstraße 10, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (0 69) 74 47 04, Telex 4 170 661, Btx 597001527

☒ Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken

Rechnen Sie mit uns.

DG DISKONTBANK

Abrechnungsbuchhalter der DG-Bank-Gruppe

Name _____

Firma _____

Adresse _____

Telefon _____

Bitte senden Sie mir/uns weiteres Informationsmaterial über DG DISKONTBANK-FACTORING.

Oft fehlt das Kapital, um längere Durststrecken zu überstehen

Fremdfinanzierung häufig bei 90 Prozent - Verluste an Arbeitsplätzen und Vermögen

Von FRIEDRICH W. HÖCHE

Die deutsche Wirtschaft leidet bekanntlich unter einer unzureichenden Eigenkapitalausstattung. Dies gilt insbesondere für den Mittelstand, bei dem dieser Mangel besonders ausgeprägt ist. Viele Unternehmen erreichen noch nicht einmal eine Eigenkapitalquote von zehn Prozent, das heißt, mehr als 90 Prozent ihres Vermögens müssen mit fremden Mitteln finanziert werden.

Wirtschaftliche Schwächeperioden bedeuten ein bedrohliches Risiko, das häufig in einer Insolvenz mündet, da die notwendige Substanz fehlt, um längere Durststrecken überstehen zu können.

Die hohe Zahl der Insolvenzen in den letzten Jahren kennzeichnet dieses Problem in eindrucksvoller Weise. Die Folgen sind große Verluste an Vermögen und Arbeitsplätzen. Verwunderlich ist, daß sich erst jetzt die politischen Parteien dieses Themas annehmen.

Als Fundament unserer Volkswirtschaft hätte es der Mittelstand verdient, daß man früher auf seine Sorgen aufmerksam geworden wäre. Es bleibt zu hoffen, daß man zu Maßnahmen findet, die dem Übel nachhaltig abhelfen. Einen wirksamen Beitrag könnte dazu eine Aufhebung oder zumindest Einschränkung des Abtretungsverbots leisten.

Das Abtretungsverbot hat sich in den letzten Jahren stark ausgebreitet. Ganze Branchen werden es inzwischen an Betroffenen sind in erster Li-

nie mittelständische Unternehmen, denen die Möglichkeit genommen wird, ihre Außenstände, in denen üblicherweise viel Liquidität gebunden ist, durch Abtretung oder Verkauf zu verflüssigen.

Das Abtretungsverbot schränkt aber nicht nur die Liquidität dieser Firmen ein, sondern belastet darüber hinaus deren Rentabilität, weil wertvolle Einkaufsvorteile, wie sie beispielsweise aus der Skontozahlung entstehen, nicht wahrgenommen werden können oder auf Möglichkeiten zur Geschäftsausweitung verzichtet werden muß.

Reelle Chancen zur Eigenkapitalbildung sind verbaut, vornehmlich durch finanzstarke Großunternehmen, denn sie sind es, die sich in erster Linie des Abtretungsverbots im Rahmen ihrer Einkaufsbedingungen bedienen und dabei ihre starke Marktstellung ausnutzen.

Es ist schon mehr als kurios, wenn man sich einmal vorstellt, daß ein finanzstarker Konzern seinem mittelständischen Lieferanten verbietet, kann, die gegen ihn gerichteten Forderungen durch Abtretung oder Verkauf zu verflüssigen, der Lieferant also über einen ihm gehörenden Vermögenswert nicht nach freiem Ermessen verfügen kann, weil ihm dies sein Schuldner verweigert.

Eine so einseitige Anwendung des Paragraphen 399 BGB, der das Abtretungsverbot regelt, lag zweifellos nicht in der Absicht des Gesetzgebers. Das immer wieder zu hörende Argument, daß es einen erheblichen

Postfach 4706
4186356 cede

Das Katalogwerk ergänzt die Ausstellung vorzüglich. Der Text erläutert die Geschichte der mittelamerikanischen Völker und Kulturen und vermittelt exemplarisch Einblicke in die dramatischsten Momente der spanischen Eroberung; der Bildteil bietet gute Abbildungen sämtlicher ausgestellter Objekte. Ausstellung wie Dokumentation befriedigt nicht die Neugier des Betrachters, sondern wecken sie erst richtig; eine der stärksten Qualitäten des Unternehmens.

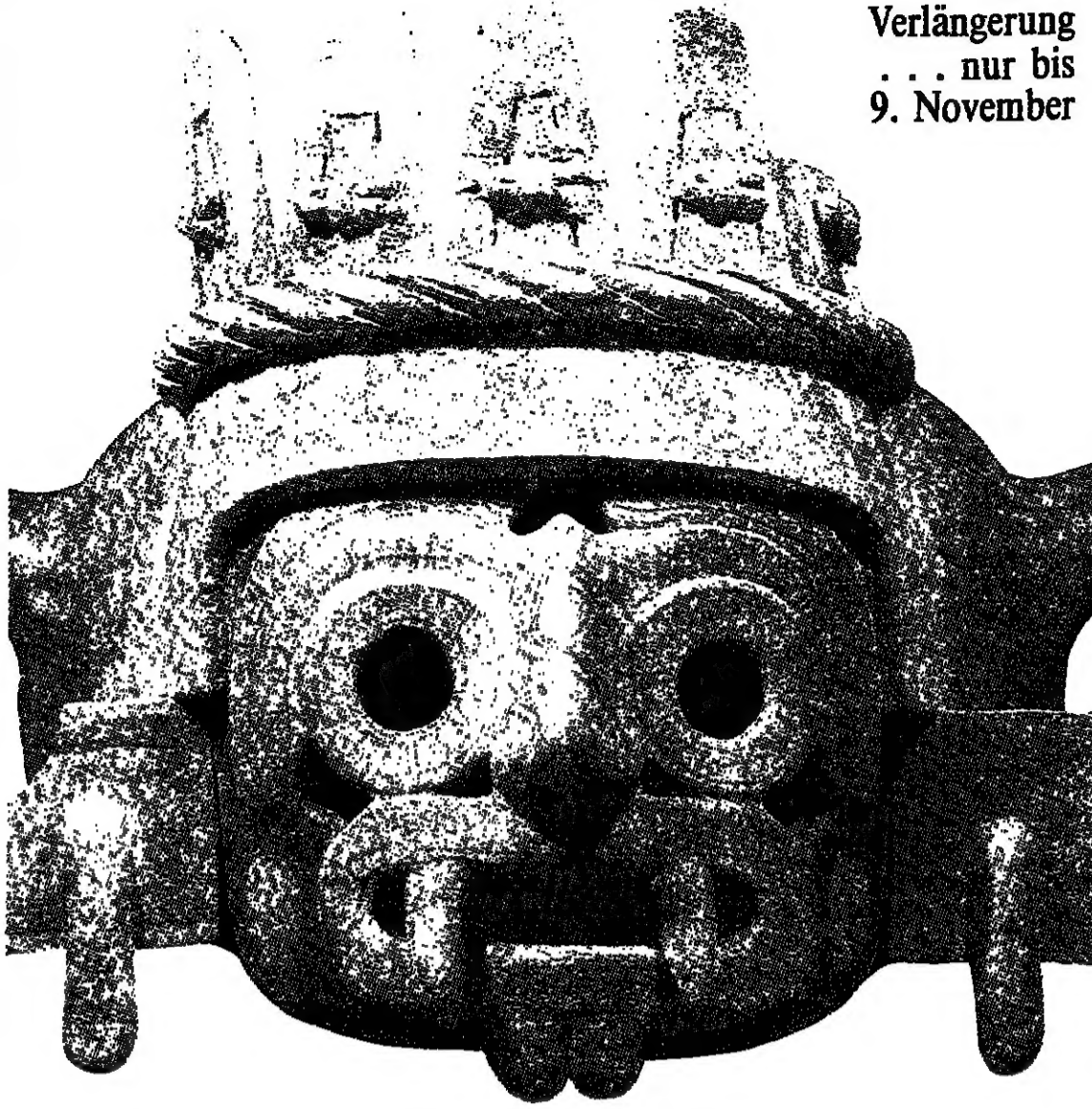
Stuttgarter Zeitung 1. 9. 1986

PHILIPP VON ZABERN

... die faszinierendste, umfassendste Ausstellung (357 Exponate) über alt-mexikanische Hochkulturen der letzten Jahrhunderte. Die Sonderschau, zu der ein beispielhaftes Katalogbuch erschienen ist, vernachlässigt keinen Aspekt der aztekischen Kultur.

Westdeutsche Allgemeine 10. 7. 1986

Keine
Verlängerung
... nur bis
9. November



Die Azteken und Ihre Vorläufer Glanz und Untergang des ALTEN MEXIKO

Die meisten Objekte in Hildesheim entstammen neueren Grabungen zwischen 1978 und 1982 und sind selbst in Mexiko bisher kaum je öffentlich gezeigt worden. Darunter sind auch eine Reihe von Opfergaben, die man im »Templo Mayor« ge-

funden hat, dem größten Azteken-Heiligtum, in dem 5000 Priester dem Schöpfer-Gott Quetzalcoatl, der »gefiederten Schlange«, und dem Sonnengott Huitzilopochtli huldigten.

Die Welt 1. 7. 1986

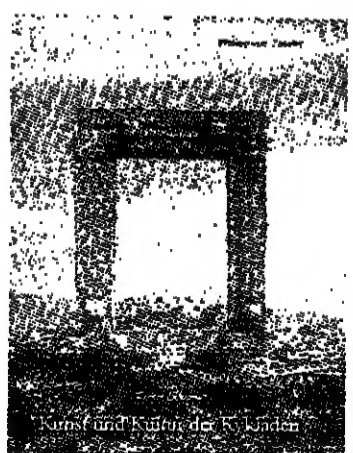
574 Seiten mit 442 Farb- und 125 Schwarzweißbildern, über 200 Seiten zur Geschichte und über 350 Seiten mit ausführlicher Darstellung der Objekte; alle Abbildungen in Farbe; geb. mit Schutzumschlag; DM 68,— ISBN 3-8053-0908-2

TÄGLICH IM ROEMER- UND PELIZAEUS-MUSEUM

HILDESHEIM



Marcus Junkelmann
Die Legionen des Augustus
Der römische Soldat im archaischen Experiment
313 Seiten mit 24 Textabb., 80 Tafeln mit 31 Farb- und 126 Schwarzweißabb.; fester Einband; DM 49,80
ISBN 3-8053-0886-8



Werner Ekschmitt
Kunst und Kultur der Kykladen
Teil I: Neolithikum und Bronzezeit
244 Seiten mit 112 Textabb., 48 Tafeln mit 47 Farb- und 16 Schwarzweißabb.; geb. mit Schutzumschlag; DM 68,— ISBN 3-8053-0842-6

Mit vielen Bildern, Plänen und Rekonstruktionen bieten die beiden Bände zu allen Kunstgattungen und allen Ausgrabungsstätten umfassendes Anschauungsmaterial. In nächster Zeit wird es keinen gründlicheren, reicheren und schöneren Führer zu den Kykladen geben, den Inseln, die zu den frühesten Geheimnissen dieser Erde gehören und zu ihren letzten Paradiesen.

Das Grab mit der Weinlaube

Der Spiegel 29. 7. 1986
Wallfahrtsort aller Ägypten-Reisenden: die luxuriöse Grabkammer des Sen-nefer, Bürgermeisters von Theben im 15. vorchristlichen Jahrhundert. Ein Fest fürs Auge. Das perfekte Remake einer Kultstätte, die eine halbe Million teure Dublette aus minutiös nachgeformten Werkstoffen und verzerrungsfrei aufgetragenen Farbfilmen-Schichten ist jetzt zu besichtigen!



Bis 2. November 1986 in Köln im Römisch-Germanischen Museum

Sen-nefer
Die Grabkammer des Bürgermeisters von Theben

Bilder, die Sie nicht mehr fotografieren dürfen, haben Kodak auf und druckte ZABERN in bestmöglicher Spitzenqualität.
84 Seiten, komplett in Farbe, geb. mit Schutzumschlag; DM 22,— ISBN 3-8053-9909-0

ZABERN bietet Ihnen in der Archäologie die größte Auswahl, über 70 Bände, fragen Sie Ihren Buchhändler

Filmmusik von Pink Floyd, Stones, Greatful Dead

Ausklang der 60er Jahre

In Antonionis »Blow up« zerdeperte Jeff Beck als Gastgitarist der Rockgruppe »Yardbirds« noch ver-bissenen Instrumente und Verstärker und erinnerte so an Townshends und Hendrix' Lust am anarchischen Element jener Musik, die die sechziger Jahre hervorbrachten. Drei Jahre später - im Todesjahr Janis Joplin, Hendrix' und Brian Jones' - kam 1969 Michelangelo Antonionis zweiter Film für MGM heraus, »Zabriskie Point«, und in dem ging es nun nicht mehr um London und seine Spleens,

Zabriskie Point - ZDF, 22.50 Uhr

sondern um ein Amerika, wie es auch ein anderer Kultfilm, »Easy Rider«, gezeichnet hat: ein modernes »waste land«, auch gespickt mit Aufrührer-Ambiente und jeder Menge anglo-amerikanischer Rockmusik - statt dem »Blow up« Ästhetizismus Antonionis nun destruktives Bewußtsein, das die sechziger Jahre prägte: Drauf-hauen kann schön sein.

Die Film-Musik machte Geschichte mit vier Gruppen, deren Musik noch heute zur verehrtesten altgedienter Berufs-jugendlicher gehört. Beatles hin und Beach Boys her. So blieb

etwa »The Dark Side of the Moon« der Kultgruppe Pink Floyd mit dem hernach oft kopierten und nie erreichten Gitarrenklang David Gilmours bis heute eine Hymne derer, die auch Jazz-Kritiker zu Bewunderern machten und am Anfang einer beständig wachsenden Techno-Gig-antomanie dieser Gruppe standen. Immerhin hatten drei Mitglieder dieses Quartetts am Londoner Polytechnikum studiert und kannten sich wie damals kaum jemand aus in der abenteuerlichen Welt manipulierbarer elektrischer Schwingungen.

Das konnte man von den Rolling Stones nicht gerade sagen. Denn die, von den Beatles-gezeiten »Mods« als »Rockers« abgetan, setzten von ihren Anfängen in den frühen Sechzigern an auf die stürmischen Seiten der Rock-Welt, auf proletarisches Auftreten, Provokation, Zügellosigkeit und Anti-Intellektualismus. Sie waren die Sänger der Jugendrevolte, der Befreiung von Tabus. 1969 machten sie nach dem Tode Jones' ihre schwerste Identitätskrise durch.

Wer »The Greatful Dead« sagt, meint vor allem Jerry Garcia, Gitar-rist, Mandolinist, Harmonikaspieler,



Zwei junge Leute (Daria Halprin und Mark Frechette) treffen sich zufällig in der Wüste und lieben sich. Bis die Polizei einschreitet. FOTO: ROHNER

Sänger und Guru der Leute, die nicht nur die musikalische Mischung der kalifornischen Gruppe aus Rock, Folk und Blues und später deren un-elektrische Ausflüge schätzte, sondern ihren praktizierten antibürgerlichen Lebensstil mit Großfamilie und Verachtung ökonomischer Zwänge. Oft dauerten die Konzerte bis zu vier Stunden und entfalteten sich zwischen hochelektrifizierten Psycho-trips und gediegemem sanften Folk-

rock. Schließlich spielt im Film eine Gruppe, die danach für sieben Jahre auseinanderging: »Kaleidoscope« aus Los Angeles, jene Band um die Multi-instrumentalisten und Sänger David Lindley und Chris Darrow, die fernöstliche Einflüsse und psychedelischen Rock'n'Roll verschmolzen. Vielleicht reflektieren der Gruppe Songs in »Zabriskie Point« am besten den synkretistischen Geist der sechziger Jahre. ALEXANDER SCHMITZ

Friedrichs' Würfe aus dem Glashaus der öffentlich-rechtlichen Anstalten

Beim privaten Fernsehen müsse man »nicht gebildet sein. Sie müssen von nichts eine Ahnung haben. Sie können groteskes Deutsch sprechen. Sie können aussehen wie ein Bus von hinten - Sie müssen nur locker sein.« Das meint Hanns Joachim Friedrichs, der Moderator der ARD-Tagesthemen, in der Zeitschrift »essen und trinken«.

Wer in Hessen wohnt, dem verbietet der Landesvater, diese Kritik zu überprüfen. Kann man wenigstens im Umkehrschluß von den öffentlich-rechtlichen Anstalten Bildung und einwandfreies Deutsch erwarten? In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, was bei der Juli-Hochzeit in London Fernsehreporter an Wissens-lücken offenbarten: Aus dem Prinzen von Wales machten sie einen Herzog von Windsor, aus Diana, Tochter eines Königs, eine Bürgerliche, den Vater der Königin nannten sie Georg V. (das war ihr Großvater), und das auch bei uns nicht unbekannte »Lobet den Herrn« taufte sie »Ehre sei Gott«.

Zum Hörfunk: Das vorletzte Sonntagsmagazin des WDR 2 sprach von »Friedrich dem Großen, also dem Soldatenkönig«. Nicht einmal im 200. Todesjahr des Preußenkönigs kann man Vater und Sohn auseinanderhalten? Da können die Schwierigkeiten nicht wundern, die die Sender anläßlich des israelisch-sowjetischen Gesprächs in Helsinki mit dem Datum des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen hatten. Der Deutschlandfunk legte ihn auf den Jom-Kippur-Krieg 1973, der WDR zwar richtig auf den Sechstage-Krieg, ließ diesen aber vor 9 statt 19 Jahren stattfinden.

Darf man von dem öffentlich-rechtlichen Redakteur einer Literatur-sendung Kenntnisse in Literatur erwarten? Offenbar nicht, denn der Deutschlandfunk schrieb in einer Sendung den Roman »Schöne neue Welt« Orwell zu statt Huxley. Und das gute Deutsch? Was meinte das WDR-Morgenmagazin, als es sich auf »hoch in der israelischen Regierung angesiedelte Minder« berief? Da kann man nur hoffen, daß der Zahn der Zeit, der schon so manche Träne getrocknet hat, auch über diese Wunde Gras wachsen läßt. Wie über Friedrichs' Aussehen wie ein Fahrrad von vorn. GITTA BAUER

KRITIK

Zerstörende Unsicherheit

Ebengeschichten streifen immer das Banale, Ehe-Unglück versinkt leicht darin. Insofern ist auch Simone de Beauvairs Novelle »Eine gebrochene Frau« nicht frei von Banalitäten. Eine Frau um die vierzig hält sich für glücklich, bis sie erfährt, daß ihr Mann eine andere hat. Daran ist nichts Außergewöhnliches. Und wohl gerade die ganz alltägliche Ratlosigkeit interessiert Simone de Beauvoir. Die Fragen stellen sich wie von selbst: Ist Fürsorge nicht manchmal auch Unterdrückung? Ist nicht auch Egozentrik eine Wurzel für Mütterlichkeit? Ist die Ehe nicht auch eine Chance zur Selbstzerstörung? Simone de Beauvoir greift das ein auf die Perspektive der Frau.

Damit mochten sich die Drehbuch-autorin Elke Loewe und der Regisseur Frank Guthke bei ihrem Fernsehfilm »Weils solche Liebe nicht täglich gibt« (ZDF) offenbar nicht zufrieden geben. Zunächst unterlegten sie den Film mit zahlreichen Villon-Zitaten (auch der Filmtitel ist ein solches). Damit erreichten sie zweierlei:

Die poetische Vision (»Ich bin so wild nach deinem Erdbesammler!«) bildet einen Maßstab für das Reale; und die extreme Männerphantasie Villons gibt einen aufschlußreichen Kontrast zu den Traumvorstellungen der Frau. Die täglichen Niederlagen der Menschen in ihren Beziehungen zu einander erhalten auf diese Weise eine tragische Größe, die das Banale geistig auffängt. »Ich weiß nicht, wie ich bin und wie ich sein soll« - so formuliert die Frau ihre Lage und spricht damit jene zerstörerische Unsicherheit an, die ihre Ehe scheitern läßt.

Das hebt diesen Film aus der Menge verkümmelter Streifen ähnlichen Genres heraus: Er weiß es nicht besser, er betreibt eine nachdenkliche Ursachenforschung, die jeden ernst nimmt. Ehe und Persönlichkeit als dauerndes Problem einer inneren Ambivalenz von Aktion und Passion. Und der Film hat zwei Gesichter, in die man gern schaut: Christine Ostermayer und Peter Striebeck. LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

7.45 Ratgeber: Pakistansische Küche	11.25 Rund um Big Ben
10.00 heute	12.10 Report
10.05 Rivales	12.35 Pressechau
Lustspiel nach Sheridan	13.00 heute
15.50 Tagesschau	14.00 heute
16.30 Mode-Kompass	14.04 Einen Haad will ich
16.45 Wilde Tiere	Aus der Reihe »Anderland«
Wie der Bär Honig klaubt	16.33 Der Waschbär Rascal
In den Wäldern Nordamerikas	Die Fellensteller
gibt es in den Nationalparks Bä-	17.00 heute / Aus den Ländern
ren. Die heutige Sendung zeigt	17.15 Tele-illustrate
interessantes und Lustiges über	17.45 Urlaub auf Italienisch
den Schwarzbären, beispielsweise	Regie: Sigi Rothemann
wie er in die Nase gestochen	Auf dem Weg nach Rom verläßt
wird, wie er einen gekauten	die Familie Korn den Bus in einer
Lachs fressen will und wie er	kleinen Ortschaft, um zu über-
schwimmt.	nachten. Ein alter Herr malt die
17.05 Heute und rechts vom Äquator	Hotels in den schwärzesten Far-
Ulrich Wickert mit Beiträgen aus	ben. Schließlich bietet er eine Villa
den Niederlanden, den USA und	zu einem Spottpreis an. Roswitha
Frankreich	ahnt Schreckliches.
17.45 Tagesschau	18.20 Urlaub auf Italienisch
17.55 Regionalprogramme	18.55 Lotto am Mittwoch
20.00 Tagesschau	19.00 heute
20.15 Lenz oder die Freiheit	19.30 Rommy's Popshow
Nach dem gleichnamigen Roman	Tierisches Vergnügen mit interna-
von Stefan Heym	tionalen Hits
2. Auf Messers Schneide	Regie: Otto Wotkes
Regie: Dieter Berner	20.15 Konzeptions O
Einige der gefürchten Offiziere	Themen: Gipfelfreien und die
des Großherzogs sammeln im	Deutschen - Gespräch Egon Bahr
Schwarzwald versprengte Trup-	mit Jürgen Todenhöfer, Moringen
pen um sich. Sie warten auf die	- Geschichte hinter der Fassade
Chance, das alte Regime wieder-	einer deutschen Kleinstadt. Per-
herzustellen. Christoffel beobach-	sonne und Züchter in der DDR
tet und verhindert ihre Pläne. Die	Moderation: Dirk Sager
Bemühungen der Regierung Bren-	21.00 Heute nicht, wer kommt
tan, Hessen gewollt als Verbün-	Die Weltmacht Weiß
dneten zu gewinnen, scheitern.	Mit H. Fischer, Gertraud Jesserer
22.00 Parteitag der CDU in Mainz	Buch, Regie: Franz Geiger
22.30 Tagesschau	21.45 heute-journal
23.00 Einsatz in Moskau	22.05 Wie sicher ist die Frieden?
Die Tücken des Gesetzes	Gespräch zwischen dem Ex-Bun-
Lionel Lessonbee war bei drei	deskanzler Helmut Schmidt und
Morden, begangen von Burt Foster,	dem Philosophen Carl-Friedrich
Augenzeuger. Lessonbee ist auch	von Weizsäcker über Tischernobyl
bereit, als Kronzeuge auszusagen,	Zabriske Point
doch er wird umgebracht.	Amerikanischer Spielfilm (1969)
23.45 Tagesschau	Regie: Michelangelo Antonioni
23.50 Nachtgedanken	0.55 heute

WEST	18.00 Telekolleg II
18.30 Samstag	19.00 Aktuelle Stunde
19.05 Fanstörprogramm	19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau	20.15 Mittwochs in Siegen
20.45 Nachrichten	Kunst und Calvinismus - eine
21.00 heute	Glaubensfrage? Mit China Hilfe
21.15 off-off	die Stahlkiste meistern? Wenn der
Ökologisches Gleichgewicht im	Fuchs wieder heimlich wird
Gartenteich. Wanderschule. Fer-	21.45 off-off
rentip Schwarzwald	Ökologisches Gleichgewicht im
22.30 Pflücker am Pikes Peak	Gartenteich. Wanderschule. Fer-
Amerikanischer Spielfilm (1955)	rentip Schwarzwald
Regie: Abner Biberman (OmU)	22.30 Pflücker am Pikes Peak
23.55 Nachrichten	Amerikanischer Spielfilm (1955)
NORD	Regie: Abner Biberman (OmU)
18.00 Samstag	23.55 Nachrichten
18.30 Die Spektakel	Das Erbe von Pfarrer Kneipp
19.15 Das internationale TV-Kochbuch	19.50 Das internationale TV-Kochbuch
19.50 Fern vom Garten Eden (5)	20.00 Tagesschau
20.00 Tagesschau	20.15 Hamburg Journal Spezial
20.45 Nachrichten	20.30 Stadtgespräch
21.00 Offerte	21.00 Offerte
21.15 Panagiotis lebt (2)	Nach dem Attentat auf den Jun-
ta-Führer Papadopoulos ist der	Alexander Panagiotis
Widerstandskämpfer	Panagiotis gefoltert
und zum Tode verurteilt worden.	22.10 Nicht schuldig (2)
Der Nürnberger Prozeß und seine	Folgen
0.30 Nachrichten	0.30 Nachrichten
18.00 Samstag	18.30 News of the Week
18.55 Schicksale	19.20 Samstag
19.55 Drei aktuell	20.00 Streitfragen
21.00 Spanien in der EG	21.30 Aktuell/Sport
21.50 Unterwegs	Erpressung
22.20 Die Traumfigur	22.30 Die Traumfigur
18.00 Samstag	18.30 Samstag
18.55 Schicksale	19.20 Samstag
19.55 Drei aktuell	20.00 Streitfragen
21.00 Spanien in der EG	21.30 Aktuell/Sport
21.50 Unterwegs	Erpressung
22.20 Die Traumfigur	22.30 Die Traumfigur
18.00 Samstag	18.30 Samstag
18.55 Schicksale	19.20 Samstag
19.55 Drei aktuell	20.00 Streitfragen
21.00 Spanien in der EG	21.30 Aktuell/Sport
21.50 Unterwegs	Erpressung
22.20 Die Traumfigur	22.30 Die Traumfigur

SAT1

15.00 Drei Mädchen und drei Jungen	Abendserien unbekannt
15.30 Lasse	16.00 Mischbox
17.00 Kung Fu	18.00 Es darf gelacht werden
18.30 AFP blick	18.45 Sport
Fußball-Bundesliga. Formel I. Se-	gel-Klasse Formel 40. Billard
Gast: Raymond Ceulemans	19.45
Demis in der Sierra Nevada	Amerikanischer Spielfilm (1976)
Mit Christopher George, Leslie	Nielsen, Lynda Day George
Regie: William Girdler	21.50 AFP blick
Aktuelle Show und Kunst.	Sport, Quiz und Wetter
22.15 Wunder, Mythen, Phänomene	PSI - Was ist das eigentlich?
22.45 Nummer Sechs	Herzlichen Glückwunsch
23.55 AFP blick	
19.00 Reisewege zur Kunst	Südostengland
19.45 Follow me (27)	20.00 Tagesschau
20.15 Alle meine Tiere	Der blaue Bär
20.45 Ungerührte Verhalten	Pferde in der Camargue
21.45 Ein hübscher kleiner Strand	Französischer Spielfilm (1949)
Mit Gérard Philipe	23.55 Nachrichten
18.00 Mini-ZB	18.10 Bilder aus Deutschland
Airbus in Norddeutschland	19.00 heute
19.20 Studie	19.30 Land der Berge
Alpenmagazin mit T. Podgorski	20.30 Volksmusik aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2	21.35 Kulturjournal
21.45 Septemberweizen	Film von Peter Krieg
»Septemberweizen« ist ein Bör-	senbegriff, der terminierte Wel-
sen-Kontrakte bezeichnet.	22.20 Studa Terkel
Ein Fußgänger in Chicago	Mit Georg Stefan Troller
23.50 Nachrichten	
18.15 Hits mit Witz/Regional 7	18.55 Auto-Auto
19.55 7 vor 7	19.22 Karibik
19.30 19.22 Karibik	19.50 Bergparc
20.15 RTL-Spiel	20.20 Himmelschau
20.30 Verbrechen auf Fort Clark	Amerikanischer Spielfilm (1974)
Mit M. O'Hara, Jeff Chandler	21.50 RTL-Spiel
21.55 Poppye	22.00 Wer ist ich?
22.25 Wetter/Horoskop/Wettpoker	23.50 Weltweit Final



»Lenz oder die Freiheit« - zweiter Teil der Heym-Verfilmung um 20.15 Uhr in der ARD, mit Annette Ullrich und Otto Mischlinger

Die Wiener Holzhacker

egw - Seit Wochen schon glauben die Wiener aus dem Burgtheater dumpfe Töne, etwas wie ein polyphones Murren, zu vernehmen. Was gewiss ihrer Hellhörigkeit zu verdanken ist, aber auch seinen Niederschlag in einer gerichtlichen Klage gefunden hat. Ein Schauspieler nämlich verklagt den Direktor wegen "übler Nachrede".

Es ist verständlich, daß das angestammte Ensemble, aus dem Claus Peymann, der neue Mann an der Burg, eine Anzahl Darsteller entfernt hat, sich von der aus Deutschland eingeschleusten Equipe von "Kaj-Uwe" bedrängt fühlt und an dem Neuen Herrschaftsansprüche zu erkennen meint. Ein Vorkämpfer der Burgmänner, der weithin bekannte Fritz Muliar, hat sich in der "Arbeiter-Zeitung", dem Zentralorgan der SPÖ, mehrmals kritisch über Peymann geäußert und ihn damit, laut Klageschrift, dazu gebracht, in einer Publikumsdiskussion Muliar die Abfassung von Artikeln "mit bewußten, plamatischen Unwahrheiten" nachzusagen. Daraufhin ging Muliar zum Kadi.

Daß Muliar, der am 1. September als Burgschauspieler in den Ruhestand getreten ist, aber als Gast weiterhin in der Burg auftritt, so energisch vorgeht, dürfte damit zusammenhängen, daß ein Teil der sozialistischen Wähler seinerzeit mit der Berufung Peymanns nicht einverstanden war und es natürlich heute noch nicht ist. Aber der Angriff auf die Person des Theatermannes kommt zu einem Zeitpunkt, wo dieser gerade dabei ist, mit seinen Premieren Pluspunkte zu sammeln, auch wenn es sich um bloße Übernahmen aus dem Bucherbestand handelt. Und bei der Jugend hat sich Peymann unter anderem durch Einführung verbilligter Eintrittskarten und Abschaffung gewisser Privilegien für die Prominenz schon einen Namen gemacht. Auch sein Eintreten für eine bessere Sprechertechnik ist allgemein aufgefalle.

Wie die Erfahrung lehrt, kann ein Prozeß, auch wenn er eine schmerzliche zur Folge hat, doch dem Beteiligten nützlich sein, ja, wie sich bei Bernhards "Holzhacker" gezeigt hat, sogar der Karriere wenig bekannter Künstler kräftig aufheben. Das hat Peymann nicht nötig, aber den Wienern wird die in den nächsten Wochen stattfindende Verhandlung gewiß Vergnügen bereiten. So sie zustande kommt.

„Ich identifiziere mich nicht mit der Rolle, ich beobachte scharf“ - Begegnung mit dem Filmschauspieler Donald Sutherland

Ein Wolf mit einer Vorliebe für roten Bordeaux

Er ist gewissermaßen der „Klaus Maria Brandauer“ der angelsächsischen Welt. Zumindest war sein Aufstieg zum internationalen Star ähnlich unauffällig wie der seines österreichischen Kollegen: Donald Sutherland, der 50jährige Mime aus Kanada, der fast schon eine Kultfigur, in jedem Falle aber ein Idol der Jugend und einer der meistgefragten Schauspieler unserer Tage ist.

Er wird nicht nur auf der Leinwand umschwärmt, sondern auch auf der Straße. Man kann diesen glänzend aussehenden Zwei-Meter-Mann schwerlich übersehen. Wenn er, wie unlängst beispielsweise, ein bißchen blasierter und immer in Gedanken über den Lido von Venedig spaziert oder durch die Gäßchen von San Marco, leger im dunkelblauen Leinenanzug, Haar und Schnurrbart weißgrau, blaue, fast stechende Augen im schmalen, feingeschnittenen Gesicht, die Rosette der kanadischen Ehrenlegion im Knopfloch - dann schauen die italienischen Mädchen ihm ebenso bewundernd nach wie die Touristinnen aus aller Welt.

Er lebt mit seiner Frau und fünf Kindern in Los Angeles. Aber sein eigentliches „Dahem“ ist nach wie vor Kanada, wo er einen kleinen Bauernhof besitzt. Sutherland war nach Venedig gekommen zur Welt-Premiere seines Films „Der Wolf vor der Tür“, den der Däne Henning Carlsen gedreht hat. Er spielt darin den Solopart: den Maler Paul Gauguin.

Gauguin, von Sutherland gesehen und interpretiert: das ist ein aggressiver, exzentrischer Zeitgenosse. Ein unheimlicher Wolf, der eher hungrig, als daß er Abstriche an seinen Idealen macht, und folglich in ständiger Geldnot schwelgt. Ein Mann mit skandalös ausschweifendem Lebenswandel und Frauen, die er begehrt, aber nicht liebt. Ein Künstler, der in der Süde nach neuen Wegen der Kunst sucht und sie auch findet; der für kurze Zeit nach Paris zurückkehrt, um sich dann ganz auf seiner Trauminsel Tahiti zu vergraben.

Sutherland sieht Paul Gauguin beständig ähnlich. Das ist auch der Grund, warum Regisseur Carlsen ihm um die halbe Welt nachließ, um ihm den Part anzudienen, der dem Schauspieler auch heute noch nicht so recht schmeckt, denn „menschlich fühle ich mich diesem Künstler fremd“.

Wir begegnen Sutherland bei einem kleinen Essen im noblen Hotel „Excelsior“ am Lido von Venedig, zu dem der dänische Botschafter in Italien eingeladen hat. Der Star gibt sich gesprächig und wohlgehumt. Er erzählt von seiner Vorliebe für franzö-



„Eines Film pro Jahr und sonst leben wie Gott in Frankreich“: Donald Sutherland in der Rolle des Malers Gauguin in dem Film „Der Wolf vor der Tür“

sischen Wein, vor allem für roten Bordeaux, den er in allen ihm zugänglichen Jahrgängen ersteigert. Und von seiner Gemäldesammlung, deren kostbarste Stücke ein riesiger De Kooning und ein kleiner Turner sind, den er von allen Malern am meisten liebt. Einen Gauguin hat er nicht. „Und wenn ich einen hätte“, so Sutherland, „würde ich ihn bestimmt verkaufen“.

Nichtsdestoweniger hat Sutherland alles von Gauguin - und vieles über ihn - gelesen. „Gauguin war fraglos ein Genie“, sagt er, „im Unterschied zu mir. Zwischen ihm und seiner Kunst bestand eine direkte Beziehung, worum ich ihn sehr beneide. Zwischen mir und dem Film gibt es eine Menge Leute - Regisseure, Produzenten, Drehbuchautoren, Kollegen und Journalisten - die mich permanent beeinflussen. Gauguin genügt sich selber. Bei mir ist das anders.“

Aber ob sich Sutherland nun Gauguin nahe fühlt oder nicht - es ist

beinahe gleichgültig. Denn die totale Identifikation mit einer Rolle kennt er ohnehin nicht. Da ist er anders als etwa Brandauer, der in Istvan Szabos Film den „Oberst Redl“ gab und von sich sagt: „Ich war der Redl.“ Er ist auch anders als Robert de Niro, der sogar böse wird, wenn jemand seiner Film-Partnerin während der Dreharbeiten auch nur schöne Augen macht. „Ich meinerseits“, so Sutherland, „sehe die Aufgabe des Schauspielers eher darin, Menschen zu beobachten, sie zu vergleichen, von ihnen zu lernen und das Gelernte dem Zuschauer nahezubringen. Aber ich bleibe immer ich selber.“

Donald Sutherland hatte schon früh Gelegenheit, Menschen zu beobachten: Mit 14 stieg er als Discjockey ins Showgeschäft ein. Später spielte er an den Studententheatern der Universität Toronto, wo er Ingenieurwissenschaften studierte. Als der Starkritiker des „Toronto Globe“ ihm ernsthaft nahelegte, nicht Ingenieur,

sondern Schauspieler zu werden, nahm er das als einen Fingerzeig des Schicksals an und schrieb sich 1958, nach seinem Diplom, an der Royal Academy of Dramatic Arts in London ein. Er spielte jahrelang an den Bühnen des Londoner West Ends, erhielt 1964 seine erste kleine Rolle in einem Horrorfilm, dem weitere Filmangebote folgten. Aber erst die Polit-Satire „MASH“ von Robert Altman, in dem er als respektloser Militärarzt Hawkeye Pierce brillierte, brachte ihm 1970 den Durchbruch.

Rund 50 Filme hat Donald Sutherland heute „auf dem Buckel“. Er war der ebenso draufgängerische wie zartbesaitete Detektiv „Klute“ in Alan J. Pakulas gleichnamigem Film. Er war der unvergessliche Gauner mit Herz in Louis Malle's turbulenten Komödie „Crackers“, dem Publikums- und Kritikerhit der Berlinale 1984. Er war bei Fellini ein „Casanova“ voll charmanter Nonchalance und bei Bertolucci der Attila in „1900“.

Er war in Nicholas Roeg's - unlängst auch vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlt - Gruselfilm „Wenn die Gondeln Trauer tragen“, der englische Kunst-Restaurator, der in Venedig seine tote kleine Tochter wiederzusehen glaubt und ihr durch dunkle Gassen folgt bis in den eigenen grausamen Untergang. In Robert Redford's 1981 oscargekröntem Mittelstands-Drama „Eine ganz gewöhnliche Familie“ bewies er überzeugender als je zuvor, daß er auch ernste, ja tragische Töne anzuschlagen weiß.

Eine Lieblingsrolle aus seinem Repertoire zu nennen fällt Sutherland selbst bei langem Nachdenken schwer. Er ist ein Schauspieler, der seinen Erfolg und seinen Marktwert nicht nach Rollen bemisst, sondern nach den Regisseuren, mit denen er arbeitete. Und da gibt es genügend klangvolle Namen: Aldrich und Altman, Paul Mazursky und John Sturges, John Schlesinger und Ken Russell, Fellini und Bertolucci, Chabrol und Louis Malle. Schließlich der Engländer Hugh Hudson („Chariots of Fire“, „Greystoke“). In dessen mit Spannung erwartetem Film „Revolution“, der im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg spielt und der schon im nächsten Monat in unsere Kinos kommt, ist er der englische Feind: Offizier Peasy, Partner von Nastassja Kinski und Al Pacino.

Das Tischgespräch mit Donald Sutherland im „Excelsior“ wird ausgesprochen heiter, wenn der Mime auf die erotischen Szenen zu sprechen kommt, die er stets nur mit Mühe absolvierte: „Am schlimmsten war es während der Dreharbeiten zu „Wenn die Gondeln Trauer tragen“. Geschlagene acht Stunden lang lag ich nackt neben Julie Christie. Und die Liebesszene wollte und wollte nicht klappen.“ Donald und Julie schwitzten vor Aufregung, Regisseur Roeg fluchte.

Besser erging es Sutherland als Fellini's „Casanova“. „Fellini nimmt nichts wirklich ernst, auch Sex und Erotik nicht. Bei ihm macht alles einen Heideispaß“, so der Schauspieler, für den, wie er gesteht, jede Liebeszene „einer Operation am offenen Herzen“ gleichkommt.

Wie stellt sich Donald Sutherland seine Zukunft vor? „Ganz klar“, sagt der Star, „weniger arbeiten und mehr verdienen. Ein Film pro Jahr sollte reichen, um meine Kinder zu ernähren.“ Die restliche Zeit des Jahres möchte er zu Hause sein, sich um die Familie, um seine Wein- und Bildersammlung kümmern. Und „leben wie Gott in Frankreich“ auf seiner kleinen Farm in Kanada. DORIS BLUM

JOURNAL

Nürnberger Theaterstück mit großem Erfolg

DW. Nürnberg
Zehn Jahre sind es her, daß das Theaterstück „Schweig, Bub!“ von Fitzgerald Kusz in Nürnberg uraufgeführt wurde. Es ist seitdem zu einem Renner geworden. Die Farce über menschliche Schwächen in fränkischer Mundart erlebte inzwischen 13 „Übersetzungen“ vom Flämisches über Berlinische bis ins Schwyzertütsche. Das Jubiläum ist Anlaß für die Nürnberger Kammerspiele, am 12. Oktober eine Matinee zu veranstalten. Das Stück ist, zusammen mit zwei weiteren, auch in Buchform erschienen: „Schweig, Bub! Fränkische Trilogie“ (Ehrenwirth Verlag, München, 200 Seiten, 28 Mark).

Unbibliotheken verliehen 25 Millionen Bücher

dpa. Berlin
An den Universitätsbibliotheken in der Bundesrepublik sind 1985 mehr als 25 Millionen Bücher, Zeitschriften und andere Medien ausgeliehen worden. Das sind 2,5 Prozent weniger als im Jahr davor. Die Zahl der Bestellungen im auswärtigen Leihverkehr („Fernleihe“) sei dagegen mit rund 1,4 Millionen in etwa unverändert geblieben, teilte das Deutsche Bibliotheksinstitut in Berlin mit. Die Angaben stützen sich auf eine statistische Umfrage bei den 37 Unbibliotheken, an der sich 54 Institute beteiligten.

Politische Karikaturen von Ragnvald Blix

DW. Düsseldorf
Zehn Jahre lang zeichnete er für den „Simplissimus“. 1919 kehrte er jedoch in seine norwegische Heimat zurück und arbeitete für seine eigene satirische Zeitung „Exlex“ sowie für Tageszeitungen in Skandinavien. Wohl deshalb ist Ragnvald Blix (1883-1954) ein wenig aus dem Blickfeld geraten. Nun erinnert das Stadtmuseum Düsseldorf mit einer Ausstellung an diesen bedeutenden politischen Karikaturisten der Zwischenkriegs- und Nachkriegszeit. Dabei stehen Zeichnungen, die sich mit den deutschen Verhältnissen beschäftigen, im Mittelpunkt. Die Auswahl ist bis zum 26. Oktober zu sehen, der Katalog kostet 8 Mark.

In Erinnerung an Justinus Kerner

DW. Weinsberg
Aus Anlaß des 200. Geburtstages des Arztes und Schriftstellers Justinus Kerner (vgl. WELT v. 17. 9. 81) ist das Kernerhaus in Weinsberg nach gründlicher Renovierung der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht worden. Die dort arrangierte ständige Ausstellung wird von dem jetzt erschienenen „Marbacher Magazin“, Heft 39 (bearb. v. Friedrich Pfäflin u. Reinhard Tjabhi, 112 S., 8 Mark), begleitet. Neben Angaben zu Leben und Werk enthält es Vorschläge von heute lebenden Schriftstellern, darunter Hans Bender, Karl Krolow und Martin Walser, bestimmte Gedichte Kerners wieder zu lesen.

Barbara Sadowska †

Die Menschenrechtlerin und Lyrikerin Barbara Sadowska ist in Warschau im Alter von 48 Jahren gestorben. Frau Sadowska war die Mutter des Abiturienten und Jung-Lyrikers Grzegorz Przemyski, der 1983 unter ungeklärten Umständen im Polizeigewahrsam ums Leben kam. Die Dichterin wurde in einer kommunistisch-polnischen Familie in Paris geboren und debütierte mit 19 Jahren als Malerin und Lyrikerin in Polen. Nach einer steilen Karriere schloß sie sich plötzlich in den 70er Jahren der Opposition an. Eine religiöse Rückbesinnung trat 1981 ein: Sie setzte sich karitativ in einer weiblich-klosterlichen Stille für Angehörige politischer Inhaftierter ein und wurde beim Überfall auf diese Stelle von „unbekannten Tätern“ schwer mißhandelt. Im Sommer 1985 besuchte Barbara Sadowska ihren Geburtsort Paris sowie Köln und Essen, wo sie Vorträge über die Opposition in ihrer Heimat hielt. J. G. G.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Die „Bibliophilen Taschenbücher“ sind gerade bei dem 500. Band angelangt. Und da sich diese Taschenbuchreihe vorwiegend dem schönen Buch der Vergangenheit verschrieben hat, feiert man dieses Jubiläum mit einem „imaginären Museum der Buchkunst“. Es umfaßt - angefangen mit der Gutenberg-Bibel - 70 der schönsten Bücher, die über Museen in aller Welt verteilt sind und sicher nie unter einem Dach zusammenkommen werden. Dazu kommen Abschnitte ins Kuriose, von den Buchattrappen bis zum „Steinbuch“. Also etwas fürs Auge - und fürs Gedächtnis. Denn wenn fallen da nicht Werke ein, die er unbedingt in dieses Museum eingereiht sehen wollte? P. Jo. „Museum der Bücher“, hrsg. v. H. A. Halber, Harenberg o. P., 10 Mark.

Straßburg: Internationales Festival Neuer Musik

Philharmonie im E-Werk

Es war eine lange Quartett-Nacht. Fünfeinhalb Stunden dauerte sie. Drei Streichquartette waren dazu aufgerufen. Und auch dem Publikum wurde alles abgefordert. Ein Konzert mit Streichquartetten des 20. Jahrhunderts - von Arnold Schönberg bis zu George Aperghis - das verlangt volle Konzentration. Gleich drei Ensembles hatte man verpflichtet: das Arditi-Quartett, das Berner Streichquartett und das französische Rosamonde-Quartett.

Das Konzert fand im Rahmen des Festivals „musica 86“ in Straßburg statt, und sein Programm beleuchtet schlaglichtartig eines der Hauptanliegen der Organisatoren: „Internationales Festival zeitgenössischer Musik“ nennt sich die 1983 gegründete Straßburger Veranstaltung mit vollem Titel - und zeitgenössische Musik muß ja nicht zwangsläufig Uraufführung heißen. Uraufführungen gibt es bei „musica“ zwar auch, aber sie sind selten. Viel eher soll zeitgenössische Musik die Chance erhalten, sich im Vergleich mit großen anerkannten Werken, egal aus welchem Jahrhundert, zu behaupten. Zu eben diesem Zweck fand der dritte Teil der Quartett-Nacht statt - mit Schönbergs viertem, Bartóks fünftem und György Ligets zweitem Streichquartett, also mit ausgesprochenen Klassikern der Neuen Musik.

Kurz zuvor waren ausschließlich neuere und meist unbekannte Produktionen zu hören gewesen. Das Ergebnis des Hörvergleichs fiel bei der Quartett-Nacht durchaus respektabel aus: Eigentlich keines der neuen Werke fällt gegenüber den großen Vorbildern ungebührlich stark ab - so unterschiedlich die einzelnen Musiksprachen und Personalstile auch

sein mögen. George Crumbs Streichquartett „Black Angels“ war da zum Beispiel zu hören, das sich auf zwei- bis höchst vernünftige Art aus dem Fundus der Musikgeschichte bedient und das wohl eher dem Kapitel fröhliche Neue Musik zuzurechnen ist.

War die Idee einer Quartettnacht schon ausgefallen genug, so gibt es bei jedem „musica“-Festival einige Veranstaltungen, die die Wege herkömmlicher Programmplanung vollständig verlassen. Hierher gehört etwa die Vorführung von Serge Eisenstein's Stummfilmklassiker „Panzerkreuzer Potemkin“, zu der die Junge Deutsche Philharmonie live die Musik lieferte und die nicht etwa in einem Kino stattfand, sondern im alten, ausgereinigten Straßburger Elektrizitätswerk. Wer den Film dort gesehen hat, wird zugeben müssen: Zu diesen Bildern paßt keine Umgebung besser als eine Fabrikhalle voller Röhren, Behälter und Maschinen.

Natürlich ist es nicht möglich, den insgesamt 33 „musica“-Veranstaltungen lückenlos gerecht zu werden, etwa der Aufführung von Bernd Alois Zimmermann's „Requiem für einen jungen Dichter“, die allein schon wegen ihres immensen Organisations- und Finanzaufwandes zu den Großtaten in Sachen Neue Musik zählt, oder den drei Konzerten, in denen Pierre Boulez eigene Werke dirigiert. Ein weiteres Konzert sei wenigstens noch erwähnt, weil es bezeichnend ist für die Offenheit, die die Straßburger Organisatoren gegenüber jeder Art von Musik besitzen: ein Solokonzert des fabelhaften Jazzpianisten Michel Petrucci. So ein Auftritt hat wenig mit E-Musik- Avantgarde zu tun, aber viel mit Lust an der Musik und Lust am Hören. STEPHAN HOFFMANN

Retrospektive des Grafikers Rolf Sackenheim

Nachdenkliche Kringel

Zu seinem 65. Geburtstag veranstaltet das Museum seiner Heimatstadt Koblenz den Zeichner und Grafiker Rolf Sackenheim eine Retrospektive auf sein Schaffen der letzten drei Jahrzehnte. Es ist keine große Schau; die würde auch nicht passen zu dem eher intimen Guvre und auch nicht zu einem Künstler, der die großen Auftritte niemals liebt. Auch als stellvertretender Direktor der Düsseldorfer Kunstakademie hielt er sich besonnen im Hintergrund.

Dennoch ist dies keine bescheidene Ausstellung. Im Gegenteil, sie stellt hohe Anforderungen an den Besucher und erfüllt höchste Ansprüche erklärter Grafikfreunde, die am liebsten mit der Lupe an ein Blatt herantreten. Sackenheim gehört zu der verhältnismäßig kleinen Gruppe der Nur-Zeichner und Nur-Grafiker hierzulande; alle Vorzüge des Spezialstums, vor allem im Technischen, schlagen sich in seinem Guvre nieder. Sie wären freilich nichts wert ohne die spürbare Einwirkung seiner künstlerischen Intelligenz. Denn „Zeichnen heißt, zeichnend über das Wesen der Zeichnung nachdenken.“ Es wäre sicher zu billig, jetzt zu behaupten, man sähe das seinen Zeichnungen an; aber es empfiehlt sich, diesem Sachverhalt nachzuspüren.

Gelernt hat Sackenheim bei Karl Hubbuch und Otto Coester. Er war nicht von ihnen abhängig. Gleichwohl tauchte manches wieder auf, als er sich vom Gegenständlichen abkehrte, um sich neuen, informellen Einflüssen auszusetzen. Man glaubt, Spuren solcher Einflüsse von Wols und Tobey, von Hartung und Pollock

in den frühen Blättern zu erkennen. Doch bald entwickelte sich daraus eine neue Figur, eine eigene, in sich geschlossene Welt aus Linien, Gerüsten, Bauten, Landschaften, aus Bewegung, Rhythmus, Spannung. Augenblicklich denkt man an Piranesi, wohl wissend, daß der Vergleich erheblich hinkt. Aber daß er sich anbietet, ist kein Zufall. Sackenheim's Blätter haben kein Thema wie die Stiche Piranesi's; „mein Inhalt ist das Radieren“, sagt er; und eben darin, in der technischen Meisterschaft, wetteifert er, gewiß nicht erfolglos, mit dem Italiener, der ihm eine Zeitlang sogar Vorbild gewesen sein mochte.

Seit Ende der 70er Jahre aber vollzieht sich eine auffällende Wandlung in den Zeichnungen und Radierungen Sackenheim's. Die vordem dichtgefüllten Blätter mit ihren Wirbeln und Windungen, ihren Bewegungen und Strömungen, Konstruktionen und Verschachtelungen werden immer leerer; die dichten Formen lösen sich auf in Wolken und Nebelstreifen, hingestrichene Formationen, die im Weißen schweben oder fliegen. Man könnte entfernt an Bissier oder ostasiatische Vorbilder denken; wäre nicht die Entwicklung, der Weg Sackenheim's aus einer ganz anderen Richtung bekannt, man müßte diese Flecken und gewissten Formpartien, diese Kringel und Spiralen für Anachronismen halten. In der Tat bedeuten sie sicher nicht eine Rückorientierung, sondern sind eben auch ein Ergebnis des „zeichnenden Nachdenkens über das Wesen der Zeichnung“. (Bis 26. Okt., Kat. 15 Mark)

EO PLUNIN



Formen, die sich auflösen: „Pinselfzeichnung“ (1985) von Rolf Sackenheim, aus der Koblenzer Ausstellung

FOTO: KATALOG

KULTURNOTIZEN

John Neumeier verfilmt sein abendfüllendes Ballett „Die Kameleoparden“ mit Marcia Haydee in der Titelrolle.

Der Zeitschriftenrat der Arbeitsgemeinschaft der Zeitschriftenverleger des Börsenvereins findet vom 22. bis 24. Oktober in München statt.

„Antike Bauten in Modell und Zeichnung“, die Ausstellung auf Schloß Wilhelmshöhe in Kassel, wurde bis 19. Okt. verlängert.

Internationales, das Saarbrücker Marionetten-Festival, findet vom 24. bis 27. Oktober statt.

Vier polnische Fotografen stehen im Mittelpunkt des 7. Bielefelder Symposiums über Fotografie zum Thema „Elementare Fotografie“ vom 31. Okt. bis 1. Nov. in der Fachhochschule.

Die Ausstellung „Benys zu Ehren“ im Münchner Lenbachhaus (s. WELT v. 1. 8.) wurde bis 2. November verlängert.

Alexandre Kalloujny, Startänzer und Ballettlehrer der Pariser Oper, ist im Alter von 63 Jahren in Paris gestorben.

Neuer Trend in den USA

Immer mehr Akademiker bevorzugen Teilzeitarbeit

WOLFGANG WILL, New York

Ein neuer Trend wird auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt registriert: Immer mehr Akademiker verschreiben sich der Teilzeitarbeit. Immer mehr Firmen bedienen sich solcher Kräfte, statt Vollzeitbeschäftigte unter Vertrag zu nehmen, weil das Einsparungen für die betreffenden Unternehmen bedeutet. Von den rund 800 000 Amerikanern, die bei Teilzeitarbeits-Vermittlungen registriert sind, gehören etwa elf Prozent akademischen Berufen an, und ihre Zahl bei diesen Agenturen wächst um jährlich zehn Prozent. Vorwiegend handelt es sich dabei um Ärzte und Juristen, aber auch um Ingenieure und Computer-Spezialisten.

An Nachwuchs wird es kaum mangeln, denn in den USA kommen jährlich 37 000 Juristen und 16 000 Ärzte von den Universitäten. Für Akademiker gibt es auch bereits die ersten Teilzeit-Vermittlungsagenturen - ausschließlich für Akademiker.

● In Atlanta hat die Agentur Locum Tenens rund 2000 Ärzte in ihren Listen. Ein durch diese Agentur vermittelt praktischer Teilzeitarzt erhält ein Honorar von täglich 440 Dollar, wovon er 190 an die Agentur abführen muß. Die bezahlt aber dafür auch eventuelle Reisespesen und die ärztliche

Versicherung, die vor Klagen wegen Berufsfehlern schützt.

● Lawsmith in San Francisco verfügt über die Namen von 150 Rechtsanwälten. Sie erhalten als Teilzeitarbeiter ein Stundenhonorar von 75 Dollar, wovon die Agentur zehn Dollar kassiert.

● Computer-Fachleute sind die Spezialität der Agentur The Experts in Wellesley/Massachusetts. Das Stundenhonorar eines solchen Datenverarbeiters liegt bei 120 Dollar.

Die Akademiker, die nur auf Teilzeitarbeit arbeiten, begründen ihren Entschluß mit der größeren Freiheit, die sie - verglichen mit fest angestellten Kollegen - haben. Die Anwältin Louise Quintard nennt einen anderen Grund: Sie erhält sich gerade von einer Rückenverletzung - da kommt ihr die Möglichkeit der Teilzeitarbeit wie gerufen.

Vorteile auch haben die Firmen. Ein Hospital in Duluth beispielsweise brauchte für vier Wochen einen Radiologen, um eine Urlaubsdecke schließen zu können - die Teilzeitarbeit war weniger kostspielig als ein festangestellter Arzt. Das gleiche gilt für die Anwaltsfirma St. Clair in San Francisco, wo wegen plötzlichen, aber vorübergehenden Arbeitsanfalls sechs Teilzeitarbeiter angestellt wurden. (SAD)

Ein Deutscher für ein Jahr Großgrundbesitzer in Israel

WOLFGANG GESSLER, Bonn

Peter Michael Dudzik, ARD-Korrespondent in Israel, ist zusammen mit dem arabischen Kaufmann Muhammad Abdel Rajen einer der größten Landbesitzer Israels. Den beiden gehören rund 700 Quadratkilometer fruchtbare Ackerlands. 210 Kibbuzim und Mochavim (Genossenschaften) sowie 3100 Einzelpersonen haben Dudzik und Rajen dieses Land verkauft, für 90 Scheckel (rund 130 Mark) eine Fläche von der Größe Hamburgs.

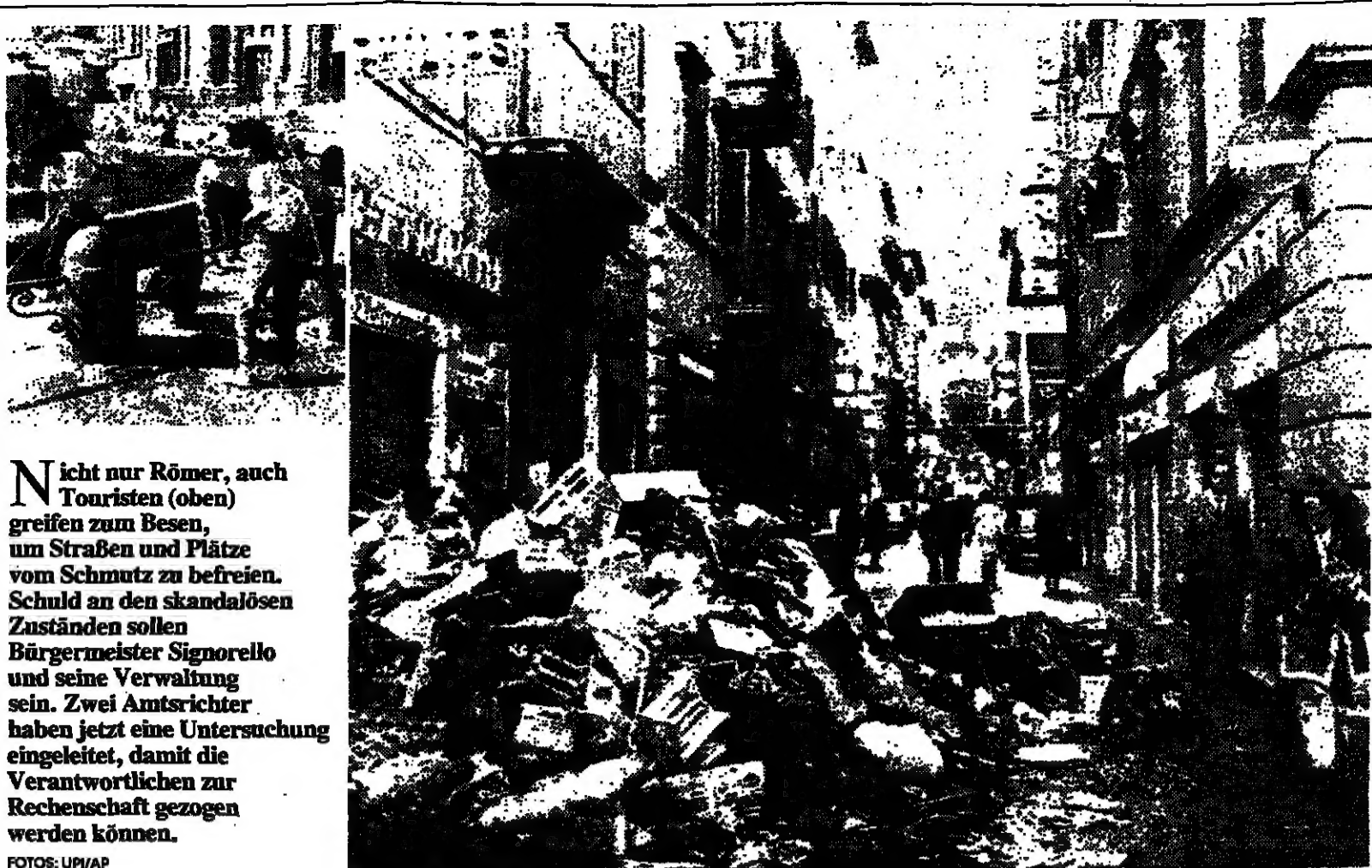
Der Journalist hatte einen Bericht über das „Schmitta“-Jahr gelesen, jenes siebte Jahr, über das zu lesen ist: „Sechs Jahre kannst du in deinem Land säen und die Ernte einbringen; im siebten sollst du es brachliegen lassen und nicht bestellen. Die Armen in deinem Volke sollen davon essen, den Rest mögen die Tiere des Feldes fressen.“ (Exodus, 23,10). Mit dem Beginn des Jahres 5747 jüdischer Zeitrechnung ist am Samstag ein solches siebtes „Schmitta“-Jahr angebrochen.

Bis zur Zerstörung des Tempels 70 n. Chr. hielten sich die Bauern streng an das biblische Gebot; die Felder lagen brach. Die Ackerruhe diente der Erholung des Bodens und sorgte für - man würde heute sagen - soziale Gerechtigkeit: Vor allem die Armen konnten ihre schlimmste Not

durch Reste von Obst und Gemüse lindern, welches sie auf den Feldern fanden. Schließlich war für die Bauern mit dem „Schmitta“-Jahr ein Zinsverbot verbunden. Heißt es doch: „Jeder Gläubige soll den Teil seines Vermögens, den er einem anderen unter Personalhaftung als Darlehen gegeben hat, brachliegen lassen.“ (Deuteronomium 15,12).

Im Zeitalter moderner Volkswirtschaft wäre eine ähnliche religiöse Konsequenz für die Landwirtschaft katastrophal. So ersannen die jüdischen Bauern einen Kunstgriff, um den Geboten dennoch gerecht zu werden: Etwa 90 Prozent aller Kibbuzim verkaufen ihre Länder für ein Jahr an Nichtjuden und arbeiten als Lohnarbeiter auf diesen Feldern. Als Lohn erhalten sie die gesamte Ernte.

Freilich: Von seinem Landwerb wird Käufer Dudzik nichts haben. Denn die Gesetze des israelischen Staates verbieten den Verkauf von Boden an Nichtjuden. Der vom Oberabbat gezeichnete Vertrag hat also nur religiöse Wirksamkeit. Dudzik, dessen Kauf auch in den „Tagesshemen“ zu sehen war, trägt seinen neuen „Reichtum“ mit Humor: „Demnächst werde ich wohl einen unserer Kibbuzim besuchen, und dann sage ich: „Freunde, hier bin ich. Ich bin euer neuer Besitzer!“



Nicht nur Römer, auch Touristen (oben) greifen zum Besen, um Straßen und Plätze vom Schmutz zu befreien. Schuld an den skandalösen Zuständen sollen Bürgermeister Signorello und seine Verwaltung sein. Zwei Amtsrichter haben jetzt eine Untersuchung eingeleitet, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können.

FOTOS: UPI/AP

Die Römer leiden unter ihrer Stadt

KLAUS RÜHLE, Rom

„Rom ist ein einziger Saustall“, konstatiert so mancher Tourist, der nach einem mehrtägigen Besuch in der Ewigsten Stadt wieder den Heimweg antritt. Dieses Urteil wird von den meisten römischen Bürgern geteilt. Im Gegensatz zu den entzückten Touristen sind sie jedoch gezwungen, dauernd in einer Stadt zu leben und zu arbeiten, die vor Schmutz steht; in der die Autoabgase die Luft verpesten und die Geräuschkulisse gesundheitsschädigende Formen angenommen hat. In einer Stadt, in der die Mobilität zum Erliegen kommt.

Jetzt schenkt das Maß voll zu sein. Zwei römische Amtsrichter haben die Initiative ergriffen und eine Untersuchung eingeleitet mit dem Ziel, gegebenenfalls die Stadtregierung für die ungeliebten Zustände verantwortlich zu machen. Hand in Hand damit geht die Selbsthilfe der Römer, die sonntags mit Besen und Schaufel bewaffnet auf die Straße gehen, um die stinkenden Müllberge abzutragen.

Am vergangenen Wochenende wurde zudem unter starker Beteiligung eine Protestdemonstration gegen die „jahrhundertliche Vernichtung unserer Stadt“ durchgeführt. Hunderte von zornigen Römern hielten sich an den Händen und bildeten zwischen der Piazza del Popolo und dem spanischen Platz eine Menschenkette. In

Sprechchören attackierten sie die Stadtverwaltung. Angeklagt sind das christdemokratische Stadtoberhaupt Nicola Signorello und die verantwortlichen Dezernenten des Magistrats. Doch die waschen sich die Hände in die Unschuld. Für die Straßenreinigung fehle es einfach an Arbeitskräften, heißt es. 1500 Planstellen seien unbesetzt. Eine Entscheidung zugunsten der Befreiung der Innenstadt vom privaten Autoverkehr werde schon lange erwogen, stöße aber auf viel Widerstand.

Lärmschwellen ist weit überschritten

Bis vor ein paar Jahren wurde Rom von einer roten Mehrheit regiert. Von der Wachabteilung versprochen man sich viel, vor allem auch in der Vatikanstadt, die ja Teil Roms ist. Leider wurden die Hoffnungen nicht erfüllt, was das päpstliche Presseorgan, den „Osservatore Romano“, schon vor Monaten veranlaßte, seinen Betrübnis über das Versagen des christdemokratischen Bürgermeisters Ausdruck zu verleihen.

Die jetzt in Gang gekommene amtliche Untersuchung gegen die Schlampelei der römischen Stadtväter stößt auf Schwierigkeiten.

Zum Beispiel stellte sich jetzt heraus, daß es in der Hauptstadt Italiens an dem gesetzlich vorgesehenen Netz von Kontrollapparaturen für die Messung der Luftverschmutzung fehlt. Nur dank der privaten Initiative der örtlichen Umweltorganisationen weiß man, daß der Verschmutzungsgrad und auch die zulässige Lärmschwellen längst das zulässige Maß überschritten haben.

Wo tagtäglich eine Million Pkw die Innenstadt mit ihren Abgasen belasten und die Bürgersteige zustellen, wo die Dieselmotoren der Autobusse und Lkws die Luft verpesten, wo die schlecht organisierten und unhygienischen öffentlichen Verkehrsmittel keinen Ersatz für den privaten Autoverkehr darstellen, zumal es an einem internen U-Bahn-Netz fehlt. Gibt es wirklich keinen Ausweg mehr aus der Misere? Eine Lösung böte sich an, wenn das gesamte „historische Zentrum“ zur Fußgängerzone erklärt würde. Eine so radikale Entscheidung wagt bisher jedoch niemand zu treffen.

Zur Unbewohnbarkeit Roms tragen neuerdings noch andere Mängel bei: Ausbesserungsarbeiten, die eigentlich in den verkehrsarmen Hochsommermonaten hätten durchgeführt werden müssen, blockieren jetzt die Straßen und Plätze. Außerdem wird an allen Ecken und Enden

gegraben, um die alten Gasleitungen durch neue für Methangas zu ersetzen. Halb Rom gleicht einem löcherigen Schweizer Käse. Die Zahl der Baustellen wird auf 6000 geschätzt. Lange Staus sind die logische Folge. Wenn es den ortskundigen motorisierten Römern mit allen möglichen Tricks - wenn auch mit großem Zeitverlust - doch noch gelingt, von einem Ende der Stadt zum anderen zu gelangen, so ist dies für einen Ortsunkundigen völlig hoffnungslos.

Auch Baudenkmäler sind stark gefährdet

Wehmütig denken die Römer an den 12. August 1950 zurück, als Rom zur „stillen Stadt“ erklärt wurde, von dem damals in Kraft getretenen Hupenverbot ist nichts mehr übrig geblieben. Auch die vor einigen Jahren geschaffenen sieben Sperrzonen „historischen Zentrum“ stehen praktisch nur noch auf dem Papier.

Doch nicht nur die Bewohner und Besucher Roms leiden unter der verpesteten Luft, auch die zahlreichen Baudenkmäler der Ewigsten Stadt, die durch die Schadstoffe stark gefährdet sind. Ein großer Teil davon wartet seit Jahren in Holzverschlägen auf die Sanierung.

Bei Lärm wird weniger geleistet

rt, Berlin

Die Belastung durch Lärm verringert drastisch die Gedächtnisleistung. Zu diesem Ergebnis kommen Psychologen der Freien Universität (FU) Berlin in einer Studie über die Zusammenhänge von Lärm und Leistung. Die Wissenschaftler haben die Arbeitsplätze im Großraumbüro einer Versicherung untersucht. Die im Labor nachgestellten Arbeitsbedingungen offenbarten, daß nicht das Verarbeiten, sondern das Behalten von Informationen das Problem sei. Kamen Streßbelastungen wie Lärm in dieser Situation hinzu, dann verringerte sich die Gedächtnisleistung drastisch. „Bei hoher Aufgabenschwierigkeit, bei Zeitdruck, Lärm und anderen Streßfaktoren versagt das Gedächtnis seinen Dienst“, heißt es in der Studie. Die Folge sei zusätzliche Arbeit, da Wichtiges vergessen werde, nachgeschlagen oder bei Kollegen erfragt werden müsse. Diese Mehrarbeit belastet den Arbeitnehmer.

Hohe Geldbußen für Raser

dpa, Rom

Rasen auf Italiens Straßen und Autobahnen kann teuer werden. Gestern trat ein Dekret in Kraft, mit dem die Bußgelder für zu schnelles Fahren drastisch erhöht werden. Wer dabei erwischt wird, daß er die zulässige Höchstgeschwindigkeit um mehr als zehn Stundenkilometer überschreitet, muß bis zu 800 000 Lire (knapp 1200 Mark) zahlen. Für Lastwagenfahrer kann die Strafe doppelt so hoch sein. Bisher lag die Höchststrafe bei 600 000 Lire (knapp 900 Mark). Wer auf der Stelle bezahlt, bekommt 25 Prozent Nachlaß.

Von Handen angefallen

AFP, Paris

Von sechs ausgebrochenen Wachhunden ist ein Radfahrer auf einer Landstraße in der Nähe der Ortschaft Itteville südlich von Paris angegriffen worden. Der 68jährige Pierre Martin wurde mit schweren Blauwunden im Gesicht, am Hals, an Armen und Beinen in die Intensivstation eines Krankenhauses eingeliefert. Ein Autofahrer hatte mit seinem Fahrzeug vergeblich versucht, die zwei Schäfer- und vier Pyrenäenhunde vor dem am Boden liegenden Opfer zu trennen.

Einstein-Archiv in Bern

dpa, Bern

Nach Princeton in den USA unternimmt das Schweizer Institut für die Erforschung der Albert-Einstein-Wissenschaften. Auf Initiative der Wissenschaftshistoriker Max Fickler ist in der Schweiz Bundeshauptstadt die Stiftung „Einstein-Archiv“ gegründet worden. Es umfaßt Originale und Fotokopien von Manuskripten, Studienheften und Briefe Einsteins, Literatur zu Einsteins Werk, Briefe und Aufzeichnungen von Zeitgenossen, Presseberichte sowie Tonbänder.

Hitlerjunge im Eis

dpa, Innsbruck

Der Überlebener Gletscher der St. Peter Alpen im italienischen Südtirol hat nach über 40 Jahren eine Leiche freigegeben, die offenbar die eines Hitlerjungen ist. Er wurde am vergangen Sonntag von einem Bergsteigermann in etwa 3000 Meter Höhe entdeckt. Die zerfetzte Uniform der Leiche, die weiße „S“-Rune, das Zeichen der zehnjährigen Angehörigen der „Deutschen Jungvolks“ in der Hitlerjugend. Außerdem wurde ein Abzeichen mit der Aufschrift „Reichsschule Jugend - Ausland“ gefunden.

Beschwerde zurückgezogen

rt, Berlin

Der wegen fahrlässiger Tötung seiner Frau Helga und unerlaubter Waffensbesitzes zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilte frühere Fußballermeister Gustav „Bubi“ Schol bleibt weiter in Haft. Er zog nach Angaben eines Juristenprechers sein Beschwerde gegen eine Entscheidung der Strafvollzugsbehörde der Landgerichts Berlin zurück. Die hatte eine Entlassung des 56jährigen nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haft abgelehnt.

Anzeige

Das beste ist eine gute Versicherung

SIGNAL VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

Im weltberühmten Ozeanarium in Monte Carlo wurde jetzt ein regelrechtes „Krankenabteilung Fische“ eingerichtet. Dortin können man exotische Fische, die aufgrund ihrer „Gefahrenschaffen“ schwermur wurden oder von Konkurrenten verletzt wurden.

WETTER:Wolkig, im Norden Regen

Lage: Ein Hoch über Mitteleuropa bleibt für den größten Teil Deutschlands weiterbestimmend. Tiefdruckläufer beeinflussen den Norden und Osten Deutschlands.

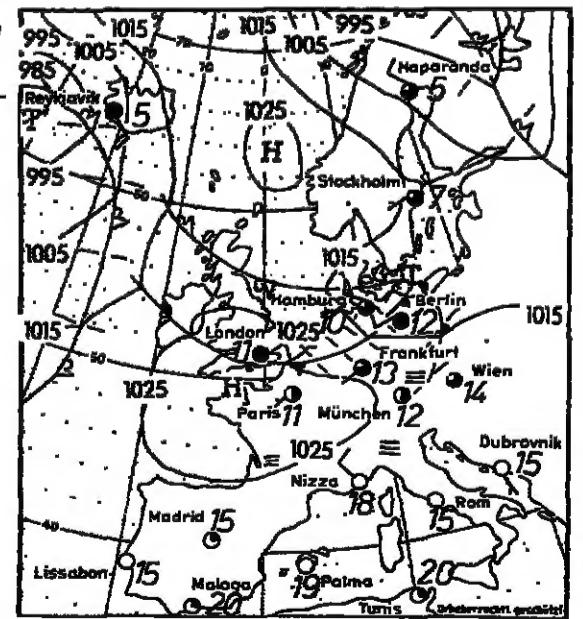
Vorhersage für Mittwoch: Im Norden und Osten stark bewölkt und zeitweise Regen. Nach Süden hin wolkig mit zunehmenden Aufhellungen und weitgehend niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen 16 bis 20 Grad. Tiefstwerte in der

Nacht zum Donnerstag 10 bis 8 Grad. Schwacher, im Norden mäßiger Wind um West.

Weitere Aussichten: Am Donnerstag ruhiges und überwiegend freundliches Herbstwetter.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.35 Uhr. Untergang: 17.43 Uhr. Mondaufgang: 14.14 Uhr. Untergang: 20.47 Uhr (* MEZ: zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 8. Okt. 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
---------------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Anklage gegen „Doppeldoktor“

rt, Dortmund

Wegen des Verdachts von Schmiergeldzahlungen in Verbindung mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage in Hamm hat die Dortmunder Staatsanwaltschaft Anklage gegen den ehemaligen Hammer Wirtschaftsdezernenten Winfried Masannek und drei Vorstandsmitglieder der Deutschen Babcock Anlagen AG erhoben.

Wie die Staatsanwaltschaft gestern mitteilte, wird Masannek vorgeworfen, als Gegenleistung für die Auftragsvergabe der 170 Millionen Mark teuren Anlage 1,7 Millionen Mark erhalten zu haben. Die Anklage gegen Masannek, der jahrelang als angeblicher „Dr. Dr.“ firmiert hatte, lautet auf Bestechlichkeit, Urkundenfälschung, fortgesetzte Steuerhinterziehung und unbefugtes Führen akademischer Grade. Den Mitarbeitern der Babcock wird gemeinschaftliche aktive Bestechung zur Last gelegt.

Das „alte Wasserwerk“ hat so seine Tücken

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das „alte Wasserwerk“, gerade erst bezogenes Ausweichquartier des Deutschen Bundestages bis zur Neugestaltung des baufälligen Parlaments, hat trotz vieler gerühmter Edelausstattungen seine Tücken. Problem Nummer eins ist eine Hellhörigkeit, die nicht nur den Stenographen zu schaffen macht.

Friedrich-Ludwig Klein, Leiter des Stenographischen Dienstes des Bundestages und seit 36 Jahren in ihm tätig, hat soeben im Auftrag ein Memorandum an das Präsidium des zwangsläufig eng gerateten Hohen Hauses fertiggestellt, in dem festgehalten wird, daß die Fraktionsvorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, in vier Plenarsitzungen insgesamt 242 Zwischenrufe - ein Rekord - gemacht hat. Früher, so Klein, konnten bei der herrschenden Weiträumigkeit die Stenographen gerade noch bis zur zweiten Sitzreihe hören. Jetzt ist praktisch bis in die Hinterbänke hinein alles für die Stenographen wahrnehmbar, müßte also nach geltender Regel eigentlich ins Protokoll aufgenommen werden. Der „Stenographische Bericht“ vom 11. September, etwa 110 Druckseiten stark, weist auf manchen Seiten 20 und mehr Zwischenrufe nach. Das führte zunächst zu einer Präsidiumsankündigung, nicht jedes „Gemurmel“ auch zu notieren, schließlich in der letzten Sitzung am 2. Oktober zu einer ausdrücklichen Mahnung des amtierenden Vizepräsidenten Heinz Westphal (SPD), nicht so viel dazwischenzurufen, um die Stenographen zu schonen.

Daß ihre Belastung schon ausdrücklich anerkannt wurde, geht daraus hervor, daß wegen der neuen Wege und der üblichen Fünf-Minuten-Ablösung ein 13. Stenograph eingestellt werden mußte. Ursprünglich hatte man den Stenographen zuzunehmen wollen, durch die Bar der Cafeteria im Wasserwerk-Keller über eine winzige weiße Wendeltreppe, die oben auf der Regierungsbank endet, ihren Arbeitsplatz vor dem Präsidenten zu erreichen. Jetzt wurde ihnen zugestanden, durch

LEUTE HEUTE

Kein Mythos

Brigitte Bardot hat jetzt wissen lassen, warum sie ihre Biographie Catherine Rihait auf umgerechnet 70 000 Mark verklagen will. BB mochte sich nicht etwa über Textstellen, der Titel ist es, der sie in Rage bringt. Er lautet: „Brigitte Bardot - ein französischer Mythos“. Gegen das Wort Mythos klagt nun BB: Ein Mythos entstehe nur um Verstorbene. Und dazu zähle sie noch nicht.

Keine Ruhe

Der bankrotte Sportwagenhersteller John Z. De Lorean (61) steht wieder einmal vor Gericht. Zwei Jahre, nachdem er in einem sensationellen Rauschgiftprozeß in Kalifornien freigesprochen wurde, muß er sich nun vor einem Schwurgericht in Detroit wegen angeblicher Unterschlagung verantworten. Die Anklage wirft ihm vor, knapp neun Millionen Dollar der

18,8 Millionen Dollar veruntreut zu haben, die Investoren in sein Unternehmen gesteckt hatten. „Das ist nicht die Heimkehr, die ich mir gewünscht habe“, sagte De Lorean



bei Betreten des Gerichts. Er wird den Prozeß ohne Zuspäuspruch durchsetzen müssen. Das bildhübsche Mannequin Cristina Ferrare hatte sich nach dem Freispruch 1984 überraschend von ihm scheiden lassen.

Brenner-Gebühren werden erhöht

dpa, Wien

Die Lkw-Jahresgebühr für die Benutzung der Brenner-Autobahn wird zum 1. Januar erhöht. Dies gab die österreichische Minister für Bauten, Verkehr und Finanz bekannt. Zuvor hatten sie über die umstrittene Maßnahme mit dem Bonner Verkehrsminister Werner Dollinger gesprochen. Die für den 1. Oktober geplante Erhöhung von 17 000 auf 25 000 Schilling (2430 auf 3570 Mark) war zurückgestellt worden.

Mit der Erhöhung der Gebühren soll „Druck auf die Speditoren ausgeübt werden, auch andere Routen zu benutzen“. Außerdem solle sie den „Lkw-Huckepackverkehr“ per Eisenbahn fördern. Österreichs Verkehrsminister Streicher erklärte, die Belastung durch den Transit sei bereits überkritisch. Täglich benutzen im Schnitt 3200 Lastkraftwagen diese Strecke, zu Spitzenzeiten 6000.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE